universität wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Wohlstand, Wohlfahrt, Wachstum - Konfliktfelder in der österreichischen beyond GDP - Debatte“

verfasst von / submitted by

Paul Ali Majdzadeh Ameli, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	A 066 824
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Masterstudium Politikwissenschaft
Betreut von / Supervisor:	Dr. Jens Wissel, PhD

Mein Dank gilt meiner Familie, die mich in der Zeit meines Studiums stets in sämtlichen Belangen des Studentenlebens unterstützte. Ich möchte mich auch bei Markus Griesser und Ulrich Brand bedanken, die mir eine Datengrundlage für meine Forschungsarbeit zur Verfügung stellten und mir auch inhaltlich weiterhalfen. Ebenso gilt mein Dank Jens Wissel für seine exzellente Betreuung. Zu guter Letzt gilt mein Dank dem „Netzwerk Wissenschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien“, welches mich finanziell förderte und in Person von Georg Feigl inhaltlich unterstützte.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 1

1.1. Aktueller Forschungsstand 5

2. Theorie und Begriffsarbeit 8

2.1. Wohlstandsverständnisse, Formen von Wohlstand 8

2.1.1. Wohlstand aus der Perspektive orthodoxer Theoriestränge 9

2.1.2. Wohlstand aus der Perspektive heterodoxer Theoriestränge 16

2.2. Hegemonietheorie 26

2.2.1 Ein materialistisches Staatsverständnis 28

2.2.2. Neogramscianische Perspektive 30

2.3. Konflikte 32

2.4. Fazit 35

3. Methodik 37

3.1. Klassische Politikfeldanalysen und Kritik 37

3.2. Historisch-Materialistische Politikfeldanalyse (HMPA) 39

4. Hegemonieprojekte 45

4.1. Das neoliberale Hegemonieprojekt 45

4.2. Das sozial-ökologische Hegemonieprojekt 48

4.3. Fazit 49

5. Historische-Materialistische Politikfeldanalyse 51

5.1. Kontextbedingungen 51

5.1.1 Ursprünge 51

5.1.2. Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und Krise 2007/08 55

5.1.3. OECD & EU 58

5.1.4. Gesellschaftlicher Kontext 64

5.1.5 Nationaler Kontext 66

5.2 Akteursanalyse 69

5.2.1. Zentrale AkteurInnen des neoliberalen Hegemonieprojekts 69
5.2.2. Zentrale AkteurInnen des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts 71
5.3. Prozessanalyse 74
5.3.1. Interpretationskonflikte 74
5.3.2. Priorisierungskonflikte und Trade-offs 76
5.3.3. Legitimationskonflikte 78
5.3.4. Traditionelle Konfliktlinien 81
5.3.5. Konflikt Wohlstand vs. Wirtschaft 84
6. Conclusio 86
7. Interviewverzeichnis 91
8. Literaturverzeichnis 93
9. Abkürzungsverzeichnis 104
10. Anhang 105
10.1. Abstract Deutsch 105
10.2. Abstract Englisch 106
10.3. Curriculum Vitae 107

1. Einleitung

Mit der jüngsten multiplen Krise wird das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator wieder zunehmend in Frage gestellt. Auf Wachstum basierende Wohlstandsversprechen wie Arbeitsplätze, Glück oder steigende Lohneinkommen können immer seltener eingehalten werden, der (post-)fordistische Klassenkompromiss zwischen konsumierenden BürgerInnen und der produzierenden Industrie wird nicht zuletzt auf Grund der Neoliberalisierung brüchiger. Geringes Wirtschaftswachstum kann für den modernen Wettbewerbsstaat nicht nur mit einer ökonomischen Krise einhergehen. Ein steigendes BIP hat auch gesellschaftliche und politische Legitimationsfunktion, indem es als einfacher Indikator ermöglicht über wirtschaftspolitische Fortschritte zu urteilen und bestehende kapitalistische Herrschaftsverhältnisse stabilisiert.

Trotz des hohen Bewusstseins über die geringe wohlstandspolitische Aussagekraft des BIPs sehen sich Strategien für ein erweitertes Wohlstandsverständnis mit unterschiedlichen Barrieren im Implementationsprozess konfrontiert. Spätestens mit der Publikation des Abschlussberichts der Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission im Jahr 2009 kann von einem Wiederaufflammen einer Debatte gesprochen werden, welche das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für Wohlstand hinterfragen möchte. Doch bereits zwei Jahre zuvor initiierte die Europäische Kommission gemeinsam mit Europäischem Parlament, Club of Rome, WWF und OECD eine Konferenz namens „Beyond GDP“, mit dem Ziel, das BIP ergänzende soziale und ökologische Indikatoren zu entwickeln, um politischen Entscheidungsfindungen eine umfassendere evidenzbasierte Informationsgrundlage anbieten zu können. In der vorliegenden Arbeit ist die beyond GDP Konferenz insofern Teil des Titels, als dass sie auf begrifflicher Ebene -unabhängig von ihrer realen Bedeutung- auf zwei für das Themenfeld des Forschungsvorhabens relevante Aspekte verweist: Erstens kann *beyond GDP* als Kritik des traditionellen Wohlstandsverständnisses vom wachsenden BIP verstanden werden. Aufbauend auf dieser grundlegenden Kritik impliziert es zweitens ein Neudenken von Wohlstand und somit die Integration neuer Indikatoren zur Kreation eines breiteren, erweiterten Verständnisses von Wohlstand.

Die damit einhergehenden und bereits erwähnten Barrieren wurden schon in einer später zu erwähnenden Studie eingehend untersucht. Im Hintergrund blieben dabei jedoch die im Politikfeld existierenden Konflikte, welche parallel zu den

Implementationsbarrieren wirken. Das vorliegende Forschungsvorhaben interessiert für ebenjene Konflikte, was zur folgenden Forschungsfrage führt:

Welche potenziellen Konflikte sind im Implementationsprozess eines erweiterten Wohlstandsverständnisses in der beyond GDP – Debatte in Österreich existent?

Die Frage nach dem Potenzial von Konflikten liegt darin begründet, dass das Ziel der Analyse einerseits ist bereits manifeste Konflikte hinsichtlich Verlauf und Wirkmächtigkeit zu untersuchen, andererseits davonauszugehen ist, dass neben den manifesten Konflikten auch latente existieren. Hier besteht die Aufgabe diese aufzudecken und auf ihre Bedeutung im Politikfeld zu analysieren. So öffnet das Adjektiv „potenziell" die Forschungsfrage für bereits aufkeimende Konflikte, welche bei oberflächlicher Betrachtung im Blickfeld versteckt bleiben könnten. Der Fokus auf den Implementationsprozess soll die Forschungsfrage auf politisch-institutionelle Politikprozesse begrenzen und auch dem Anspruch der beyond GDP – Debatte gerecht werden, ein erweitertes Wohlstandsverständnis zu *institutionalisieren*. An dieser Stelle ist zu vermerken, dass in der international verorteten Debatte englische Fachbegriffe dominieren, von denen well-being hier als Wohlstand übersetzt wird. Letzterer soll sich dabei bewusst vom Begriff der Wohlfahrt abgrenzen und als breiterer Terminus verstanden werden, dessen inhaltlicher Aufarbeitung ein eigenes Kapitel gewidmet wird.

Die Frage nach den im Implementationsprozess wirkenden Konflikten soll auf theoretischer Ebene mittels einer historisch-materialistischen Politikfeldanalyse (HMPA) begegnet werden. Eine historisch-materialistische Perspektive nimmt kapitalistische Herrschafts- und Machtverhältnisse in den Blick und bettet diese in strukturelle Bedingungen ein, in denen soziale Kräfte agieren. (Brand 2013) Mit der HMPA soll es gelingen, die Hegemonietheorie Gramsci's empirisch fassbar zu machen. Ziel ist es AkteurInnen mit Universalisierungspotenzial und ihren entsprechenden Strategien zu Hegemonieprojekten zusammenzufassen und den konflikthaften Verallgemeinerungsprozess nachzuzeichnen. Daraus ergeben sich u.a. folgende Subfragen: Welche Arten von Konflikten existieren? Welche gesellschaftlichen Kräfte sind relevant? Was sind die Ziele verschiedener Formen von Wirtschaftspolitik? Was sind Elemente neoliberaler Wohlstandspolitik? Wie wird das dominante Verständnis von Wohlstand aufrechterhalten? Welche Hegemonieprojekte existieren?

Die HMPA ist dabei mit ihrem empirischen Anspruch über die theoretischen Ausarbeitungen hinaus für die Arbeit grundlegend strukturierend. Nichtsdestotrotz bedarf es anfänglich einer umfangreichen begrifflichen Auseinandersetzung, welche im zweiten Kapitel ihren Niederschlag findet. Dabei soll aufgearbeitet werden, inwiefern sich der Wohlstandsbegriff vom Begriff der Wohlfahrt als dessen Erweiterung versteht, wie sich das Wohlstandsverständnis in zeithistorischer Perspektive veränderte und welche verschiedenen politökonomischen Verständnisse von Wohlstand existieren. Durch die Frage nach den Zielen von Wirtschaftspolitik sollen auch implizite Wohlstandsformen als Antwort gefunden werden können. Nach dieser Diskussion verschiedener Wohlstandsverständnisse soll im weiteren Verlauf auf den Aspekt der institutionellen Absicherung fokussiert werden, was zu folgenden weiteren Subfragen führt: Was für ein Wohlstandsverständnis ist in welcher Form (dominierend) präsent? Welche Versuche dieses Aufzubrechen existieren? Die daraus gewonnenen Erkenntnisse und Konturierungen dienen als Voraussetzung für die Interpretation des empirischen Materials.

Da für die HMPA die Hegemonietheorie von Antonio Gramsci unumgänglich ist, folgt auf die begrifflich-konzeptionellen Ausarbeitungen ein notwendiger theoretischer Exkurs der Hegemonietheorie. Dabei werden Kernbegriffe wie Hegemonie, historischer Block und organische Intellektuelle gemeinsam mit einem materialistischen Staatsverständnis als theoretische Basis konzipiert und operationalisiert, um im Rahmen der historisch-materialistischen Analyse der Frage nach hegemonialen Verhältnissen auch auf begrifflich-theoretischer Ebene nachgehen zu können. Die Arbeit fokussiert somit auf politics (Prozesse) und polity (Form), während policies (Inhalte) lediglich sekundär diskutiert werden. Es wird nicht danach gefragt, welche Indikatoren am ehesten einem erweiterten Wohlstandsverständnis entsprechen, da es vielmehr die Grundannahme ist, dass bereits genügend Vorschläge existieren, ihre Implementation jedoch konflikthaft ist.

Wenngleich sich das Forschungsvorhaben räumlich auf Österreich beschränkt, ist durch die internationale Dimension der beyond GDP-Debatte eine Integration neogramscianischer Perspektiven vonnöten. Nicht nur für (neo-)gramscianische Strömungen, auch für die Masterarbeit sind Konflikte als zu untersuchende Kategorie für die Durchsetzung von Interessen und Machtverhältnissen höchst relevant, weswegen gegen Ende des zweiten Kapitels auch der Konfliktbegriff von

verschiedenen sozialwissenschaftlichen Perspektiven beleuchtet und geschärft werden soll.

Die Methodik der empirischen Analyse wird im dritten Kapitel dargelegt. Zunächst wird dabei geklärt, weswegen eine klassische Politikfeldanalyse für die Beantwortung der Forschungsfrage nur bedingt geeignet erscheint. Darauf aufbauend wird eine inhaltliche Trennlinie zwischen historisch-materialistischer und klassischer Politikfeldanalyse gezeichnet und aufgezeigt, dass eine Fokussierung auf ein Politik*feld* im Gegensatz zu einer Politikanalyse (Kannankulam/Georgi 2012) zugleich inhaltliche Vertiefung und räumliche Abgrenzung erlaubt. Von Kannankulam und Georgi wird die empirische Strukturierung der HMPA übernommen, welche sich in Kontext-, Akteurs- und Prozessanalyse gliedert. Während die Kontextanalyse die zeithistorische Charakterisierung des formbestimmenden Rahmens der zu untersuchenden Konfliktfelder zum Ziel hat, soll die Akteursanalyse die Strategien ausarbeiten, mit denen soziale Kräfte auf den dargestellten Kontext reagieren, ebendiese Strategien bündeln und zu Hegemonieprojekten aggregieren und letztlich eine ressourcenorientierte Einschätzung der in den Hegemonieprojekten agierenden AkteurInnen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis ermöglichen. Die Rekonstruktion des Konflikts um die Implementation eines erweiterten Wohlstandsverständnisses erfolgt schließlich in der Prozessanalyse.

Bevor die empirische Analyse beginnt werden im vierten Kapitel die Hegemonieprojekte basierend auf den theoretischen Ausführungen und einer Erstsichtung des empirischen Materials als Vorannahmen konstruiert. Es wurden dabei zwei Hegemonieprojekte, ein neoliberales und ein sozial-ökologisches, entworfen, welche auf Grundlage der Frage nach den Zielen des Wirtschaftens und vor allem den Strategien, wie sie diese Ziele erreichen, von einzelnen AkteurInnen zu einem gemeinsamen Projekt aggregiert werden konnten.

Das fünfte Kapitel schließlich folgt der bereits angeführten Unterteilung in drei Analyseschritte. Empirische Grundlage hierfür ist eine ausführliche Quellen- und Literaturrecherche sowie die Analyse bereits erhobener ExpertInneninterviews (Griesser/Brand 2016). Dabei wurde auf eine qualitative Inhaltsanalyse in Anlehnung an Mayring (2008) zurückgegriffen um dem verstehenden Forschungsansatz gerecht zu werden. Die Kontextbedingungen beginnen mit einer Einführung in den Ursprung der Debatte, welcher klar außerhalb des zeitlich festgesetzten Analysefensters liegt,

jedoch auf inhaltlichen Verweisen der befragten ExpertInnen basiert. Es folgt eine Gliederung in unterschiedliche „Kontextfelder“, deren Bedeutung sich aus der internationalen wissenschaftlichen Rezeption und den Hervorhebungen der Interviewten ergibt. Die daran anschließende Akteursanalyse ordnet die zentralen AkteurInnen des Konflikts den bereits genannten Hegemonieprojekten zu und vergleicht deren Ressourcen und Strategien um eine Einschätzung im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis zu ermöglichen.

Das Ende des fünften Kapitels bildet schließlich die Prozessanalyse, in deren Rahmen anhand der Einteilung in Konfliktfelder eine Rekonstruktion der Implementationskonflikte erfolgen soll. Als wesentliches Datenmaterial hierfür dienen abermals die ExpertInneninterviews. Hier soll auch die Hauptforschungsfrage beantwortet werden, also die Frage nach den im Implementationsprozess um ein erweitertes Wohlstandsverständnis existierenden Konflikten.

Im sechsten Kapitel bzw. in der Conclusio werden die Forschungsergebnisse zusammengefasst und innerhalb der politikwissenschaftlichen Debatte kontextualisiert. Dies schließt eine Reflexion der historisch-materialistischen Politikfeldanalyse mit ein, sowie das Aufzeigen neuer Forschungsfragen. Bevor nun die theoretischen Ausführungen beginnen, soll die Arbeit kurz in den aktuellen politikwissenschaftlichen Forschungsstand eingebettet werden.

1.1. Aktueller Forschungsstand

Eine der in Österreich derzeit relevantesten und aktuellsten empirischen Werke für das Feld der Wohlstandspolitik ist wohl die auch für das vorliegende Forschungsvorhaben maßgebende Studie von Ulrich Brand und Markus Griesser namens *Verankerung wohlstandsorientierter Politik* (2017). Ausgangspunkt ihres Erkenntnisinteresses ist die Feststellung, dass zwar ein hohes Bewusstsein über die zunehmend geringer werdende Bedeutung des Bruttoinlandsprodukts als Maßzahl für gesellschaftlichen Wohlstand besteht, dieses Bewusstsein jedoch von einer geringen Wirkmächtigkeit begleitet wird. Basierend auf dem theoretischen Fundament einer Interpretativen Policy-Analyse fragen sie nach den strategischen Möglichkeiten der Verankerung wohlstandsorientierter Politiken und den Restriktionen, die ebenjene verhindern. Mittels der Befragung von ExpertInnen aus medialen, politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeiten konnten die Studienautoren Frames bzw. Deutungsmuster festhalten und diese zu jeweils drei Hauptthesen der drei

Öffentlichkeiten formulieren. Für die vorliegende Arbeit sind vor allem die Thesen innerhalb der politisch-institutionellen Fachöffentlichkeit relevant, da hier primär der Frage nach den Konflikten im Zusammenhang mit der politisch-institutionellen Implementation eines erweiterten Wohlstandsverständnisses nachgegangen werden soll. Dabei konkludieren sie, dass erstens der Diskurs über ein alternatives Verständnis von Wohlstand stark ideologisch geprägt ist und damit politische Machtasymmetrien einhergehen. Zweitens determinieren zum Teil spezifische institutionelle oder legislative Faktoren, welche Indikatoren prioritär behandelt werden und begünstigen dabei ein bestimmtes Wohlstandsverständnis. Drittens wird das Ressortdenken als restriktive Hürde für die Entwicklung integraler Konzepte identifiziert. (Vgl. ebd.: 70)

Auf internationaler Ebene beschäftigt sich eine Studie von Bleys und Whitby (2015) ebenso mit den Hürden und Möglichkeiten für alternative Wohlstandsmaße. Wie Brand und Griesser konstantieren auch sie für die untersuchten Fälle Deutschland und Belgien ein grundsätzliches Bewusstsein über die geringe Wirkmächtigkeit des BIPs für die Messung von Wohlstand und möchten anhand von ExpertInneninterviews nach den Restriktionen suchen. Die Auswahl der befragten ExpertInnen gliedert sich dabei in vier Kategorien: 1. StatistikerInnen, 2. im Feld tätige AkademikerInnen und ForscherInnen, 3. PolitikerInnen und ihre BeraterInnen, sowie 4. politische EntscheidungsträgerInnen. Auch sie orientierten sich auf theoretischer Ebene am Ansatz der IPA, wenngleich zwei von drei untersuchten Hürden eher technischer Natur (Indikator-Faktoren, BenutzerInnen-Faktoren) und lediglich die Kontext-Faktoren von politisch-institutioneller Relevanz sind. So konkludieren sie für die kontextbedingenden Faktoren, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 zunächst als Möglichkeitsfenster für die Implementation alternativer Indikatoren gesehen wurde, diesen Platz jedoch relativ rasch wieder an das klassische Wachstumsthema verlor und auf Grund von Sparzwängen einerseits tatsächlich das Budget für Forschung und Entwicklung alternativer Wohlstandsmaße gekürzt wurde und anderseits es zu einer diskursiven und politisch-institutionellen Sekundarisierung von alternativen Wohlstandsverständnissen kam. Gleichzeitig bleibt die zivilgesellschaftliche Unterstützung für beyond GDP – Initiativen in beiden Ländern groß, weswegen allen voran auf regionaler Ebene einige Landesregierungen gezielt alternative Wohlstandsmaße und -programme in ihre Politiken integrieren. (Vgl. ebd.: 166f.)

Eine weitere für das Feld bedeutende Studie wurde von Bache und Reardon durchgeführt, in der sie u.a. der Frage nach den Restriktionen für die Implementation von Maßstäben eines erweiterten Wohlstandsverständnisses in Großbritannien nachgehen. (Bache et al. 2016) Durch die Befragung von 15 ExpertInnen aus drei Stakeholder-Gruppen (Parteien, Zivilgesellschaft, NGOs), welche am policy-making Prozess beteiligt sind, erkennen sie vier für den Implementationsprozess relevante Dilemmata bzw. Konfliktfelder: Reliabilität, Verantwortlichkeit, Misstrauen und Ablenkung.

Während sich hinter erstem die wissenschaftlich-technische Skepsis verbirgt, dass Wohlstand auf Grund seiner subjektiven Komponenten nicht objektiv messbar ist und somit nicht als Maß für Politiken herangezogen werden sollte, kritisiert das zweite Konfliktfeld allgemein die Rolle des Staates in der Schaffung von Wohlstand, welchen der Markt effektiver kreieren könnte. Doch dies darf nicht auf neoliberale Kritik verkürzt werden, so plädiert auch ein Teil der Befragten für eine stärkere Rolle zivilgesellschaftlicher Gruppen zur Steigerung von Wohlstand oder die Schaffung institutioneller Rahmenbedingungen um individuellen und kollektiven Wohlstand zu fördern. (Vgl. ebd.: 902f.) Das Dilemma des Mistrauens ist Resultat eines gemäß den StudienautorInnen in Großbritannien allgemein erkennbaren Vertrauensverlust gegenüber PolitikerInnen, welche ihren Höhepunkt in Folge einer Reihe politischer Skandale von Parlamentsabgeordneten erreichte. (u.a. Hay 2007) Im Konfliktfeld der Ablenkung wird befürchtet, dass durch einen Fokus auf Wohlstandsmaximierung ökonomische Fragestellungen insbesondere des Wachstums sekundarisiert werden. (Vgl. Bache et al. 2016: 905ff.)

2. Theorie und Begriffsarbeit

2.1. Wohlstandsverständnisse, Formen von Wohlstand

In den letzten Jahrzehnten hat sich im Feld der Wohlstandsforschung ein umfangreicher Korpus wissenschaftlicher Publikationen entwickelt, dessen Diversität sich auch bei Definitionsfragen widerspiegelt. Ein einheitliches Wohlstandsverständnis existiert nicht, vielmehr lassen sich die verschiedenen Formen von Wohlstand entlang unterschiedlicher politökonomischer Theoriestränge und in zeithistorischer Abgrenzung zur Wohlfahrt denken, wenngleich betont werden muss, dass die im Folgenden vorgenommenen Trennungen für die spätere Analyse konstruiert sind und es in der Praxis tatsächlich zu einigen Überschneidungen kommt. Dabei soll der Fokus der Darstellung vorwiegend in der politisch-institutionellen Dimension von Wohlstandsverständnissen liegen, um v.a. dem in der Forschungsfrage genannten Aspekt des Implementationsprozesses gerecht zu werden. Dies impliziert leitende Subfragen nach der institutionellen Absicherung bestimmter Wohlstandsverständnisse, ihren Praktiken und Ideen.

Als erster Schritt bietet sich mit Hradil eine soziologisch-modernisierungstheoretische Annäherung an. Die 1994 erschienene Veröffentlichung liegt zwar mehr als ein Jahrzehnt vor dem für diese Arbeit bestimmten Analysezeitraum zurück, nichtsdestotrotz gibt sie einen guten chronologischen Überblick über die Veränderung des Wohlstandsverständnisses. So konstatiert er, dass es seit dem zweiten Weltkrieg zu einer Abfolge dreier für die deutsche Sozialstrukturanalyse und Ungleichheitsforschung relevanter Paradigmen kam:

1. Das *Wohlstandsparadigma* war maßgebend für die gesellschaftliche Entwicklung der fordistisch geprägten Nachkriegszeit. Industrialisierung, Demokratisierung und der Ausbau eines Netzes sozialer Dienstleistungen waren die Basis für eine utilitaristische und materialistische Massenkultur, in welcher Beruf und Ausbildung zu den wichtigsten Statussymbolen wurden. Die politisch gesteuerte Schaffung von Ressourcen wie Arbeitsplätzen, Einkommen und Ausbildung können dabei als *objektive* Zielsetzungen gesehen werden, da sie unabhängig von der subjektiven Wahrnehmung der betroffenen Individuen als Fortschritt gesehen werden. (Vgl. Hradil 1994: 3f.)
2. Mit dem Aufkommen sozialer und umweltpolitischer Bewegungen, der beginnenden Pluralisierung von Lebensformen durch Geburtenrückgänge und steigender Erwerbsarbeit von Frauen wurde das Wohlstandsparadigma um das

Wohlfahrtsparadigma erweitert. Die Errichtung einer öffentlichen Infrastruktur, bessere Bedingungen im Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsbereich, sowie ein stärkerer Fokus auf soziale Sicherheit waren die neuen Absichten politischer Strategien. Durch die Fragen nach den Bedingungen wird deutlich, dass die Objektivität von Wohlstand zunehmend um subjektives Qualitätsempfinden ergänzt wird. (Vgl. Ebd.: 13)
3. In den 80ern und 90ern trat neben den bereits erwähnten Paradigmen das *Lebensweiseparadigma* auf. Die marktrelationalen Zielsetzungen des Wohlstandsparadigmas und die Strukturen des Wohlfahrtsstaates wurden als Grundlage für die Erreichung individuell befriedigender Lebensziele und -weisen herangenommen. Als wesentliche Folge wird dabei die Erosion klassenspezifischer Determinanten festgehalten. (Vgl. Ebd.: 14f.)

Diefenbacher schließt sich Hradils Wohlstandserweiterung an indem er festhält, dass Wohlstand nicht nur auf die Ausstattung mit materiellen Ressourcen reduziert werden kann. Im Anschluss an das Wohlfahrtsparadigma integriert Diefenbacher in seinem Wohlstandsverständnis auch ein System sozialer und infrastruktureller Dienstleistungen im öffentlichen Raum, welches zur Stabilisierung von Lebensbedingungen und zur Weiterentwicklungen persönlicher Zielsetzungen dient. (Vgl. Diefenbacher et al. 2010: 15) Angelehnt an Brand/Griesser soll hier Diefenbachs Definition von Wohlstand um den Begriff der Lebensqualität erweitert werden, um sowohl auf Makroebene auf die gesellschaftlichen Bedingungen, als auch auf Mikroebene auf die individuellen Praktiken zu verweisen. (Vgl. 2017: 8)

2.1.1. Wohlstand aus der Perspektive orthodoxer Theoriestränge

Wie bereits angedeutet lassen sich verschiedene Wohlstandsverständnisse nicht nur anhand zeithistorischer Etappen im Rahmen modernisierungstheoretischer Trennlinien darstellen, sondern auch aus einer historisch-politökonomischen Perspektive. Folglich soll überblicksartig der Frage nachgegangen werden, was das Ziel einer spezifischen Form von Wirtschaftspolitik ist, um implizit ein entsprechendes Wohlstandsverständnis zu konstruieren. Dies ist insofern von Relevanz, als dies den Wohlstandsbegriff schärft und bereits potenzielle Konfliktlinien im Implementationsprozess der beyond-GDP Debatte andeuten kann. Wenngleich die Bandbreite an Theoriesträngen innerhalb der IPÖ äußerst breit und differenziert ist, muss aus Platzgründen basierend auf der Unterscheidung zwischen aktuellen orthodoxen (neoliberalen/neoklassischen und keynesianischen) und heterodoxen

(sozial-ökologischen, feministischen) Theorien der Fokus gelegt werden. (Vgl. Gilpin 2001: 46) Wie Gilpin an jener Stelle ausführt, dient diese Differenzierung ausschließlich einer strukturierenden Abhandlung zwischen Perspektiven des ökonomischen Mainstreams und jenen, die sich gegenüber ebendiesen kritisch positionieren.

Als klassische Vordenker und ideengeschichtliche Wegbereiter der Neoklassik gelten u.a. die Ökonomen David Ricardo, Adam Smith und John Stuart Mill. Basierend auf naturalistischen Annahmen teilen sie die Ansicht, dass das „dynamische Motiv des Selbstinteresses“ (Kolb 2015: 29) *natur*gemäß zu gesellschaftlicher Stabilität und ökonomischer Funktionsfähigkeit eines Staates beiträgt. Dem Staat wird dabei die Schaffung und Durchsetzung eines rechtlichen Rahmens für das Wirtschaften zugeschrieben, sowie die Verantwortung über die öffentliche Sicherheit nach Innen und Außen und die Bedarfsdeckung grundsätzlicher, für eine stabile gesellschaftliche Ordnung notwendiger Güter (u.a. Bildung, Infrastruktur). (Smith 1790/2006)

Die Neoklassik greift das Motiv des Selbstinteresses auf und verstärkt es mit dem utilitaristischen Konzept des homo oeconomicus, dem rational agierenden, nutzenmaximierenden Individuum, welches in der wirtschaftlichen Interaktion mit anderen ProduzentInnen und KonsumentInnen unter der theoretischen Verfügbarkeit aller Informationen stets um profitmaximierende Entscheidungen bemüht ist. Staatliche Interventionen in die Ökonomie würden lediglich zur Destabilisierung beitragen. Staat und Ökonomie werden dabei voneinander getrennt betrachtet, staatliche Politik den privatwirtschaftlichen Interessen untergeordnet. In der von Laissez-faire-DenkerInnen konstruierten gesellschaftlichen Ordnung wird der Staat auf außen- und sicherheitspolitische Aufgaben reduziert („Nachtwächterstaat“), während er sich marktrelationalen Gesetzen unterwirft und so der Vollführung einer individualistischen Weltanschauung nicht im Wege steht. (Vgl. Young: 2013: 38) Nach wie vor im naturalistischen Paradigma des klassischen Liberalismus verwurzelt, gibt seine neoklassische Fortführung eine „Orientierung vor, die das Individuum von gesellschaftlichen Normen und Fesseln befreit und es in die selbstständige Freiheit entlässt.“ (Ebd.: 37). Diese extreme Form des Rational-Choice-Individualismus ist im Übrigen im weiteren Zeitverlauf insbesondere von finanzmarktbezogenen neoklassischen TheoretikerInnen kritisiert worden mit Verweis auf empirische

Untersuchungen, die zeigten, dass Menschen auf Finanzmärkten nicht rational handeln, sondern es tendenziell zu einem Herdenverhalten kommt. (Shiller 2000)

Der in der Phase der Großen Depression konzipierte Neoliberalismus kann schließlich als Kompromiss zwischen einer Abneigung von Totalitarismen und dem radikalen Individualismus der Laissez-faire-ÖkonomInnen verstanden werden. Zwar wurde der Staat nicht pauschal abgelehnt, nichtsdestotrotz sollte der ausufernde Wohlfahrtsstaat auf einen Rahmen redimensioniert werden, innerhalb dessen die unsichtbare Hand des Marktes[1] soziale Dienstleistungen preisgünstiger und effizienter zur Verfügung stellen kann. In Anlehnung an die Neoklassik erweitert der Neoliberalismus unter dem Stichwort des „Ökonomischen Imperialismus“ (Becker 1993) das Prinzip homo oeconomicus auf alle gesellschaftlichen Sphären, was einer Ökonomisierung gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse entspricht. Es gilt das Primat der individuell gedachten Wohlfahrt, für deren Rahmenbedingungen der Staat durch marktorientierte Rechtssetzung Sorge zu tragen hat: „Damit ist gemeint, dass die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik allein darauf ausgerichtet sein sollen, die Konstituierung und Sicherung von Märkten zu bewerkstelligen, nicht aber eigenständige Ziele wie beispielsweise Vollbeschäftigung zu formulieren und umzusetzen.“ (Ptak 2008: 33).

Aus neoliberaler Perspektive wird der Staat somit zu einem Marktteilnehmer degradiert, der unter Anwendung privatwirtschaftlicher Aspekte auf Wettbewerbsfähigkeit geprüft wird. Durch öffentliche Investitionen würde der Sozialstaat Anreize zum Sparen bzw. zur privaten Vorsorge kürzen und letztendlich gar den Arbeitswillen und das soziale Engagement seines Volks lähmen. (Vgl. Butterwege 2008: 135)

Als unmittelbare Folge konstatiert Jessop eine Entwicklung vom korporatistisch organisierten, keynesianischen Wohlfahrtsstaat hin zu einem von Angebotspolitik getriebenen, schumpeterianischen Wettbewerbsstaat: „Das vorrangige Ziel seiner ökonomischen und sozialen Intervention ist nicht mehr die ausgewogene, binnenzentrierte Leistung der nationalen Volkswirtschaft, sondern die im integralen ökonomischen Sinne verstandene internationale Wettbewerbsfähigkeit.“ (Jessop 1997: 73). Darunter kann allgemein die Unterordnung einiger Policy-Bereiche unter

[1] Diese Metapher ist auf Adam Smith zurückzuführen und erlangte v.a. durch ihre Verwendung in seinem 1776 erschienenem Werk „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ Bekanntheit.

dem Paradigma der Wettbewerbsfähigkeit verstanden werden. Wiederum wirken ursächlich die Internationalisierung der Produktion und der generelle Prozess der Deregulierung der (Finanz-)Märkte auf die strategische Neuausrichtung der Staaten ein. Denn die durch Internationalisierung, Flexibilisierung und Deregulierung – also Neoliberalisierung – der verschiedensten wirtschafts- und finanzpolitischen Bereiche geförderte Standortkonkurrenz erschuf ein Dependenzverhältnis zwischen Staaten und transnationalen Konzernen zugunsten letzterer, indem durch relevanter werdende Konzerninteressen wettbewerbsorientierte Maßnahmen wie Senkung der Lohnstückkosten, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Prekarisierung von Dienstverhältnissen und Schwächung der Gewerkschaften. verabschiedet werden, um Investitionen des Großkapitals zu sichern.

Gemäß Krugman handelt es bei dem Diskurs um Wettbewerbsfähigkeit von Staaten und die dadurch legitimierten neoliberalen Politiken um fälschliche Annahmen: Denn das durch wettbewerbsorientierte Maßnahmen angeblich effektiver zu erreichende Wirtschaftswachstum sei primär abhängig von inländischen Faktoren, wie bspw. einer steigenden Produktivität und einem an ihr gekoppelten Lohnwachstum. (Vgl. Krugman 1997: 42) Die innenpolitischen und innergesellschaftlichen Auswirkungen dieser „obsession with competitiveness“ (Ebd.: 44) sind fatal: „…verteilungspolitische Rationalitäten des keynesianischen Sozialstaates, werden als wettbewerbsschädigend zurückgedrängt oder (…) zur ideologischen Absicherung der wettbewerbsstaatlichen Politik benutzt.“ (Brand et al. 2000: 74). Darüber hinaus führt die strategische Neuorientierung zur machtpolitischen Stärkung von für die internationale Ökonomie relevanten nationalen Institutionen wie Finanz-, Wirtschafts- und Außenministerium sowie von supra- und internationalen neoliberalen Institutionen wie Weltbank, IWF und Zentralbanken, während bspw. umwelt- und sozialpolitische Apparate geschwächt werden. (Vgl. Ebd.: 74) Das neoliberale Ziel der Wettbewerbsfähigkeit impliziert zudem Privatisierungs- bzw. Auslagerungszwänge für vermeintlich ineffiziente öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur. Spätestens seit den 1980ern lässt sich eine politisch-institutionelle und vertragsrechtliche globale Absicherung der erwähnten Vermarktlichungsprozesse beobachten, die aus neogramscianischer Perspektive als „Neuer Konstitutionalismus“ tituliert wird. (Gill 1998, Bieling 2007, Brenner et al. 2010)

Aus einer neoliberalen Wirtschaftspolitik lässt sich somit lediglich ein relativ stark reduziertes Wohlstandsverständnis abstrahieren. Denn auf wohlfahrtsstaatlicher Ebene geht die ideologische Legitimation der neoliberalen Transformation des Sozialstaats mit einem euphemistischen Verständnis von Selbstverantwortung einher, um durch möglichst starke Kürzung von Sozialausgaben und öffentlicher Dienstleistungen im globalen Standortwettbewerbsranking in der Pole-Position zu sein. Wachsende Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung werden mit leeren Worthülsen wie Freiheit und Eigenverantwortung gerechtfertigt, während v.a. der Begriff der Freiheit seines liberalistischen Ursprungs beraubt wurde und mit Marktabhängigkeit für ArbeitnehmerInnen gleichgesetzt werden kann. (Vgl. u.a. Butterwege 2008: 154, Ptak 2008: 58ff.) Dass in Österreich 58% des Vermögens in den Händen der reichsten 5% liegt, während sich die vermögensspezifisch gesehen untere Hälfte der Bevölkerung nur 2% des Vermögens teilen muss, kann als unmittelbares Resultat neoliberaler Wirtschaftspolitik gesehen werden. (Vgl. Kowall 2013: 50) Den Definitionen von Hradil und Diefenbacher folgend ist konkludierend festzuhalten, dass das Ziel neoliberalen Wirtschaftens nicht die Schaffung von Wohlfahrt oder Wohlstand ist, sondern die möglichst breite Ökonomisierung sämtlicher gesellschaftlicher Prozesse, sowie die Inwertsetzung von genuin nicht-marktrelationalen Entitäten wie z.B. Biodiversität.

Ein weiterer Theoriestrang innerhalb der konventionellen, orthodoxen Ansätze ist der auf den britischen Ökonomen John Maynard Keynes[2] zurückzuführende Keynesianismus, dessen Wohlstandsverständnis anschließend zur Verdeutlichung v.a. in Abgrenzung zur eben beschriebenen Neoklassik und zum Neoliberalismus erörtert werden soll. So sieht Keynes im Unterschied zu den erwähnten Perspektiven Marktwirtschaften als grundsätzlich instabile Systeme, welche für ihre Stabilisierung Institutionen und eine aktive Wirtschaftspolitik benötigen. Staatliche Interventionen in Form von Regulierungen sind zum Erlangen einer möglichst niedrigen Arbeitslosenquote unumgänglich. Zudem misst er insbesondere Arbeitsmärkten, Geld- und Finanzmärkten und der Natur einen hohen Bedarf an Regulierung bei. Auch dies kontrastiert die neoklassische Hypothese einer Summe von rational agierenden und nutzenmaximierenden Individuen, welche unter der unsichtbaren Hand des Marktes

[2] Keynes'bekanntestes und einflussreichstes Werk wurde 1936 unter dem Titel *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* (dt. Übersetzung) publiziert.

frei von staatlichen Eingriffen für Stabilität des Wirtschaftsraumes sorgen. (Vgl. Herr 2013: 50f.)

Die postulierte Stabilität soll erreicht werden durch die Schaffung eines Ordnungsrahmens, der jedoch nicht nur Rechtssicherheit inkludiert, sondern weitaus breiter verstanden wird. Für die Geld- und Finanzmärkte bedeutet dies bspw. ein Wechselkurssystem mit stabilen Kursen, während der Arbeitsmarkt gekennzeichnet ist von langfristigen Lohnverträgen, welche die Abhängigkeit der Einkommen von der jeweiligen Beschäftigungsform vermindern soll. Die zu treffenden Lohnvereinbarungen sollten kollektiv geschehen und legislativ sowie politisch durch Pflichtmitgliedschaften der ArbeitgeberInnen in Unternehmensverbänden und der ArbeitnehmerInnen in ArbeiterInnenverbänden institutionalisiert werden. Zusätzlich soll ein gesetzlicher Mindestlohn die untere Seite der Einkommensschere determinieren, wenn kein Kollektivvertrag zur Regelung ebendieser durchgesetzt werden kann. Denn durch die Förderung einer kollektiv organisierten, von ArbeitgeberInnenverbänden und Gewerkschaften ausverhandelten Lohnpolitik soll zudem die Inflationsrate niedrig gehalten werden. Ziel dieser Lohnpolitik ist nicht nur Stabilität, sondern auch eine möglichst gleiche Verteilung der Einkommen um eine einkommensbasierte Konsumnachfrage für die ökonomische Prosperität zu garantieren. Weitere keynesianische Optionen zur Beeinflussung der Konsumnachfrage sind staatliche Subventionen oder Transferzahlungen. (Vgl. Ebd.: 63) Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung kumuliert sich ohne politische Steuerungsmaßnahmen, was u.a. durch die sinkende Konsumnachfrage auch zu sinkenden Steuereinnahmen und stagnierendem Wirtschaftswachstum führt, wie auch Thomas Piketty (2014) in seinem Aufsehen erregenden Buch *Capital in the Twenty-First century* empirisch darlegt.

Der nachfrageorientierte keynesianische Wohlfahrtsstaat soll jedoch nicht nur die Nachfrage des Massenkonsums steuern, sondern auch die Investitionsnachfrage begünstigen um ein hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen. Konträr zu neoliberalen Ansätzen soll die Investitionsnachfrage jedoch nicht einer privatunternehmerischen, profit-maximierenden Logik unterliegen, sondern auf Basis eines großen (halb-)staatlichen Unternehmenssektors erfolgen. Genossenschaften, Wohnbaugesellschaften, öffentliche Sparkassen und Förder- und Genossenschaftsbanken sollen gemeinsam mit umfangreichen öffentlichen Investitionen in Bildung, Gesundheit, Forschung und Infrastruktur zu einer hohen

Nachfrage beitragen. Zudem wird im Kontext keynesianischer Ansätze auch eine Arbeitszeitverkürzung angedacht, um das Ziel der Vollbeschäftigung nicht nur über ein wachsendes BIP zu generieren. (Vgl. Herr 2013: 64f.) Wie Glötzl et al. im Zuge der Krisenpolitik seit 2007/08 nach einer Analyse der Finanzierungssalden ausgewählter europäischer Staaten festhalten, können auch höhere Steuern auf Vermögen, Spitzeneinkommen und Vermögenseinkommen, sowie der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen die Konsumneigung erhöhen und so indirekt zu erhöhten unternehmerischen Investitionen beitragen. (Vgl. 2014: 273)

Rückführend auf Hradils zeithistorische Kategorisierung zeigt sich, dass ein keynesianisches Wohlstandsverständnis geprägt ist von den materiellen Grundlagen des Wohlstandsparadigmas und den strukturellen Erweiterungen des Wohlfahrtsparadigmas. Das Ziel keynesianischen Wirtschaftens ist eine möglichst gleiche Einkommensverteilung um die Konsumnachfrage und das Beschäftigungsniveau hochzuhalten. Dies bedeutet für ein Gros der Bevölkerung (zumindest marktrelationale) gesellschaftliche Teilhabe. Zudem implizieren die erwähnten öffentlichen Investitionen breiten Zugang zu unter neoliberalen Verhältnissen eher prekären Ressourcen wie Bildungssystem, Gesundheit- und Altersvorsorge, Kinderbetreuung und öffentlicher Verkehrsinfrastruktur. Durch die öffentliche Bereitstellung sozialer Dienstleistungen und Infrastruktur entspricht auch Diefenbachs erweiterte Definition von Wohlstand einem keynesianischen Wohlstandsverständnis. Nicht-marktvermittelte Formen von Wohlstand jenseits von Geldmärkten und Erwerbsarbeit sind jedoch nicht explizit Teil dieses Verständnisses, was auch als zentraler Kritik- und Ausgangspunkt für heterodoxe Perspektiven auf Wohlstand dient.

2.1.2. Wohlstand aus der Perspektive heterodoxer Theoriestränge

Basierend auf Grundlagen keynesianischer Wirtschaftspolitik entwickeln Feigl et al. (2014) eine wohlstandsorientierte Weiterentwicklung des makroökonomisch bedeutenden magischen Vierecks[3] um ein magisches Vieleck. In Anlehnung an Dullien und van Treeck (2012) verzichten sie dabei auf Wirtschaftswachstum als Zielformulierung und fügen stattdessen den Begriff der Lebensqualität hinzu.

Graphik 1: Magisches Vieleck wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik. Eigene Darstellung angelehnt an Georg Feigl (2017a: 144)

Zusätzlich wird das Ziel der Vollbeschäftigung um den Indikator der *guten Arbeit* erweitert, um so Fragen nach Jobzufriedenheit, unbezahlter Arbeit und Freizeit nach Geschlecht zu integrieren. Mit den Zielen der Verteilungs-, Umwelt-, Finanzmarkt-, und Staatstätigkeitsfeldern wurden zudem fünf (inkl. Lebensqualität) vollständig neue Ziele hinzugefügt. Die Indikatoren für stabile Staatstätigkeit und stabile Finanzmärkte sind marktrelationale bzw. makroökonomische orientierte Indikatoren, die gemeinsam mit Preisstabilität und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht zu den traditionellen Indikatoren für wirtschaftliche Wohlfahrt zählen. Insbesondere der Indikator für

[3] Vier volkswirtschaftliche Ziele, die zum Teil auch miteinander in Konflikt stehen und für die Entwicklung der Nachkriegszeit als Leitlinien galten: außenwirtschaftliches Gleichgewicht, hohes Beschäftigungsniveau, Wirtschaftswachstum, Preisstabilität.

Lebensqualität erfährt in seiner Operationalisierung sichtlich marktferne, nicht-monetäre Dimensionen. Objektive Faktoren wie *gesellschaftliche Teilhabe* oder *Vertrauen in das politische System* sollen neben subjektiven Faktoren wie, *subjektive Lebenszufriedenheit, subjektiver Gesundheitszustand* oder *subjektive Umweltbelastung,* ein möglichst großes Mosaik an Einflüssen für Lebensqualität ergeben. Die faire Verteilung materiellen Wohlstands soll mit Variablen zur Einkommens- und Vermögensverteilung, aber auch zur Arbeitsproduktivität und Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gemessen werden, während der Indikator für intakte Umwelt sich nicht nur auf den Diskurs rund um Emissionen reduziert, sondern auch sozial-ökologische Faktoren wie energetischer Endverbrauch, Flächeninanspruchnahme, Bio- und Naturschutzflächen oder inländischer Materialverbrauch inkludiert. (Vgl. Feigl 2017a: 144) Durch die Einbeziehung nicht-marktrelationaler Aspekte von Wohlstand zeichnet sich das magische Vieleck als kritische Erweiterung eines keynesianischen Wohlstandsverständnisses aus, weswegen es auch als heterodoxer Ansatz kategorisiert wird.

Zur politisch-institutionellen Absicherung einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik empfiehlt Feigl den durch vermögens- und umweltbezogenen Steuern finanzierten Ausbau sozialer Dienstleistungen, um so mittelfristig speziell das Beschäftigungsniveau von Frauen zu heben, und langfristig das Budget durch die Mehreinnahmen zu sanieren und positive Verteilungseffekte hinsichtlich Vermögen zu erzielen. Im Einklang mit KeynesianerInnen schlägt er zudem allgemein mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Wohnbau, Forschung und Energie vor, um so gemeinsam mit einer Arbeitszeitverkürzung die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen und auf Digitalisierungs- und Automatisierungstrends am Arbeitsmarkt vorbereitet zu sein. (Vgl. Ebd.: 148) Feigl ist dabei durchaus bewusst, dass dies auf polit-strategischer und diskursiv-ideeller Ebene ein klares Bekenntnis gegen die zunehmende Wettbewerbsorientierung von Staaten bedeutet. Doch gerade seit der Wirtschaftskrise 2007/08 erscheint es noch schwieriger dieses Bekenntnis aufzubrechen, nachdem die European Economic Governance verstärkt ökonometrischen Indikatoren wie das Macroeconomic Imbalance Procedure (MIP) Scoreboard als richtungsweisend erklärt und dabei Indikatoren für Wohlstand außen vor bleiben. (Vgl. Feigl 2017b: 2) Den strikten Fiskalregeln und dem allgemein Output-legitimierten Setting der europäischen Institutionen zum Trotz sieht er auch aktuell zumindest sekundärrechtlichen Spielraum für die Implementation

wohlstandsorientierter Politiken. So könnten sogenannte Wohlstandsräte als Ersatz für die derzeitigen Fiskalräte dienen und die orthodox-ökonomische Wachstumsorientierung ebenjener durch neue Perspektiven Richtung Wohlstand kompensieren. Darüber hinaus ist eine Lockerung oder Aufhebung des Maastrichtdefizits von 3% des BIP notwendig um mehr öffentliche Investitionen zu ermöglichen. Auch die Bekämpfung des innereuropäischen Steuerwettbewerbs ist unumgänglich um Lohndumping sowie die Erosion von Sozial- und Umweltstandards aufzuhalten. (Feigl 2017c)

Mit einer theoretisch fundierten feministischen Wohlstandsperspektive ergänzen Biesecker et al. (2012) die Kritik am neoliberalen Wohlstandskonzept. Erster zentraler Kritikpunkt ist, dass in einem kapitalistisch geprägten Wohlstandsverständnis Erwerbsarbeit als Quelle von Wohlstand und Wachstum gilt. Wohlstand unterliegt dabei einer strikten Marktrelationalität und wird warenförmig gedacht. Wohlstandsvermehrung bedeutet Allokation von Waren einhergehend mit Wirtschaftswachstum. Im klassischen weißen Familienernährermodell erfährt Erwerbsarbeit eine maskuline Konnotation gepaart mit Assoziationen wie Effizienz, Produktivität und Leistung, während Ver- und Vorsorgearbeit naturalisiert und feminisiert wird und auf Grund ihres marktfernen Charakters als ineffizient und unproduktiv gilt. Ein auf Wachstum basiertes Wohlstandsversprechen ist somit limitiert und nur „ein Wohlfahrtsversprechen für alle Marktteilnehmer“. (Ebd.: 20) Zwar werden zunehmend auch Arbeiten des Care-Sektors in den Arbeitsmarkt integriert, was somit primär Frauen neue Zugänge zu Erwirtschaftung von Wohlstand schafft, doch wird dieser Mehrwert von im Rahmen des Effizienzdiktats geschaffenen äußerst prekären Verhältnissen marginalisiert. Dies impliziert eine durch Wachstum mitinduzierte Reproduktion gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse.

Durch die Frage nach den Bedingungen eines marktorientierten Wohlstandsversprechens verweisen die Autorinnen auf Brand/Wissen (2011), die mit ihrem Begriff der *imperialen Lebensweise* u.a. die Externalisierung und Exterritorialisierung sozialer und ökologischer Kosten erfassen. Denn ebenjene basiert darauf, dass „die Ressourcenflüsse in die kapitalistischen Metropolen gesichert bleiben und damit das hiesige und tendenziell globalisierte Produktions- und Konsumtionsmodell aufrechterhalten wird.“ (Brand 2008: 3) Dieses Modell fußt auf der erwähnten Externalisierung in den globalen Süden und einer Verfestigung ebendieser

um als Lebensweise weiterhin zu existieren. Seinen imperialistischen Charakter erhält es dadurch, dass die in ihm vorherrschenden Formen der internationalen Arbeitsteilung und deren politisch-institutionelle Absicherung in den kapitalistischen Zentren sowie in der wachsenden Mittelklasse nicht kritisiert wird.

In diesem Kontext schlagen Biesecker et al eine Reform des modernen Erwerbsarbeitsmodells vor, in dem tatsächlich alle Tätigkeiten geschlechtergerecht eingeschlossen werden. Dies geht einher mit einer Arbeitszeitverkürzung, der Aufwertung und Anerkennung von Sorgearbeit und Reproduktionsarbeit, der Entwicklung einer geteilten Sorgeverantwortung zwischen öffentlichem Sektor und Privathaushalten, und der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für alle MigrantInnen. (Vgl. Biesecker et al. 2012: 36) Eine Reinkarnation des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaats und seinem magischen Viereck halten sie für verwerflich, da dieser aus internationalistischer Perspektive auf asymmetrischen Macht- und Produktionsverhältnissen beruht. Darüber hinaus ist das Ziel der Vollbeschäftigung als Normalarbeitsverhältnis ihres Erachtens nicht mehr herstellbar, da durch Technologisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungspotenzial eine stets steigende regressive Tendenz aufweist. Mehr noch beruht das gesellschaftliche Modell der Vollbeschäftigung auf der hohen Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern, also auf Kosten der Frauen, die in prekarisierten oder unbezahlten Arbeitsverhältnissen, als vor-, ver- und fürsorgende Hausfrau oder Zuverdienerin das Vollerwerbseinkommen des weißen Ernährermannes absichern. (Vgl. Ebd.: 23)

Auf dieser Kritik aufbauend stützen die Autorinnen ihr Wohlstandsverständnis auf dem Konzept des Guten Lebens von der Philosophin Martha Nussbaum (1999):

> „(…) ein Leben, in dem die Menschen in der Lage sind, ihre Fähigkeiten zur Gestaltung ihres eigenen Lebens zu entwickeln, in dem sie fähig sind, ein lebenswertes Leben in normaler Länge und in guter Gesundheit und körperlicher Unversehrtheit und mit Rücksicht auf die Natur zu führen (…); durch politische Partizipation das eigene Umfeld mitzugestalten; über Eigentum zu verfügen und das Recht auf einen menschenwürdigen Arbeitsplatz wie alle anderen auch zu haben.“ (Biesecker et al. 2012: 26)

Politisch-institutionell bedeutet das konkret die Umverteilung von Einkommen und Vermögen mittels Steuern, den Aufbau einer hochwertigen öffentlichen sozialen Infrastruktur inklusive eines bedingungslosen Grundeinkommens, sowie die gezielte Förderung von suffizienten Lebensweisen, welche zu einer Reduktion der

Konsumabhängigkeit führen. Vor allem der letzte Punkt geht einher mit einer auf soziale Verträglichkeit geprüften Reduktion von ressourcenintensiver Überproduktion und ebensolchen Überkonsum bei gleichzeitiger Förderung von nachhaltigen Unternehmen. Gemeingüter (Commons[4]) wie Versorgungsnetze, Gesundheit, Bildung, Daseinsvorsorge oder Natur sollten vor Privatisierung und Finanzialisierung rechtlich geschützt werden. Zudem bedarf es in diesem Zusammenhang demokratischer Räume, welche Selbstorganisierung und Gemeinwohlorientierung ermöglichen und fördern. (Vgl. Ebd.: 37)

Die feministische Wachstumskritik basiert zum Teil explizit auf den Erkenntnissen der postwachstumsökonomischen Ansätze. Diese höchst heterogene[5] Perspektive nahm ihren Ursprung in den -zunächst lediglich am wissenschaftlichen Diskurs gemessenen-- wohlbeachteten Werken von Nicholas Georgescu-Roegen (1971, 1975). Ausgangsbasis für seine Kernthese, dass „undoubtedly, the current growth must cease, nay, be reversed“ (Ebd.: 369), ist seine fundamentale Wissenschaftskritik an den Strukturen der in den 1970ern von einer starken Mathematisierungstendenz geprägten Wirtschaftswissenschaft. Bloße numerische Kalkulationen zur Abbildung der vermeintlich rein ökonomischen Realität und die Kreation einer theoretischen Welt von festgefahrenen Relationen zwischen Variablen seien ein Abbild der Ignoranz der Ökonomie gegenüber dem Faktor Zeit. So argumentiert er mit Hilfe des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik, dass mit vergehender Zeit Energie zwar konserviert wird, aber dabei eine unvermeidlich qualitative Degradierung erfährt. Konsequenterweise führe dies zur Notwendigkeit einer Wachstumsreduktion um den Verlust von Energie in nicht-notwendigen Prozessen als Zeichen der Generationengerechtigkeit zu kompensieren. (Vgl. Levallois 2010: 2273)

Der durchaus als gesamtgesellschaftlich zu bezeichnende Diskurs über die Wachstumskritik begann schließlich mit der Veröffentlichung des ersten Berichts des Club of Rome (Meadows et al. 1972), wo mittels verschiedener Szenarienanalysen auf die Folgen ungebremsten ökonomischen Wachstums aufmerksam gemacht wurde. Doch entgegen der Hoffnungen des Club of Rome

[4] Die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom (2011) konnte empirisch nachweisen, dass Gemeingüter durch demokratische und sozial gerechte Nutzung einen höheren kollektiven Mehrwert erbringen.
[5] Um einen Einblick in die diversen Stränge der Degrowth-Debatte zu bekommen eignet sich ein Artikel von Demaria et al. (2013) namens *What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement*.

besitzt Wachstum heute hegemonialen Charakter und die Forderung nach *mehr* wird im Rahmen eines ökologischen Hedonismus wie ein „Akt der sozialen und ökologischen Aufklärung inszeniert, so als hätte sich nun endlich die alchemistische Weltformel offenbart nach der ungebremstes Wachstum und ökologische Stabilität nicht den geringsten Widerspruch bilden.“ (Paech 2005: 53).

Entgegen des oftmals aufgebrachten Vorwurfs, dass sich die Postwachstumsökonomie in ihrer Heterogenität verliert und es dabei nicht schafft konkrete Policies bzw. Handlungsanweisungen zu entwickeln (u.a. van den Bergh 2011), versucht bspw. Kallis konkrete policies der degrowth-Bewegung zusammenzuführen. Mittelfristig zielorientiert soll eine Steigerung des Wohlergehens durch eine Reduktion der Arbeitszeit auf eine 21-Stunden-Woche oder etwa eine institutionalisierte Garantie für gesundheitliche und ökonomische Sicherheit (z.B. durch ein bedingungsloses Grundeinkommen) erreicht werden. Auf steuerpolitischer Ebene werden redistributive Besteuerung, Steuern auf internationale Kapitalbewegungen und eine stärkere Kontrolle von Steueroasen genannt, um wohlfahrtsstaatliche Leistungen finanzieren zu können und so gemeinsam mit einer Reduktion der Arbeitszeit das individuelle wie auch gesellschaftliche Wohlergehen zu fördern. (Vgl. Kallis 2011: 876)

Auch bei Speth USA-zentrierten Policies findet sich die Forderung nach einer Reduktion der Arbeitszeit. Zudem schlägt er längere Urlaubszeiten vor, um mehr Zeit mit dem sozialen Umfeld fern von der Arbeitssphäre verbringen zu können. Neben der gezielten Förderung von lokal und regional organisierten Produktions- und Konsumverhältnissen, sollen marktrelational ökologische und soziale Kosten in die Endpreise inkludiert werden, und sozial-ökologisch verwerfliche staatliche Förderungen etwa im Bereich der Agrarindustrie gestrichen werden. So sollen ehrliche Preise garantieren, dass KonsumentInnen ein Bewusstsein für ihre Einkäufe entwickeln und dies letztlich zu einer positiven Verhaltensänderung führt. Gleichzeitig soll dadurch ein Anstoß für den jeweiligen Staat entstehen mehr in den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und Netzwerke erneuerbarer Energie zu investieren, unabhängiger von Energieimporten zu werden und so Lokalisierung statt Globalisierung zu fördern. Ehrliche Endpreise sollen jedoch sozial verträglich gestaltet werden und gehen einher mit einer strukturellen Veränderung des

Arbeitsmarktes um letztlich sichere, de-prekarisierte Arbeits- und Lebensverhältnisse zu ermöglichen. (Vgl. Speth 2012)

Ein postwachstumsökonomisches Wohlstandsverständnis rückt konsumtive und hedonistische Lebensweisen in den Hintergrund und könnte somit als ein simplifiziertes, lokales, entmaterialisiertes Verständnis aufgefasst werden. Zudem hält Speth mit Verweis auf die Glücksforschung fest, dass Glück bzw. Lebenszufriedenheit ab einem bestimmten Einkommensniveau konstant bleibt. (Kasser 2004) Folgerichtig konkludiert er: „What makes people happy are warm personal relationships and giving rather than getting, things that are possible at human scale." (Speth 2012: 184) Postwachstumsökonomische Praktiken sollen darauf fokussiert sein lokal zu kaufen, lokale Ökonomien (etwa durch transition towns) zu revitalisieren, und eine soziale Umwelt zu schaffen in der übermäßiger Konsum und Individualismus durch Solidarität und De-Materialität ersetzt werden. Auf meso- und makroökonomischer Ebene ist in diesem Zusammenhang auch das Konzept der Gemeinwohlökonomie zu erwähnen. (Felber 2014)

In einer Reflexion über die Arbeit in der Enquete-Kommission des deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" erarbeitet die Bundestagsfraktion DIE LINKE mit den Sachverständigen der Kommission Ulrich Brand und Norbert Reuter(2013) ebenso eine wachstumskritische, und vor allem macht- und herrschaftskritische Replik auf das Wohlstandsverständnis des Mainstreams, welche im Rahmen einer *sozial-ökologischen Transformation* und auf der theoretischen Basis *der gesellschaftlichen Naturverhältnisse* (Görg 1999) Wohlstand neu zu denken versucht. Dies schließt auch ein neues Arbeitsverständnis ein, das zunächst durch Arbeitszeitreduktion, geschlechtergerechte Einkommensverteilung, Mindestlohn und MitarbeiterInnenkapitalbeteiligung erreicht werden soll. Im Anschluss an feministische Perspektiven soll ein neuer Arbeitsbegriff nicht nur Erwerbsarbeit, sondern jegliche Formen von Arbeit einschließen und somit auch für nicht marktförmige Arbeiten gelten. Ähnlich wie Biesecker et al. kritisieren sie die Naturalisierung von Care-Arbeit, welche wie Natur „als quasi dehnbare Ressource vorausgesetzt [wird], sodass von einer Externalisierung als Prinzip gesprochen werden kann." (Bundestagsfraktion Die Linke et al. 2013). Diese Externalisierung symbolisiert die historische Dichotomie zwischen Privatheit und Öffentlichkeit.

Umso mehr handelt es sich für die AutorInnen bei Verteilungs-, Geschlechts- und Arbeitsfragen und somit Fragen zur Verteilung von Produktivitätsgewinnen industrialisierter Länder in erster Linie um politische Fragen. Für eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft bedeutet dies einen möglichst hohen Grad der Demokratisierung. Für ihr Wohlstandsverständnis schlagen sie daher ein Trio der Lebensqualität vor:

Trio der Lebensqualität		
Dimensionen	Indikatoren	Zusätzliche Aspekte
Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand	Bruttogehalt preisbereinigt, je Beschäftigten (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer)	BIP, Beschäftigung, Umfang und Qualität der Investitionen, private und staatliche Finanzen, globaler Handel und globaler Kapitalverkehr
Soziale Qualität der Gesellschaft und Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens	Reich-Arm-Verteilung (Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung im Verhältnis zur ärmeren Hälfte)	Gesundheit, Bildung, Rente, Zugang zu allen Leistungen der Daseinsvorsorge, Qualität der Demokratie, Zugang zu Informationen/Kultur/Meinungsbildung, Missbrauch wirtschaftlicher und politischer Macht
Ökologische Tragfähigkeit	Ökologischer Fußabdruck	Klimawandel, biologische Vielfalt, Eintrag von Stickstoff und Phosphor in die Biosphäre, stratosphärische Ozonschicht, Landnutzungsänderungen, Wassernutzung, Versauerung der Ozeane, Aerosolbelastung und Verschmutzung der Chemikalien.

(Ebd.: 51)

Durch die Reduktion auf drei Hauptindikatoren soll die politisch-mediale Vermittelbarkeit erleichtert und ähnlich zum BIP eine rasche Auffassung über den Wohlstand der Gesellschaft ermöglicht werden. Mittels eines *Rates für sozialen und ökologischen Wohlstand* soll ähnlich wie bei Feigl‘s Wohlstandsrat die politisch-institutionelle Absicherung garantiert werden und gleichzeitig durch eine möglichst offene und transparente Arbeit dieses Gremiums eine Möglichkeit für die Bevölkerung entstehen im Sinne der Mitgestaltungsdimension politische Partizipation zu leben. Ein

sozial-ökologisches Wohlstandsverständnis hat in der Alltagserfahrung zum Ziel politisch-ökonomische Rahmenbedingungen für eine suffiziente Lebensführung bereitzustellen. Die zielformulierte Suffizienz soll jedoch nicht als ein enger-Schnallen des Gürtels verstanden werden, sondern im Sinne eines „genug für alle, nicht zu viel nicht zu wenig." (Ebd.: 56). Mit Mindesteinkommen und nach oben begrenzte Einkommen soll diese Art der Mäßigung auch finanziell tragbar sein. (Vgl. Ebd.: 56)

Beate Littig (2016) greift die Thematik der sozial-ökologischen Transformation auf und erörtert inwiefern der Forschungsansatz der *Lebensführung* zu einer alltagspraktischen Erweiterung des Konzepts beitragen kann. Dies impliziert ebenso ein Anknüpfen an die erwähnte *imperiale Lebensweise*, welche die Alltagspraktiken eingebettet in internationale politökonomische Strukturen sieht. Zunächst führt Littig eine terminologische Differenzierung durch: *Lebensweise* wird durch die ökonomischen Produktionsverhältnisse determiniert und befindet sich somit trotz der alltagspraktischen Verankerung auf einer gesellschaftlichen Makroebene. Hingegen basieren *Lebensstile* im wissenschaftlichen Kontext auf speziell in der Konsumforschung relevanten, soziologisch verorteten Sozialstrukturanalysen, in welchen Ästhetiken, Stile und Sinnkonstruktionen konsumtiver Verhaltensweisen auf Individualebene untersucht werden. (Vgl. Ebd.: 1)

Der auf Max Weber basierte Begriff der Lebensführung „bezeichnet die Praktiken der bedeutungsvollen Strukturierung alltäglichen Lebens." (Leitner/Littig 2016: 4) Die Lebensführung ist dabei nicht das Aggregat individueller Tätigkeiten, sondern das Koordinationssystem über Anforderungen an das jeweilige Individuum, die aus diversen gesellschaftlichen und sozialen Bereichen und Beziehungen entstehen. Mit dem Konzept der Lebensweise hat es gemein, dass sie u.a. in Produktionsverhältnisse eingebettet ist und auf diese mit ihren eigenen, systeminhärenten Logiken reagiert. Durch diese Interaktion zwischen individuellen und strukturellen Momenten können sich Lebensführungen, aber auch Lebensweisen verändern und somit ein gesellschaftlicher Wandel gemäß einer sozial-ökologischen Transformation eingeläutet werden. Mit Verweis auf Voß wird dabei konstantiert:

> „Die Form der Lebensführung einer Person besteht darin, zu welchen Zeitpunkten, an welchen Orten, in welcher inhaltlichen Form, in welchen sozialen Zusammenhängen und orientiert an welchen sozialen Normen, mit welchen sinnhaften Deutungen sowie mit welchen Hilfsmitteln oder Ressourcen und schließlich mit welchen emotionalen Befindlichkeiten eine Person im Verlauf ihres Alltags typischerweise tätig ist (…) wie sich eine Person auf die verschiedenen

> Sozialsphären, auf die sie verwiesen ist, bezieht und sich mit diesen zeitlich, räumlich, sachlich usw. arrangiert (…) sie ist, kurz gesagt, das Arrangement der einzelnen Arrangements einer Person.“ (Voß 1995: 32)

Durch ihren interaktiven Charakter auf mehreren Ebenen ist die Lebensführung auch Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse und Entwicklungen. So lässt sich bspw. die Neoliberalisierung von Erwerbsarbeit auf Subjektebene analysieren, was durch das Aufzeigen von Alltagspraktiken für die bisher erwähnten heterogenen Wohlstandsverständnisse eine subjekt-orientierte Addition bedeutet. Soziale Ungleichheiten wie das Geschlechterverhältnis werden somit v.a. im „Privaten“ besser beleuchtet, ebenso wie die Verfügbarkeit von Ressourcen sozialer, ökonomischer oder personaler Natur. Aktuell kann dies als Resultat neoliberaler Subjektivierungsprozesse verstanden werden, welche dem Postulat unterliegen, dass jeder Mensch UnternehmerIn seines eigenen Lebens ist. Betriebswirtschaftliche Attribute wie Rationalisierung, Effizienzialisierung und Flexibilisierung dringen zunehmend auch in die Sphäre außerhalb des Erwerbslebens ein und verstärken dabei Prozesse der Verarbeitlichung des Privatlebens (außerhalb der Erwerbsarbeit) und der Entgrenzung. Darüber hinaus hält Littig fest, dass die im Kontext der Lebensführung zu erfassenden Alltagspraktiken „von den sozio-materiellen Gegebenheiten, (…) den dominanten Leitbildern (…), die auch tief verankerte emotionale Wirkungen haben sowie von kollektiven Belohnungs- und Bestrafungsmechanismen (Sanktionen oder soziale Anerkennung) abhängig“ (2016: 16) sind.

Littigs Wohlstandsverständnis ist somit im Wesentlichen eine Ergänzung der sozial-ökologischen Transformation um eine verstärkt subjekt-orientierte Ebene. Dadurch soll zum einen in wissenschaftlich-methodischer Hinsicht eine Vernachlässigung von Alltagspraktiken vermieden werden, zum anderen wird dabei deutlich, dass aus dieser Perspektive für Wohlstand nicht nur politisch-strukturelle Rahmenbedingungen oder eine markt-vermittelte Bedürfnisdeckung notwendig sind, sondern auch individuell erlebbare Praktiken und subjektiv-emotionale Reflexionen über Letztere. Für die Manifestation gegenhegemonialer Bestrebungen könnte das Konzept der Lebensführung im Kontext der sozial-ökologischen Transformation als Analysewerkzeug durchaus produktiv sein.

2.2. Hegemonietheorie

Die Hegemonietheorie Antonio Gramsci's und die daran anschließenden neogramscianischen Perspektiven entwickelten sich in den letzten Jahrzehnten zu einem in seinem Umfang beachtlichen wissenschaftstheoretischen Korpus. Deshalb erscheint es unumgänglich an dieser Stelle die für die vorliegende Arbeit essentiellen Grundbegriffe der Hegemonietheorie grob darzulegen um darauf aufbauend detaillierter auf einzelne relevante Aspekte bzw. Termini der neogramscianischen Ansätze einzugehen und gegen Ende des Kapitels den in der Arbeit verwendeten Konflikt-Begriff auszuarbeiten.

Bereits in der Deutschen Ideologie von Marx und Engels sind erste Ansätze von Gramsci's Hegemonietheorie versteckt: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht." (Marx/Engels 1962: 46). Durch die Unterscheidung von materieller und geistiger Macht verweisen die beiden Autoren zum einen auf die ökonomischen Ressourcen einer herrschenden Klasse, welche auch bestimmte Produktionsverhältnisse determinieren, zum anderen auf die dahinterstehende ideelle Ebene der herrschenden Klasse, welche die Gesellschaft durchzieht. Die ökonomische Macht der herrschenden Klasse ergibt sich aus ihrer Herrschaft bzw. faktischen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel der Gesellschaft, während die subalterne Klasse nicht über diese verfügt. Gemäß Marx und Engels entscheidet die ökonomisch bevorteilte herrschende Klasse auch über die Allokation der geistigen Macht, was die Autoren schlussfolgern lässt: „Die herrschenden Gedanken sind weiter Nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die eben die eine Klasse zu herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft." (Ebd.: 46). Daraus lässt sich schließen, dass die herrschende Klasse die Produktion eigener Ideen bzw. Ideologien nützt um an die Macht zu kommen und diese auch zu festigen. Es kann als wesentliches Charakteristikum einer herrschenden Klasse erachtet werden, dass diese zugunsten ihres Erhaltens danach bestrebt ist, ihre Ideen als für die Gesellschaft allgemeingültig und einzig vernünftig darzustellen. (Vgl. Ebd.: 47)

Allen voran diese Relation zwischen geistigen und materiellen Produktions- und Machtverhältnissen ist bei Gramsci stark wiederzuerkennen. Er sieht diese wie Marx und Engels nicht in voneinander getrennten Sphären, jedoch viel mehr in einer

gegenseitig abhängigen Reziprozität, „d.h. eine bestimmte Form der Ökonomie bedingt eine bestimmte Form des Politisch-Kulturellen und umgekehrt.“ (Candeias 2007: 19). Während bei Marx und Engels dieses Verhältnis zugunsten einer bestimmten Klasse in der „bloßen“ Vorherrschaft gegenüber einer unterlegenen Klasse verharrt, erweitert nun Gramsci den Terminus der Vorherrschaft bzw. Hegemonie. Er addiert noch die Elemente Zwang und Konsens, was im Wesentlichen einer aktiven Zustimmung oder tolerierten Teilhabe der Subalternen zu den herrschenden Verhältnissen gleichkommt. Infolgedessen verlangt die Definition eines Hegemonieprojekts im gramscianischen Verständnis nicht nur die Darstellung der Gedanken der herrschenden Klasse als für die gesamte Gesellschaft allgemeingültig und vernünftig, sondern einen tatsächlichen „Prozess der Verallgemeinerung von Interessen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht“ (Demirovic 1992: 154). Jener Prozess ist ein sozial umkämpfter, was auch zu seiner Instabilität beiträgt. Durch den Hintergrund sozialer Kämpfe weicht das postulierte Kompromissgleichgewicht einem asymmetrischen Konsens zuungunsten der Subalternen. Dieser Konsens geht tendenziell einher mit einer Institutionalisierung und gleichzeitiger Stilllegung der im Prozess der Verallgemeinerung entstandenen Interessenskonflikte unter mehr oder minder starker Beachtung der verschiedenen Vorstellungen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass es herrschenden Klassen obliegt die konfliktspezifischen Terrains auszuwählen und zu gestalten, was es gegenhegemonialen Projekten erschwert ihre Ziele durchsetzungsstark zu artikulieren. Und wie auch schon bei Marx und Engels erwähnt wurde, ist es nichtsdestotrotz auch bei Gramsci ein wesentliches Merkmal von Hegemonie, dass „die bestehende Gesellschaft als alternativlos angesehen wird, ein Großteil der Menschen damit zufrieden ist und/oder resigniert.“ (Brand 2005: 10). Hegemonie reduziert sich dabei nicht bloß auf gedankliche oder ideelle Ebene, sondern sie ist Teil alltäglicher Praxen, und zwar in allen gesellschaftlichen Klassen.

Ein weiterer relevanter Aspekt zum Verständnis der Hegemonietheorie Gramsci‘s ist die Unterscheidung zwischen geschichtlichem/historischem Block und politischem Machtblock. Letzterer bezieht sich auf die von „inneren Widersprüchen gekennzeichnete Einheit von politisch herrschenden Klassen und Fraktionen“ (Poulantzas 1978: 239), was lediglich einer Seite des hegemonialen Konsenses entspricht: Gewerkschaftsspitzen, ranghohe einflussreiche UnternehmerInnen,

politische SpitzenfunktionärInnen oder WissenschafterInnen als organische Intellektuelle.

Im Gegensatz bezeichnet ein historischer Block die im Kompromiss harmonisierten (aber sozial umkämpften) Widersprüche zwischen Regierenden und Regierten, Herrschenden und Subalternen. Hier ist von Bedeutung, dass „als Träger von Harmonie (…) „Herrschende“ wie „Beherrschte“, „Führende“ wie „Geführte“, „Repräsentanten“ wie „Repräsentierte“ mit eingeschlossen sind.“ (Candeias 2007: 20). Dies führt auf Grund der damit verflochtenen alltäglichen Praxen zu einer ständigen Reproduktion der hegemonialen Verhältnisse und schließlich zu der Erkenntnis, dass die Stabilität eines hegemonialen Projektes auf einem (in sich) beständigen historischen Block fußt, dessen Fortdauer wiederum von der Eingebundenheit der Individuen abhängig ist. Daraus schlussfolgert Gramsci einen wesentlichen Beitrag des historischen Blocks zur Identitätskonstruktion von Individuen. (Vgl. Ebd.: 21)

2.2.1 Ein materialistisches Staatsverständnis

Da der Fokus der vorliegenden Arbeit auf potenziellen Konflikten auf nationalstaatlicher Ebene liegt, ist eine Auseinandersetzung mit Gramsci’s bzw. einem materialistischen Staatsverständnis unumgänglich. Im Gegensatz zu (neo-)realistischen oder institutionalistischen Perspektiven verwehrt sich Gramsci eines reduktionistischen Staatsverständnisses, in dem der Staat als autonom handelnder Akteur neben anderen agiert und sein Machtverhältnis lediglich auf ein nach außen orientiertes militärisch-gewaltförmiges reduziert. Innere Macht- und Kräfteverhältnisse werden dabei ausgeblendet, der Staat wird ergo als Blackbox verstanden. Eine kritische Theorie des Staates nimmt jedoch „Institutionen, soziale Verhältnisse und Machtbeziehungen nicht einfach als gegeben hin, sondern hinterfragt sie, indem sie deren Ursprünge untersuchen und ergründen will, ob und inwiefern sie sich gegebenenfalls verändern.“ (Cox 2011: 44)

In einem ersten Schritt löst sich ein erweitertes, kritisches Staatsverständnis von den strikten sphären-ökonomischen Trennungen zwischen Staat und Ökonomie, sowie Gesellschaft und Staat. Im Rahmen einer materialistischen Staatstheorie werden diese Dichotomien als für bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften zwar fundamentale, jedoch durchaus konfliktinhärente Strukturmerkmale definiert. Infolge sind „*Staat* und *Gesellschaft* weder voneinander unabhängige noch einfach getrennte Sphären, sondern Ausdruck eines widersprüchlichen gesellschaftlichen Zusammenhangs.“

(Hirsch 2001: 19) Diese Reziprozität bedeutet in einer ökonomisch-materiellen Dimension, dass der Staat in seiner historisch-spezifischen Formbestimmtheit nur erhalten werden kann, wenn er die sozialen und ökonomischen Reproduktionsprozesse und für die Kapitalakkumulation notwendigen spezifischen Produktionsverhältnisse erhalten kann. Vice versa wird der Staat als Bedingung für die Reproduktion des kapitalistischen Produktionsverhältnisses vorausgesetzt.

Der Staat ist aus materialistischer Perspektive somit kein selbstständiger Akteur mit eigenen Interessen, sondern zentraler Vermittlungsort zur Herstellung eines stabilen Kräfteverhältnisses zwischen sozialen Akteuren. Joachim Hirsch spricht in diesem Kontext von einem *Klassenstaat*: Ein Staat, der zwar nicht als Instrument zur Durchsetzung von Interessen einer bestimmten bzw. bestimmenden Klasse genutzt wird, aber als ein „Kristallisationspunkt von antagonistischen sozialen Verhältnissen, der gleichwohl eine eigene institutionelle Festigkeit und Dynamik, eine *relative Autonomie* aufweist." (Ebd. 19) Dieses relative Moment ist Resultat des theoretischen Aufbrechens der erwähnten in sich kohärenten Blackbox und zeigt auf, dass der Staat in seiner Pluralität aus den ihm zugehörigen Organisationen und Apparaten mit zum Teil sich konfliktiv verhaltenen Klassen- und Sozialbeziehungen zu verstehen ist.

Bereits zeitlich voraus bereitet Nicos Poulantzas die Grundlage für Hirschs Klassenstaat, indem er seine Ordnungsfunktion bzw. die Herstellung und Aufrechterhaltung einer stets umkämpften sozialen Kohäsion zur zentralen Aufgabe des Staates erhebt. Die konfligierenden Klassen konstituieren sich erst in den Konflikten selbst, die dabei relevanten Produktionsverhältnisse sind gemeinsam mit den spezifischen Klassenverhältnissen in die Strukturen des kapitalistischen Staates eingebettet. Die Ordnungsfunktion des Staates führt dabei zu instabilen, da umkämpften Kompromissgleichgewichten. Referierend auf Gramsci ergibt sich ein Herrschaftsverhältnis nur dann, wenn die Projekte der Herrschenden hegemonial sind, es somit einen Konsens zwischen Herrschenden und Subalternen über gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen gibt. In diesem Kontext versteht Poulantzas den Staat als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen" (Poulantzas 2002: 159). Mit Hilfe seiner Materialität stabilisiert der Staat soziale Kräfteverhältnisse. Gleichzeitig ist er durch seine Funktion als Parkett für die Austragung gesellschaftliche Konflikte selbst ein soziales Verhältnis, welches als materialisierte Verdichtung auch internationale, supranationale und

transnationale Verhältnisse und Entwicklungen maßgebend beeinflusst. (Brand 2005: 50f.)

2.2.2. Neogramscianische Perspektive

Auf Basis der erwähnten Grundlagen gramscianischen Denkens versuchte Robert W. Cox eine Adaption ebendieser auf globaler Ebene. Für Cox ist internationale Hegemonie mehr als nur die Dominanz bestimmter Staaten:

> „It is an order within a world economy with a dominant mode of production. It is also a complex of international social relationships which connect the social classes of the different countries. World hegemony is describable as a social structure, an economic structure, and a political structure; (…) furthermore, (it) is expressed in universal norms, institutions and mechanisms which lay down general rules of behaviour for states and for those forces of civil society that act across national boundaries – rules which support the dominant mode of production."
> (Cox 1983: 171f.)

Diese rules of behaviour können auch als Handlungsrahmen bzw. historische Struktur betrachtet werden, in dem/der sich eine bestimmte Konfiguration von Kräften oder Potenzialen (Ideen, materielle Kapazitäten, Institutionen) abbilden lässt. Die jeweilige Kräftekonfiguration gibt in Form von Zwängen und Einschränkungen den Handlungsrahmen von Individuen und Gruppen vor, die diesen nicht ignorieren können. Zwischen den Kräften herrscht eine wechselseitige Beeinflussung. Während unter materiellen Kapazitäten produktive und destruktive Eigenschaften (technologische und organisatorische Fähigkeiten, natürliche Ressourcen und Verfügungsgewalt über diese) subsummiert werden, sind Ideen die Subkategorien *kollektiv* und *intersubjektiv* zuzuordnen: Erstere sind Meinungen von spezifischen sozialen Gruppen über die soziale Ordnung (z.B. bestimmte Vorstellungen über Wohlstand), unterdessen Letztere Vorstellungen von einem Gros der Gesellschaft über den Typus gesellschaftlicher Verhältnisse sind, welche auch über die Dauer einer historischen Struktur hinweg reichen. Institutionen wiederum dienen zu Stabilisierung sozialer Konflikte und tragen langfristig auch zur Beständigkeit einer Weltordnung bei. Zudem können sie dazu beitragen einen Konsens ohne die Anwendung von physischen Gewaltelementen zu erreichen.

Diese drei reziproken Elemente sind Teil von drei wiederum reziproken Handlungsebenen, auf denen soziale Kräfte als AkteurInnen jeweils sowie auch übergreifend agieren: Staatsformen, soziale Produktionsbeziehungen und

Weltordnungen. Durch die Handlungsebene der sozialen Produktionsbeziehungen wird ersichtlich, dass für Cox die Strukturen der Produktionsverhältnisse im Fokus der Analyse stehen, ohne sich dabei jedoch mit einem Ökonomismus-Vorwurf konfrontiert zu sehen. So versteht er darunter nicht nur die materielle Produktion von zum Konsum oder Verbrauch bestimmten physischen Gütern, sondern (wie bei Marx) auch die (Re-)Produktion von Wissen, Kultur, Moral oder Institutionen. (Vgl. Bieler/Morton 2003: 343) Hegemonie basiert also auf einem Zusammenspiel aus Ideen, materiellen Kapazitäten und Institutionen. Die sozialen Kräfte, die diese Hegemonie konstruieren, handeln dabei auf den Ebenen der sozialen Produktionsbeziehungen, der Staatsformen und der Weltordnungen.

Des Weiteren greift Cox auf Gramsci's Konzept des integralen Staates zurück: *Staat= politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft*. Zur politischen Gesellschaft zählen die politischen und rechtlichen Institutionen des „traditionellen" Staatsverständnisses, unterdessen der Zivilgesellschaft sämtliche nichtstaatliche Bereiche (auch die Privatwirtschaft) zuzuordnen sind. In diesem Sinne herrschen in der politischen Gesellschaft Elemente des Konsenses, in der Zivilgesellschaft die des Zwangs, was zur Formel *Staat= Hegemonie gepanzert mit Zwang* führt. Während jedoch nun der historische Block bei Gramsci auf nationaler Ebene verharrt, ist es laut Cox sozialen Kräften möglich, hegemoniale Verhältnisse eines nationalen historischen Blocks zu expandieren. (Vgl. Cox 1983: 171) Dies setzt eine transnationale Verkettung sozialer Kräfte voraus. Bieler und Morton konkludieren dabei, dass Hegemonie auf zwei Ebenen konstruiert wird: „erstens durch die Konstruktion eines Historischen Blocks und das Herstellen einer sozialen Kohäsion innerhalb einer Staatsform und zweitens die internationale Expansion und die ‚Projektion' von Hegemonie auf die Ebene der Weltordnung." (Bieler/Morton 2003: 348). Als Beispiel für diese Expansion dient die Pax Americana (amerikanisch-hegemoniale Weltordnung), in der bspw. auf Ebene der Produktionsbeziehungen das fordistische Akkumulationsregime sowie die Paradigmen der Massenproduktion und des Massenkonsums, und auf Ebene der Staatsformen der Korporatismus exportiert wurden.

Nachdem die Pax Americana in den 1970er Jahren zunehmend an Kraft verlor, was schließlich in der Auflösung des Bretton Woods System gipfelte, war es vor allem die Internationalisierung der Produktion, die auf ideeller Ebene als anfängliches Relikt an die US-amerikanische Hegemonie erinnerten. Vorangetrieben wurde die

Internationalisierung der Produktion gemäß Cox von der „Transnationalen Managerklasse“ (1981: 147).

2.3. Konflikte

Wie aus den staats- und hegemonietheoretischen Erläuterungen bereits in reduzierter Weise hervorging, sind Konflikte aus einer historisch-materialistischen Perspektive zentrale Elemente der Durchsetzung von Macht und Interessen. Der Konflikt-Begriff selbst ist jedoch innerhalb der Sozialwissenschaften höchst umstritten, weshalb von keiner einheitlichen Konflikt-Definition gesprochen werden kann. Zur Strukturierung verweist Bonacker (2002) u.a. auf die Normativität von Konflikten. Demgemäß können Konflikte als progressiv, als Nährboden für emanzipatorisches Potenzial gesehen, aber auch als störend oder Konsens-verhindernd empfunden werden. Werden jedoch tatsächlich Konflikte behandelt, und nicht problemlösungsorientierte Konsense oder Kompromisse, so muss auch die gesellschaftliche Einbettung bzw. Interaktionswirkung von Konflikten untersucht werden. So führen neoliberale Individualisierungstendenzen zu einer Schwächung solidarisch organisierter, kollektiv agierender sozialer Akteure, weswegen Konflikte nicht mehr nur zwischen sozialen Gruppen ausgetragen werden, sondern auch in die alltägliche Lebenswelt und Praxis von Individuen hineinwirken. Dies kann mitunter als Grund für das Aufbrechen der Kompromissfunktion von korporatistischen Verhandlungsstrukturen gesehen werden. Nichtsdestotrotz sind, dem erwähnten Staatsverständnis entsprechend, staatliche bzw. demokratische Institutionen nach wie vor jenes Terrain, welches als Kristallisationspunkt für die Austragung von Konflikten zur Verfügung steht. (Vgl. Bonacker 2002: 11f.)

Für die Analyse relevant ist gemäß Bonacker auch die Differenzierung zwischen Konflikt und Konfliktursache. Gerade durch die facettenreiche Wirkung von Konflikten erscheint es schwierig zwischen zwei Variablen (z.B. neoliberale Individualisierungstendenz und Aufbrechen korporatistischer Verhandlungsmuster) eine kausale Relation festzustellen. Aus diesem Grund sollte sich moderne Konfliktforschung primär auf das Aufdecken von Kontextbedingungen konzentrieren, welche latente Konflikte manifestieren. Darüber hinaus wird so dem logischen Fehlschluss entgangen, dass die vermeintliche Ursache Teil des Konflikts ist. (Vgl. Ebd.: 12)

Im Gegensatz zu Bonacker erkennt Feindt durchaus auch in konsensorientierten Politiken Progressivität, da diese oftmals auf früher latente Konflikte oder auf das

künftige Potenzial von Konflikten verweisen. Mit Blick auf die sozialen Umweltbewegungen des 20. Jahrhunderts, welche sich in Konflikten rund um Themen wie Atomenergie, Landnutzung oder Gentechnik. entwickelten, kam es trotz – oder gerade wegen- eines „grundlegenden Dissens über den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungspfad“ (Feindt 2010: 9) zur Institutionalisierung dieser Konflikte und ihrer Bearbeitung auf verschiedenen räumlichen Ebenen. Saretzki schließt sich Feindts Erkenntnis an und betont zusätzlich das produktive, wechselseitige Verhältnis aus Stabilität und Wandel bzw. Konsens und Konflikt, da Konflikte nicht pfadabhängig funktionalistisch zu Instabilität führen müssen, sondern auch durch ihre offene Austragung und Bearbeitung letztendlich zu Erwartungssicherheit und Stabilität für alle beteiligten sozialen AkteurInnen führen können. (Vgl. Saretzki 2010: 36)

Aus marxistischer Perspektive geht Demirovic sogar soweit Konflikte als für die Gesellschaft bestimmende Form zu bezeichnen, da Menschen durch Praxis und alltägliches Handeln ihre Geschichte und somit ihre Gesellschaft selbst bestimmen. (Vgl. 2002: 47f.) Der zentrale Konflikt bei Marx ist dabei der Klassenkampf[6]. Er ist Antrieb für die Entwicklung der Gesellschaft und muss als solcher durch die Emanzipation des Proletariats überwunden werden. Die bürgerliche Gesellschaftsformation ist dabei „das Verhältnis der beiden antagonistischen Klassen, das im und durch den Konflikt die unterschiedlichen und autonomen Formen der Wirtschaft, des Staates, des Rechts, der Kunst oder der Philosophie annimmt“ (Ebd. 53) und so das institutionalistische Terrain der Auseinandersetzungen, ihre spezifischen Austragungsformen und Abläufe vorgibt.

Bieling (2002) sieht auch die durch Konflikt erstrebende Entfaltung von Ideen, Diskursen und materiellen Bedingungen vom jeweiligen institutionellen Setting abhängig, gleichzeitig sind Institutionen v.a. durch Konflikte formbar bzw. können neue Institutionen als Folge von Konflikten entstehen. Im integralen Staat und seinen Hegemonieapparaten (z.B. Bildungsinstitutionen, Medien, Parteien, kulturelle Einrichtungen) ist die Reproduktion des historischen Blocks relativ einfach sobald ein zivilgesellschaftlicher Konsens erreicht wurde. Denn durch die Institutionalisierung hegemonialer Ordnungsvorstellungen wie durch den EU-Rat für

[6] Die Klassenzugehörigkeit wird durch die jeweilige Lage im gesellschaftlichen Produktionsverhältnis bestimmt. Im Rahmen des Produktionsverhältnisses stehen die beiden Klassen in Interdependenz zu einander, was bspw. Verteilungskämpfe somit lediglich symbolhaft für Kämpfe um grundlegende Existenzfragen erscheinen lässt.

Wettbewerbsfähigkeit[7] werden „Sachzwänge“ der neoliberalen Globalisierung festgeschrieben und „gegenläufige, sozial oder ökologisch orientierte Konzepte einer marktkorrigierenden Regulation politisch an den Rand gedrückt.“ (Ebd.: 126)

Aus diesen Überlegungen lässt sich ableiten, dass für die vorliegende Arbeit wichtig ist, wie potenzielle Konflikte institutionell bearbeitet werden und welche Kontextbedingungen für ihre Entstehung relevant sind. Darüber hinaus ist zu untersuchen, welche AkteurInnen welche ihrer Interessen wie reformulieren müssen, um sich in der spezifischen Konfliktsituation mit ihren Ordnungs- und Wertvorstellungen durchsetzen zu können. Konflikte können erst dann als manifest erkannt werden, „wo (kollektive) Akteure in der Lage sind, sich gegen bestehende Verhältnisse zu artikulieren und sie zu verändern versuchen – und andere Akteure eben die bestehenden Verhältnisse verteidigen oder in eine andere Richtung verändern wollen.“ (Brand 2010: 241) Insbesondere aus hegemonietheoretischem Denken heraus muss zuletzt zwischen Konflikten um Hegemonie und Konflikten innerhalb einer hegemonialen Konstellation unterschieden werden. Erstere umfassen breite gesellschaftliche Konsense des Zusammenlebens, der Entwicklung und der Produktionsverhältnisse allgemein, sowie verschiedene Formen institutionalisierter Politik. Letztere hingegen verweisen v.a. auf den Konflikt*charakter*, der regelgeleitet ausgetragen und bearbeitet wird, während zugleich diverse (auch gewaltförmige) Formen von Exklusion passiv akzeptiert werden oder im weniger sichtbaren Hintergrund passieren. (Vgl. Ebd.: 242) Um Aussagen über die Entstehung und Entwicklung von Konflikten treffen zu können, ist somit die Analyse hegemonialer Strukturen unumgänglich.

[7] Als hauptverantwortlich für die Priorisierung und Institutionalisierung von Wettbewerbspolitik kann der European Round Table of Industrialists gesehen werden. (van Apeldoorn 2010)

2.4. Fazit

Durch die Darstellung verschiedener Wohlstandsverständnisse basierend auf Gilpin's Differenzierung zwischen konventionellen und kritischen politökonomischen Theoriesträngen, sollte mit der Frage nach den Zielen spezifischer Formen von Wirtschaftspolitik ein Orientierungsrahmen für die später folgende empirische Kategorisierung von Wohlstandsverständnissen erarbeitet werden. Dies wird zunächst auf methodischer Ebene in der historisch-materialistischen Politikfeldanalyse ausschlaggebend, wenn auf Grundlage der theoretischen Ausarbeitung (parallel zur Erstsichtung des empirischen Materials) Vorannahmen zur Konstruktion von Hegemonieprojekten führen. Ebenso ist ein theoriegestütztes Wohlstandsverständnis notwendig um die politisch-institutionelle, aber auch inhaltliche Ebene der zu untersuchenden Konflikte analysieren zu können.

Für die folgenden Kapitel ist daher relevant, dass orthodoxe Stränge (Neoliberalismus, Keynesianismus) auf ein marktbasiertes Verständnis von Wohlstand zurückgreifen. Mit Blick auf politisch-institutionelle Prozesse unterscheiden sie sich allen voran in der wirtschaftspolitischen Rolle des Staates und der Förderung individueller oder kollektiver Rahmenpolitiken. In neoliberalen Perspektiven wird Wohlstand als Wohlstand des Individuums gedacht, weswegen folglich zur Wohlstandsmaximierung des nutzenmaximierenden homo oeconomicus ein Rechtsrahmen geschaffen wird, um die wirtschaftliche Stabilität und einen starken Wettbewerb gewährleisten zu können. Aktive staatliche Investitionen, soziale Dienstleistungen oder Infrastruktur in öffentlicher Hand und ein großer (halb-)staatlicher Unternehmenssektor würden aus neoliberaler Sicht ein Hindernis für die individuelle Wohlstandsentfaltung darstellen, während sie im keynesianischen Verständnis unumgänglich für die Erreichung gesamtgesellschaftlicher Wohlstandsziele sind.

Mit den kritisch-heterodoxen Ansätzen wird bewusst eine Trennlinie zu den konventionellen Vorstellungen von Wohlstand gezogen, indem es zu einer Einbeziehung marktferner Aspekte kommt. Das magische Vieleck schließt an Keynes an und assoziiert Wohlstand auch mit ökologischen Faktoren sowie objektiven und subjektiven Formen von Lebensqualität, weswegen es sich auch als kritische Erweiterung zu konventionellen, keynesianischen Ideen positioniert. Ein feministisches Wohlstandsverständnis greift v.a .das patriarchal organisierte Erwerbsarbeitsmodell des weißen, männlichen Familienernährers an, und möchte das

damit produzierte geschlechtsbezogene Dependenzverhältnis auf einer fundierten Wachstumskritik fußend durch ein Neudenken von Erwerbsarbeit auflösen. Indirekte historische Referenz ist dabei die Postwachstumsökonomie, welche in ihrem Selbstverständnis als zivilgesellschaftlich integrierte Wissenschaft nach Formen von Wohlstand jenseits des ökonomischen Wachstumsimperativ sucht. Ebenso wachstumskritisch wie feministisch soll eine sozial-ökologische Transformation u.a. mittels einer umfangreichen Demokratisierung der Gesellschaft auch aktuelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufbrechen und das gesellschaftliche Naturverhältnis seiner imperialen Struktur entledigen. Mit dem Begriff der Lebensführung soll der politisch-strukturelle Fokus der diversen Wohlstandsverständnisse um individuell erlebbare Praktiken und ihre subjektiv-emotionalen Reflexionen ergänzt werden.

Mit Hilfe Gramsci's Hegemonietheorie lässt sich analysieren, welchen Hegemonieprojekten Universalisierungspotenzial innewohnt und wie Prozesse der Verallgemeinerung und Konsensualisierung verlaufen. Denn ebenjene sind sozial umkämpft und eingebettet im staatlichen Terrain, welches als zentraler Vermittlungsort zur Produktion eines stabilen Kräfteverhältnisses zwischen den im jeweiligen Konflikt agierenden AkteurInnen dient. Aus einem materialistischen Staatsverständnis heraus ist somit von Relevanz, wie Konflikte institutionell bearbeitet werden und welchen Kontextbedingungen sie in ihrer Entstehung unterliegen, um die Prozesshaftigkeit hegemonialer Auseinandersetzungen festzuhalten.

3. Methodik

Im folgenden Kapitel sollen die methodischen Grundlagen vorgestellt werden. Dabei wird argumentiert, weshalb im Gegensatz zur ursprünglichen Studie von Griesser/Brand nicht auf eine Interpretative Policy-Analyse (IPA) mit Fokus auf Deutungsmuster bzw. diskursiven Frames zurückgegriffen wird und weswegen eine historisch-materialistische Politikfeldanalyse (HMPA) der Anforderung einer wissenschaftlichen Arbeit nach einer möglichst dichten Kohärenz zwischen Theorie und Methodologie gerechter wird.

3.1. Klassische Politikfeldanalysen und Kritik

Die Politikfeldanalyse im klassischen Sinn fragt danach, was AkteurInnen tun, was sie damit bewirken und warum sie es tun. Um dieser Orientierung an politischen *Outputs* zu folgen, wird versucht die komplexe empirische Realität in vereinfachte Kategorien bzw. Politikfelder zu übersetzen. Basierend auf ihrem Anspruch auch die Wirkung von bestimmten *Policies* zu untersuchen ist verständlich, dass die Politikfeldanalyse in ihren Entstehungsjahren im Deutschland der 1970er vor allem für politikberatende Funktionen herangezogen wurde. (Vgl. Blum/Schubert 2011: 16f.) So wurde mit dem Policy-Zyklus ein Modell entwickelt, um die Produktions- und Entscheidungsprozesse öffentlicher Politik phasen-perspektivisch darzustellen und zu analysieren. Die geläufigste Einteilung besteht dabei aus 1. Problemdefinition/Thematisierung, 2. Agenda-Setting, 3. Politikformulierung, 4. Implementation, 5. Politikevaluierung. Dabei muss betont werden, dass es sich hier um eine idealtypische Skizzierung von Politikentwicklung handelt und die politische Wirklichkeit von Überlappungen, reziproken Durchdringungen und Störungsherden geprägt ist. (Vgl. Schneider/Janning 2006: 49)

Zwar wird allgemein „der Wert des Policy- Zyklus als *Heuristik*, d.h. als konzeptionelles Werkzeug, um spezifische Eigenschaften des Policy-Prozesses herauszuarbeiten“ (Ebd.: 64) unangefochten hervorgehoben, nichtsdestotrotz werden die handelnden AkteurInnen und ihre Motivation sowie Strategien dabei außer Acht gelassen. Aus hegemonietheoretischer Perspektive stellt sich zudem die Frage nach den im jeweiligen Policy-Zyklus wirkenden gesellschaftlichen Macht- und Kräfteverhältnissen, die mit einem bloßen Verweis auf Umwelteinflüsse nur marginal beantwortet werden kann. Zudem ist zu kritisieren, dass sich im Agenda-Setting die Analyse von Konflikten auf ExpertInnen und bürokratische Ebenen beschränkt, während der in der

vorliegenden Arbeit verwendete Konfliktbegriff auch auf gesellschaftliche Kämpfe um Hegemonie außerhalb bürokratischer Apparate verweist. (Vgl. Blum/Schubert 2011: 111)

Mit dem *argumentative turn* wurde in den frühen 1990ern versucht dem positivistischen Paradigma der klassischen Policy-Analyse durch die stärkere Bedeutung von Sprache, Deutungs- und Prozesswissen, Identitäten und Werten eine kritische Alternative entgegenzusetzen. Textkritische und diskursanalytische Ansätze (IPA) wollen dabei in ideologisch-aufgeladene Debatten rationalisierend hineinwirken. (Vgl. Schneider/Janning 2006: 176) Dies war auch das Ziel der Studie von Griesser/Brand, welche mit einem auf IPA-Perspektiven beruhenden Forschungsdesign u.a. Deutungsmuster bzw. *Frames* untersuchten, die für die Strategien der Policy-Entrepreneurs innerhalb eines zeitlich bestimmten Möglichkeitsfensters relevant sind, um ihre jeweils konkreten Lösungsvorschläge im Prozess des Agenda-Settings zu priorisieren und letztendlich zu implementieren. Dem Forschungsinteresse entsprechend verweisen sie auf die Signifikanz von diskursiven bzw. epistemischen Selektivitäten, „im Sinne von in politische Institutionen eingeschriebene Mechanismen, die spezifische Formen des Wissens, der Problemperzeption und der Narration gegenüber anderen präferieren“ (Griesser/Brand 2016: 12) und somit in Form von endogenen und exogenen Restriktionen, die den Prozess des Agenda-Settings determinieren. (Vgl. ebd.: 12)

Eine Frameanalyse möchte gemäß dem -nicht-positivistisch verstandenen- rationalisierenden Charakter von IPA-Ansätzen Strukturen aufdecken, welche soziale Interaktionen und Prozesse formen. Dabei ist framing „a way of selecting, organizing, interpreting, and making sense of a complex reality to provide guideposts for knowing, analyzing, persuading, and acting. A frame is a perspective from which an amorphous, ill-defined, problematic situation can be made sense of and acted on.“ (Rein/Schön 1993: 146). Daraus lässt sich ableiten, dass unterschiedliche Frames konfliktiv und für politische Prozesse durchaus realitätsformend sind. Frames sind eingebettet in vier Kontexte (interner, unmittelbarer und globaler Kontext, Makrokontext), welche tendenziell nach den institutionellen Bedingungen fragen. Lediglich der globale Kontext möchte auf historische und makroökonomische Veränderungen verweisen. (Vgl. Ebd.:154f.) Rein und Schön lassen jedoch außen vor wie sich Veränderungen der Kontextbedingungen konkret auf Reformulierungen von Frames auswirken. Zudem

schließt der Fokus auf institutionelle Strukturen wie bereits der Policy-Zyklus Auseinandersetzungen fern institutionalisierter Ebenen als Kontext aus, deren Analyse für eine Hegemonietheorie-geleitete Fragestellung jedoch unumgänglich ist.

Die sozioökonomischen und strukturellen Grundlagen der AkteurInnen, welche für das Aufdecken von Machtverhältnissen und der Durchsetzungskraft von bestimmten Strategien notwendig sind, werden in einem IPA-Forschungsansatz ebenso wenig berücksichtigt. Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind in einem historisch-materialistisch geprägten Verständnis von Kontextbedingungen zudem politikfeldübergreifend und beschränken sich nicht auf lediglich ein Politikfeld, wie es die Frame- und die Diskursanalyse implizieren. Die linguistisch geprägte, argumentative Wende greift für ein kritisches Verständnis von Konflikten um die politisch-institutionelle Verankerung eines erweiterten Wohlstandverständnisses in vielerlei Hinsicht zu kurz, wenn sie nicht in Relation zu politikfeldübergreifenden und multiskalar wirkenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen gesetzt wird. Künftige Methodenforschung könnte sich in diesem Kontext mit der Erarbeitung einer historisch-materialistischen Frameanalyse beschäftigen. Für das hiesige Forschungsvorhaben wurde auf Basis der erwähnten Kritikpunkte auf die von Ulrich Brand (2013) angeregte Historisch-Materialistische Politikfeldanalyse (HMPA) zurückgegriffen.

3.2. Historisch-Materialistische Politikfeldanalyse (HMPA)

Die HMPA nimmt die Herrschaftsförmigkeit gesellschaftlicher Reproduktionserfordernisse im Kapitalismus in den Blick, ohne dabei die Frage nach den strukturellen Bedingungen auszulassen in denen soziale Kräfte agieren. Kapitalistische Verhältnisse werden als wichtige strukturierende Faktoren für moderne Gesellschaften gesehen, weswegen die Analyse von „complex and contingent political, socio-economic, socio-cultural, and subjective relations in which people and collectives reproduce themselves materially and symbolically, as well as […]the societal division of labour"(Ebd.: 431) für Brand äußerst wichtig erscheint, für die hier zu behandelnde Forschungsfrage jedoch eher sekundär ist. Primär sollen in Relation mit den historisch-materialistischen Kontextbedingungen jene strategischen Projekte untersucht werden, welche innerhalb gesellschaftlicher wie auch politisch-institutioneller Konflikte Universalisierungspotenzial tragen und gleichzeitig sichtbare Richtlinien, Denkweisen und Handlungen u.a. in Politikproduktionsprozessen verbreiten. (Vgl. ebd.: 433)

In Anlehnung an Brands Skizzierung einer HMPA unternehmen Kannankulam und Georgi (2012) ebenso den Versuch, Gramsci's Hegemonietheorie empirisch fassbar zu machen. Als zentrale Begrifflichkeit wird dabei das „Hegemonieprojekt" vorausgesendet. Grundlegend hierfür ist, dass hegemonieorientierte AkteurInnen auf allen gesellschaftlichen Ebenen (z.B. in der Ökonomie mit Akkumulationsstrategien) ihre Interessen zu universalisieren versuchen. Solche Projekte, die im Unterschied zu hegemonialen Projekten noch nicht den Status der Verallgemeinerung erreicht haben, ebendiesen jedoch innerhalb gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Konflikte anstreben, werden im Folgenden als Hegemonieprojekte bezeichnet. Die analytische Stärke des Begriffs liegt darin, „im Rahmen einer historisch-materialistischen Kontextualisierung die durch grundlegende ‚soziale Formen' bestimmte und durch die rekursive Handlungsmacht der AkteurInnen hervorgebrachte Aggregation von sehr unterschiedlich motivierten und oft nebeneinander ablaufenden Taktiken und Strategien in einer analytischen Kategorie fassbar zu machen." (Ebd.: 35).

Hegemonieprojekte sind somit keine bewussten politischen Bündnisse, sondern im Kontext bestimmter gesellschaftlicher Prozesse oder Auseinandersetzungen herausgearbeitete begriffliche Konstruktionen, weswegen die einem Hegemonieprojekt zugeordneten AkteurInnen nicht notwendigerweise Teil einer breiten Bewegung sein müssen. Umgekehrt können jedoch real existierende Bündnisse (etwa Wirtschaftskammer und unternehmerische Lobbyingorganisationen wie die Industriellenvereinigung) im selben Hegemonieprojekt zu finden sein, was ihren Erfolg durchaus begünstigen könnte. (Vgl. Wissel 2015: 63) Die Hegemonieprojekte dienen in der vorliegenden Arbeit allen voran zur Nachzeichnung der zu untersuchenden Konflikte. Sie werden als Vorannahmen theoriegeleitet konstruiert, unterdessen die im Implementationsprozess der beyond-GDP Debatte handelnden AkteurInnen anhand des Datenmaterials zugeordnet werden.

Während Kannankulam/Georgi (2012) von einer *Politik*analyse sprechen, handelt es sich bei der hier angeführten Methode dezidiert um eine Politik*feld*analyse. Im Vordergrund steht also das Politikfeld der Wohlstandspolitik bzw. der beyond GDP - Debatte, innerhalb dessen seine konfliktiven Prozesse nachgezeichnet werden sollen. Die begriffliche Determinierung grenzt einerseits das Untersuchungsfeld ab, andererseits werden nichtsdestotrotz die politisch-institutionellen Prozesse auf ihre Konflikthaftigkeit und den in ihnen wohnenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse

untersucht, jedoch innerhalb eines definierten Politikfelds um den Rahmen der Arbeit auf eine überschaubare, dafür umso detailliertere Analyse zu beschränken.

Um Verallgemeinerungsprozesse von Hegemonieprojekten und damit einhergehende Konflikte zu untersuchen, formulieren Kannankulam und Georgi drei Analyseebenen: Kontextanalyse, Akteursanalyse und Prozessanalyse. Die erste dient zur Untersuchung zentraler historischer und materieller Bedingungen des bestimmten Problem- bzw. Konfliktfeldes. In einem zeitlich, räumlich und sachlich (Vgl. Scherrer 2007: 76) festgelegten Rahmen sollen jene Elemente einer historischen Situation ausgemacht werden, auf welche gesellschaftliche Kräfte- und Akteurskonstellationen unterschiedlich reagieren. Ziel ist eine Charakterisierung des formbestimmenden Rahmens, indem die historische Ausgangsituation des Konflikts sowie die dem „Konflikt zugrunde liegenden dynamischen Prozesse und langfristigen Strukturen“ (Sanders 2016: 55) erörtert werden.

Die Akteursanalyse soll erstens die Strategien ausarbeiten mit denen die gesellschaftlichen Kräfte auf den zuvor erwähnten Kontext reagieren, zweitens die zentralen AkteurInnen identifizieren und anhand von Strategien, die ähnliche Ziele verfolgen, zu Hegemonieprojekten aggregieren. Der zweite Schritt inkludiert ebenso spezifische Sichtweisen auf den konkreten Konflikt, somit das Wissen oder die Ideologie, welche für die jeweiligen Strategien von Relevanz sind. Drittens bedarf es einer ressourcenorientierter (in organisatorischer, finanzieller, symbolischer oder sozialer Hinsicht) Einschätzung der Position der Akteure im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis.

Die Prozessanalyse schließlich soll aufbauend auf den vorangehenden Analyseergebnissen eine Rekonstruktion des Konflikts ermöglichen. Dies schließt eine Rekonstruktion der verschiedenen Problemdefinitionen der zentralen sozialen AkteurInnen, die politischen Projekte bzw. Strategien zur Lösung und die dabei entstehenden gesellschaftlichen Kämpfe, sowie im Anschluss daran die materielle Verdichtung und Konsensualisierung dieser sozialen Konflikte in Form von Institutionen, Verträgen oder Gesetzen mit ein. (Vgl. Kannankulam/Georgi 2012: 37f.) Die drei Analyseraster können dabei unterschiedlich gewichtet und in flexibler Abfolge positioniert werden.

Konkretisiert auf mein Forschungsvorhaben bedeutet dies, dass mit einer Ausarbeitung der Kontextbedingungen begonnen wird. In zeitlicher Dimension liegt der

Fokus auf dem Zeitraum von 2008 bis 2016, genauer ab der Bildung der Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (CMEPSP), auch bekannt als Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission, welche vor dem Hintergrund des Ausbruchs der Finanzkrise 2007 von der französischen Sarkozy-Regierung eingesetzt wurde, um alternative Formen der Wohlstandsmessung jenseits des BIPs auszuarbeiten. Wie sich in der Kontextanalyse zeigen wird, war dies der Ausgangspunkt für ein Wiederbeleben der beyond-GDP Debatte. Um die Historizität ebenjener nicht zu vernachlässigen, soll der Kontextanalyse eine überblicksartige zeitdiagnostische Nachzeichnung vorgezogen werden, um die darauffolgenden Kontextbedingungen in ihrer historischen Gesamtheit einbetten zu können.

Die sachliche Ebene bildet abgeleitet von der Forschungsfrage die erweiterte Wohlstandspolitik, wobei an dieser Stelle explizit der politikfeldübergreifende Charakter ebendieser hervorgehoben werden muss. Für die räumliche Ebene bedeutet dies eine Konzentration auf österreichische, institutionalisierte Ebenen der Konfliktaustragung und -bearbeitung mit Fokus auf politisch-institutionelle Verankerungsversuche. Akteursanalytisch sind im Sinne des integralen Staatsverständnisses sowohl Stakeholder aus Bürokratie und Parteiapparaten, als auch jene aus Medien und der gramscianisch verstandenen Zivilgesellschaft Zentrum der Analyse. In der Akteursanalyse erfolgt auch die Zuordnung der AkteurInnen zu den Hegemonieprojekten. Auf diesem kontext- und akteursanalytischen Fundament basiert die Prozessanalyse, in deren Rahmen Konflikte aufgedeckt und in ihrer Dynamik nachgezeichnet werden und so letztendlich die Forschungsfrage beantwortet wird. Die hier vorzunehmende HMPA setzt ihren Schwerpunkt auf Kontext- und Prozessanalyse, während die Akteursanalyse eher oberflächlich durchgeführt wird. Dies ergibt sich einerseits aus dem beschränkten Rahmen einer Masterarbeit, andererseits liegt auch der Fokus der Forschungsfrage primär auf den konflikthaften Prozessen der beyond GDP - Debatte und ihrem formbestimmenden Rahmen, und sekundär auf den in ihnen agierenden sozialen Kräften.

Insbesondere aus der räumlichen Ebene lässt sich ableiten, dass es sich um eine Einzelfallstudie handelt. Österreich zeichnet sich dabei dadurch aus, dass hier -wie einleitend erwähnt- mit dem *Wie geht's Österreich?* – Projekt der Statistik Austria Pionierarbeit in der Messung alternativer Wohlstandsindikatoren geleistet wird. Begleitet wird dies von einer im internationalen Vergleich durchaus breiten, zum Teil

populärwissenschaftlichen und journalistischen Debatte, welche in der politisch-institutionellen Auseinandersetzung verschiedener Wohlstandskonzepte gipfelt. Durch diese besondere Typologie erhält Österreich als Einzelfall seine Legitimation. (Vgl. Merkens 2005: 294) Für die HMPA allgemein empfehlen Kannankulam/Georgi die intensive Analyse von Debatten mittels Auswertung von Medien, Positionspapieren, grauer Literatur und ExpertInneninterviews. So kam eine Quellen- bzw. Literaturrecherche zur Anwendung, um v.a. die Kontextbedingungen und Akteure zu erörtern, während für die Analyse der konfliktiven Prozesse der politisch-institutionellen Verankerung alternativer Wohlstandsindikatoren die Kooperation mit den Autoren der ursprünglichen Studie einen Rückgriff auf bereits durch ExpertInneninterviews erhobenes Datenmaterial erlaubt.

Als ExpertIn zeichnet sich dabei der/die InterviewpartnerIn dadurch aus, dass er/sie als „Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden sozialen Sachverhalte“ (Gläser/Laudel 2009: 12) herangezogen wird. Im Kontext mit der Forschungsfrage, dienen die ExpertInneninterviews dabei der *Rekonstruktion* sozialer Prozesse bzw. Konflikte. Hinsichtlich ihres Standardisierungsgrades können die Interviews als Leitfadeninterviews charakterisiert werden, welche anhand eines zuvor entwickelten Fragenkatalogs durchgeführt wurden. Dies führte zu einer höheren Vergleichbarkeit der ausgewerteten Daten und diente den Interviewenden als Strukturierungshilfe. (Vgl. Griesser/Brand 2016: 13) Die zwanzig interviewten ExpertInnen stammen aus fünf Stakeholder-Gruppen, welche für die politisch-institutionelle Verankerung alternativer Wohlstands- und Fortschrittsindikatoren als relevant eingeschätzt werden können und gleichzeitig der politikfeldübergreifenden Forschungsprämisse der HMPA durch ihre Zuständigkeitsbereiche gerecht werden:

Stakeholder-Gruppen	
Politik und Verwaltung	Umwelt, Soziales, Wirtschaft und BKA
Wissenschaft	Statistik Austria, WIFO
Verbände und Gewerkschaften	ÖGB, AK, WKO, IV
NGOs	Bereich Wirtschaft, Umwelt, Soziales
Medien und Journalismus	Wirtschaft- und Gesellschaftsressorts

Eigene Darstellung nach Griesser/Brand (2016)

Aus gramscianischer Perspektive lässt sich an dieser Stelle hinterfragen, inwiefern die für die Analyse hegemonialer Prozesse befragten ExpertInnen auch als organische Intellektuelle identifiziert werden können. Für Gramsci sind alle Menschen Intellektuelle, da er keine Trennung zwischen manueller und geistiger Arbeit vornimmt. Die Funktion von Intellektuellen, die alltagsphilosophischen „Vorstellungen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe oder Klasse zusammenzufassen, zu systematisieren, sie begrifflich auszuarbeiten und ihnen die Form der Allgemeingültigkeit und Vernünftigkeit zu geben“ (Candeias 2003: 73) wird jedoch nur den organischen Intellektuellen zugeschrieben. Dadurch partizipieren sie wesentlich in der Reproduktion und Konstitution der spezifischen gesellschaftlichen Klasse und tragen zu ihrer strategischen Organisierung bei. Organisch ist dabei v.a. das Verhältnis zu den teils widersprüchlichen Auffassungen und Vorstellungen der Massen, deren Überwindung für den Erfolg einer hegemoniefähigen Weltauffassung unumgänglich ist. (Vgl. Sander 2016: 29)

Basierend auf dieser Definition, können die befragten ExpertInnen durchaus als organische Intellektuelle charakterisiert werden. So ist ihr leitendes Wirken in Medien, Kammern, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialorganisationen und polit-bürokratischen Prozessen und ihre daraus resultierende aktive Teilnahme an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Feld der Wohlstandsdebatte kennzeichnend für ihre Rolle als organische Intellektuelle. Selbstkritisch muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass dadurch die Haltungen, Auffassungen und Praktiken der Subalternen nicht, oder nur auf Basis der Informationen der organischen Intellektuellen/ExpertInnen betrachtet werden können. Ebenso eine Analyse des organischen Verhältnisses zwischen Intellektuellen und Subalternen ist dabei lediglich aus der Perspektive Erstgenannter möglich.

Als Auswertungsmethode wurde die Qualitative Inhaltsanalyse in Anlehnung an Mayring herangezogen, da diese eine systematische, theoriegeleitete und regelgeleitete Analyse des transkribierten Datenmaterials ermöglicht. (Vgl. Mayring 2008: 12) Basierend auf den theoretischen Vorüberlegungen wurden in einem ersten Schritt zunächst deduktiv grundlegende Kategorien entwickelt, welche dann basierend auf dem Interviewmaterial zu feineren Kategorien spezifiziert wurden. In einem zweiten Schritt wurden mittels der von Mayring vorgeschlagenen Auswertungstechniken (Zusammenfassung, Explikation, inhaltliche Strukturierung) den entsprechenden

Textpassagen die jeweils interpretativ-adäquat erscheinenden Kategorien zugeordnet. Im dritten Schritt wurden die mit dem Auswertungsprogramm MaxQDA kodierten Texteinheiten extrahiert, was eine Zusammenführung ähnlicher, aber auch differenzierter Argumente/Informationen ermöglichte und somit methodisch reliable Aussagen über zentrale Konflikte und Kontextbedingungen zulässt.

4. Hegemonieprojekte

Ziel des Kapitels ist es die zwei relevanten Hegemonieprojekte in der Debatte um ein erweitertes Wohlstands- und Fortschrittsverständnis auf Basis der theoretischen Ausarbeitungen vorzustellen. Dabei soll ein Einblick in die Strategien, Ziele und soziale Basis gewährt und die Grundlage für die in der Akteursanalyse notwendige Zuordnung und Aggregation der in den gesellschaftlichen Konfliktfeldern agierenden sozialen Kräfte geschaffen werden.

4.1. Das neoliberale Hegemonieprojekt

Das neoliberale Hegemonieprojekt orientiert sich nicht nur im Namen an der Ideologie des Neoliberalismus, sondern auch -und in erster Linie- inhaltlich. Prioritäres strategisches Ziel des Hegemonieprojektes ist eine Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, was auch die Natur miteinschließt. Jegliche Form von Politik ist nur dann möglich, wenn sie sich dem Diktat der Wettbewerbsfähigkeit unterwirft. Die Volkswirtschaft eines Staates wird als Standort betrachtet, der sich im internationalen Wettbewerb durchsetzen muss. Die dabei durchdringende Analogie zum Unternehmen wird durch den Vorrang von Wirtschaftswachstum unterstrichen, um im Standortwettbewerb mit dem dynamischen Wettbewerbsstaat am internationalen Markt um Kapital zu buhlen. Zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit sollen v.a. Rationalisierung, Produktivitätssteigerung, Effizienzialisierung und Innovationen beitragen.

Insbesondere Letztere wird im Diskurs als signifikanter Standortvorteil der kapitalistischen Zentren in Relation zum globalen Süden gesehen, was paradoxerweise zur Argumentation für höhere Sozial- und Umweltstandards im globalen Norden führen kann. Dieses vermeintliche Paradoxon hebt sich innerhalb der kapitalistischen Logik des Neoliberalismus auf, indem es erstens globale Ungleichheiten nicht in Frage stellt, sondern -nicht nur diskursiv- fördert. Zweitens ergeben sich die durch Innovation erschaffenen Konkurrenzvorteile immer nur zu

Lasten anderer und zwar dadurch, dass „diese neue Märkte nicht gleich schnell erschließen oder dadurch, dass sie auf bestehenden Märkten Marktanteile verlieren.“ (Schmidt 2006: 127). Innovation, Effizienz und Wachstumsorientierung werden im neoliberalen Hegemonieprojekt auch im ökologischen Kontext gedacht, wie sich bei den später näher zu beschreibenden Strategien Green Growth und Green Economy zeigt.

Um ihr strategisches Ziel zu erreichen bemüht sich das Projekt um die Vereinnahmung der Zivilgesellschaft, durch 1. Organisation von gemeinsamen Konferenzen, kooperativen Initiativen im Unternehmenssektor und Beteiligung an bzw. Förderung von ökologischen oder sozialen Projekten, sowie durch 2. policies der Individualisierung, Freiwilligkeit und Eigenverantwortung, um letztendlich eine Verschiebung der politischen Verantwortung hin zu den individuellen MarktteilnehmerInnen bzw. KonsumentInnen zu ermöglichen. Vor allem der zweite Aspekt entspricht den neoliberalen Denkschulen, da sie an das Paradigma des nutzenmaximierenden homo oeconomicus anschließt und innerhalb einer Ideologie des individuell gedachten Wohlstands eine politische Strategie zur ideellen Absicherung konzipiert.

Als weiter wesentlicher Punkt kann die mit der Output-Orientiertheit einhergehende Versachlichung von Politik ausgemacht werden. Wie Blühdorn (2013) mit seinem Begriff der *Simulativen Demokratie* festhält, werden zentrale Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Lebens nicht mehr politisch ausverhandelt, sondern als alternativlose Sachzwänge dargestellt. Diese Form von Entpolitisierung bzw. Post-Politik produziert Notwendigkeiten, welche nur besser oder schlechter umgesetzt werden können, an sich aber nicht hinterfragt werden. Auf politisch-institutioneller Ebene bedeutet dies eine Entwicklung weg vom zentralstaatlich organisiertem government hin zu einem dezentralisierten, netzwerkartigen governance, welches kooperativ und konsensorientiert mit Stakeholdern die Verwaltung der systemischen Imperative übernimmt.

Im Vergleich zum sozial-ökologischen Hegemonieprojekt verfügt das neoliberale Hegemonieprojekt über durchaus hohe materielle Ressourcen, die sich vor allem auf Grund seiner inter- und transnationalen Netzwerke ergeben, was sich auch positiv auf die diskursiven und organisatorischen Chancen des Projekts auswirkt. Die soziale Basis des Hegemonieprojekts setzt sich zusammen aus Industrie- und

ArbeitgeberInnenverbänden, Wirtschaftsforschungsinstituten und Think Tanks. Das neoliberale Projekt verfügt auch über großen Einfluss auf die Wirtschafts- und Finanzressorts, sowie wirtschaftskonservative Parteien.

Insbesondere die internationale Struktur des neoliberalen Hegemonieprojekts verdient eine etwas detailliertere Betrachtung: So sind ihre AkteurInnen zum Teil der von Cox beschriebenen Transnationalen Mangerklasse (TMK), welche durch geschickte Nutzen von national unterschiedlichen Lohnniveaus und Steuersystemen die Genese der Internationalisierung der Produktion förderte. Cox's Terminus ist jedoch zu kritisieren, da er auf rein begrifflicher Ebene lediglich Manager multinationaler Unternehmen benennt, obwohl Cox selbst vermerkt, dass darunter auch politische und bürokratische Eliten, ranghohe Gewerkschaftsfunktionäre oder Leiter internationaler Organisationen subsummiert werden. (Vgl. 1981: 147) Die Internationalisierung der Produktion führte zu neuen Konfliktlinien: Die TMK sieht sich mit einem zwischen Protektionismus und internationaler Nischenökonomie schwankenden, aus klein bis mittelgroßen Betrieben bestehenden nationalen Kapital konfrontiert. Auf ArbeitnehmerInnenseite ist eine Segmentierung beobachtbar, die sich am ehesten als verschwommene Trennlinie vorstellen lässt. Cox unterscheidet dabei zwischen „etablierten und nicht etablierten ArbeiterInnen" (Ebd. 2011: 75).

Erstere agieren in relativ sicheren Arbeitsverhältnissen, sind gut gebildet, verfügen über hohe Aufstiegschancen und ihre Gewerkschaften sind gut organisiert. Letztere hingegen arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen und führen Tätigkeiten aus für die zumeist keine hohe Qualifikation von Nöten ist. Darüber hinaus sind sie häufig nicht gewerkschaftlich organisiert und können somit nur schwer ihre Interessen durchsetzen, was zu einer stärkeren Prekarisierung beiträgt. Die nicht-etablierte ArbeiterInnenklasse ist in Folge der Internationalisierung der Produktion doppelt fragmentiert: So stehen in den westlichen Zentren ansässige nicht-etablierte ArbeiterInnen in direkter Konkurrenz zur nicht-etablierten Peripherie, da die TMK speziell auf Produktionsebene tendenziell in Länder investiert, die ein niedriges Lohnniveau und eine unternehmensfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik aufweisen. Dies erklärt die Strategie auch des in Österreich zu analysierenden neoliberalen Hegemonieprojekts, basierend auf rechtlichen Rahmenbedingungen den Standortwettbewerb zu fördern und durch Deregulierung, Liberalisierung und Rationalisierung privatunternehmerische Investitionen zu fördern.

4.2. Das sozial-ökologische Hegemonieprojekt

Dieses Projekt verlangt eine grundlegende Neuformulierung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses basierend auf der Frage, was für ein *gutes Leben für alle* notwendig ist. Als strategisches Ziel kann somit die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft gesehen werden, wobei die dafür eingeschlagenen Transformationspfade durchaus fragmentiert sind. Diese Fragmentierung ergibt sich aus der Input-orientierten Strategie, welche nicht nur eine diskursive, sondern auch eine partizipativ-inhaltliche Inkorporation der Zivilgesellschaft anstrebt. Die Integration verschiedener gesellschaftlicher Initiativen verlangt eine Politisierung der Debatte um ein erweitertes Wohlstandsverständnis. Nichtsdestotrotz können als gemeinsame Nenner mehr öffentliche Investitionen, eine stärkere öffentliche Infrastruktur, sowie ein breites Verständnis von ökologischen und sozialen Aspekten des Wohlstands, welches auch nicht-marktrelationale Aktivitäten inkludiert, bestimmt werden.

Die Erreichung des Ziels einer sozial-ökologischen Transformation soll allen voran auf Basis politisch-institutioneller Verankerungen vollführt werden. Ebendiese ist jedoch umstritten: Verbindliche Gesetze, ExpertInnengremien (etwas als Pendant zum Fiskalrat), breite BürgerInnenbeteiligungsverfahren ähnlich rätedemokratischer Entscheidungsfindungsstrukturen, aber auch verpflichtende Berichte der Regierung an das Parlament oder Publikationen von relevanten Wohlstandsberichten an die Bevölkerung können dabei als Institutionalisierung verstanden werden, werden aber gleichzeitig von kritischen AkteurInnen des Projekts auf Grund ihres neo-institutionalistischen Charakters abgelehnt. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zum neoliberalen Hegemonieprojekt, welches in der Wohlstandsdebatte an Eigenverantwortung und Individualisierung appelliert, und diese durch innerhalb des Projekts relativ breit akzeptierte rechtliche Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Wettbewerb erreichen will.

Die soziale Basis des sozial-ökologischen Hegemonieprojekt ist wie bereits erwähnt verglichen zum neoliberalen Projekt weitaus schwächer. Sie setzt sich zusammen aus ArbeitnehmerInnenvertretung und Gewerkschaften, sowie einer Vielzahl an Nicht-Regierungsorganisationen, der Umweltbewegung und wissenschaftlich-heterodoxen Forschungsinstituten. Die materiellen Ressourcen des Projekts sind beschränkt, jedoch profiliert sich das Projekt durch personelle Verankerungen in (Mitte-)Linksparteien sowie dem „hohen Vernetzungs- und Professionalisierungsgrad seiner

Intellektuellen in Wissenschaft, Bildung und Medien etc.“ (Wissel 2015: 74) Dieser Vernetzungsgrad ist im Vergleich zum neoliberalen Hegemonieprojekt stark nationalstaatlich orientiert. Es existieren zwar Bestrebungen zur Internationalisierung (wie etwa durch den Europäischen Gewerkschaftsbund, die international verankerte Umweltbewegung), jedoch gelingt es nicht sich ähnlich klar gemeinsam zu positionieren, wie es die Transnationale Mangerklasse innerhalb des neoliberalen Hegemonieprojekts schafft.

In ihrer Organisationsstruktur ist das sozial-ökologische Hegemonieprojekt äußerst heterogen, was nicht zuletzt auf die hier durchgeführte Zusammenführung konventioneller und kritischer politökonomischer Paradigmen zurückzuführen ist. Diese geschieht aus drei Gründen: 1. Die Integration kritischer und keynesianischer Strategien in ein gemeinsames Hegemonieprojekt vereinfacht deren Analyse und erlaubt eine direktere Gegenüberstellung zum neoliberalen Konterpart. 2. Nicht nur auf inhaltlicher, auch auf polit-strategischer Ebene gibt es eine signifikante Anzahl von Überschneidungen, welche eine Zusammenführung naheliegen lässt. 3. Wie die späteren Analyseschritte zeigen werden, existieren Initiativen bzw. politische Vorhaben, in denen einige AkteurInnen des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts zusammenarbeiten, was die hier vorgenommene begrifflich-analytische Konstruktion umso stärker legitimiert.

4.3. Fazit

Für die nun folgende HMPA ist es nochmals wichtig in Erinnerung zu rufen, dass es sich bei den beschriebenen Hegemonieprojekten zwar um analytische Konstrukte handelt, deren AkteurInnen jedoch im zu untersuchenden Politikfeld tatsächlich miteinander konfliktiv interagieren können und dabei Strategien entwickeln, wie sie definierte Ziele erreichen können.

Das auf einem starken ökonomischen Fundament basierende neoliberale Hegemonieprojekt hat im Konflikt bei der Implementation eines erweiterten Wohlstandsverständnisses Strategien der Individualisierung und rechtlichen Rahmensetzung im Blick, um ihr Ziel einer möglichst hohen Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen und damit einhergehend den individuell gedachten Wohlstand zu maximieren. Als konkurrierende Opposition mit Universalisierungspotenzial kann das sozial-ökologische Hegemonieprojekt gesehen werden, welches (zumindest partiell) auf Grundlage eines keynesianischen Wohlstandsverständnisses zum Ziel hat,

ebenjenes um marktferne Aspekte von Wohlstand zu erweitern. In diesem Vorhaben ist es sowohl strukturell als auch inhaltlich äußerst heterogen strukturiert, jedoch wird es durch eine allgemeine Ablehnung neoliberaler Prinzipien geeint.

Zuletzt soll noch angemerkt werden, dass das Verhältnis zwischen den beiden Hegemonieprojekten nicht antagonistisch zu verstehen ist, sondern viel mehr als ein Verhältnis von Strategiebündeln, deren Wirkmächtigkeit und Zielformulierungen sich teilweise auf ihren Wegen durchkreuzen, ihre analytische Abstraktion jedoch eine Aggregation zu Hegemonieprojekten erlaubt.

5. Historische-Materialistische Politikfeldanalyse

5.1. Kontextbedingungen

Wie bereits im vorangegangenen Kapitel erwähnt wurde, soll der Analyse der Kontextbedingungen und ihrem zeitlich-räumlich begrenzten Rahmen eine Zeitdiagnose vorangestellt werden, welche den zweidimensionalen Rahmen überblicksartig dehnen möchte. Dies ist einerseits nötig um die globale Dimension der Debatte um alternative Wohlstandsindikatoren zumindest in ihren Grundzügen begreifen zu können und daraus Schlüsse für die europäische und letztendlich österreichische Ebene zu ziehen. Andererseits verweisen einige der befragten ExpertInnen auf die Historizität der Debatte, obgleich für die jüngste Welle ebenso junge Prozesse verantwortlich sind, die jedoch sowohl implizit als auch explizit auf langfristigen Strukturen aufbauen. Aus diesem Grund erscheint eine grobe Darstellung der -in Bezug auf den zeitlichen Rahmen der Forschungsarbeit- vorgelagerten Kontextbedingungen als sinnvoll. Doch auch im eigentlichen Zeitfenster ist es unumgänglich langfristige Strukturen außerhalb des Zeitrahmens in die Erörterung der Kontextbedingungen zu integrieren.

Die Kontextanalyse selbst unterliegt einer eher ideengeschichtlichen Vorgehensweise. Dies liegt darin begründet, dass der Kern der Untersuchung der Implementation eines erweiterten Wohlstandsverständnisses *Konflikte* sind, welche v.a. geprägt sind von Konflikten um Ideen. Eine realgeschichtliche Strukturierung könnte zwar die Chronologie der Kontextbedingungen vereinfachen, der politökonomische Rahmen, welcher speziell für die vorliegende Arbeit relevant ist, würde dabei aber in seiner Vollständigkeit und bedingenden Bedeutung zu kurz geraten.

5.1.1 Ursprünge

Der wissenschaftliche Ursprung der Debatte lässt sich im Wesentlichen auf zwei Arbeiten zurückführen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts publiziert wurden und welche als Reaktionen auf die mangelnde ökologische Auseinandersetzung der Ökonomie gesehen werden können. In „Economics of Welfare“ behandelt Pigou (1932/1978) erstmals Externalitäten und ihre Auswirkungen auf die Ökonomie, also Kosten oder Nutzen ökonomischer Prozesse, welche von einer anderen Partei nicht bewusst gewollt werden. Daraus schlussfolgerte er, dass Umweltschäden mit einer dem Verursacherprinzip folgenden Steuer reduziert werden könnten. Kapp (1971), der

auch als Vorbote der Ecological Economics bezeichnet werden kann, untersuchte in der 1950 erschienen Studie „The Social Costs of Private Enterprise“ genauer die makroökonomischen Kosten von Umweltschäden und erläuterte dabei, dass diese wirtschaftlich wie ökologisch langfristig durchaus gefährlich sein werden. Doch erst mit Ezra Mishan’s „The Costs of Economic Growth“ (1993) wurde explizit Wirtschaftswachstum als „Leitbild der gesellschaftlichen Entwicklung“ (Chaloupek/Feigl 2012: 774) kritisiert.

Die breite Rezeption Mishan’s gipfelte in der Publikation des ersten Berichts an den Club of Rome namens „Die Grenzen des Wachstums“ (Meadows 1973), den einige der befragten ExpertInnen als historisch signifikant erachten (Vgl. I SPÖ1, I IV, I WGAK/Attac, I MA). In diesem Bericht wurde erstmals mittels verschiedener Szenarienanalysen auf die ökologischen Auswirkungen ungebremsten, unendlichen und meist exponentiell verlaufenden Wachstums in den folgenden fünf Teilbereichen aufmerksam gemacht: Nahrungsmittelproduktion, Industrieproduktion, Bevölkerung, Umweltverschmutzung und Ausbeutung fossiler Rohstoffe. Die an der Studie beteiligten ForscherInnen kommen zur folgenden Konklusion:

> „Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht. Mit großer Wahrscheinlichkeit führt dies zu einem ziemlich raschen und nicht aufhaltbaren Absinken der Bevölkerungszahl und der industriellen Kapazität.“ (Ebd.: 17)

Bei gegebenen Verhältnissen werden laut dem Bericht also die Wachstumsgrenzen bereits im 21. Jahrhundert überschritten. Erwähnenswert ist, dass bereits das Überschreiten *einer* Grenze (bspw. Industrieproduktion) einen Kollaps des Systems zur Folge hat, da sämtliche Variablen im kybernetischen Weltmodell miteinander in Verbindung stehen. Begibt sich das Wachstum in Grenznähe, so werden die ersten Folgen sichtbar: vermehrtes Aufkommen von Umweltkatastrophen, Steigung des Meeresspiegels durch überdurchschnittliche Polareisschmelze, oder Hungerkatastrophen.

Meadows und sein Team vom MIT kritisieren zwar nicht das BIP als Wohlstandsindikator, nichtsdestotrotz hinterfragen sie die Bedingungen und Kosten exponentiellen Wirtschaftswachstums und setzen sie mit weiteren Indikatoren in Relation. In der damit zusammenhängenden wirtschaftswissenschaftlichen

Diskussion um *Nullwachstum* wird allen voran vor Verteilungskonflikten im Zuge eines Wachstumsrückgangs gewarnt, während die Potenziale davon eher in der auch von der Zivilgesellschaft getragenen Degrowth-Bewegung hervorgehoben werden. (Vgl. Chaloupek/Feigl 2012: 777) Die Kritik am BIP selbst fand jedoch seinen Anfang mit der Institutionalisierung ebendessen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, während in den 1970ern durch den Bericht an den Club of Rome eine Intensivierung der Kritik stattfand (Vgl. I MJ2). Doch schon seit Anbeginn lässt sich gemäß Chaloupek und Feigl die Diskussion in zwei Stränge teilen: Jenem, welcher das BIP orientiert an diversen Wohlfahrtszielen anpassen möchte, und jenem, der ein Set relevanter Indikatoren zusammenstellen möchte um gesellschaftlichen und subjektiven Wohlstand zu messen. (Vgl. Chaloupek/Feigl 2012: 782)

Die Umweltbewegungen der 1960/70er und die institutionalisierte Reaktion in Form des 1972 gegründeten United Nations Environment Programme (UNEP) sowie die darauffolgenden Debatten um ausbleibende Wachstumsraten im Zuge der Ölpreisschocks zogen sich nicht zuletzt auf Grund der relativ stabilen Wachstumsraten in den Ländern der kapitalistischen Zentren bis zum nächsten den Kontext bedingenden Meilenstein im Jahr 1992: Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, kurz Rio-Konferenz. Unter reger zivilgesellschaftlicher Beteiligung setzte sich die UNO zum Ziel rechtlich verbindliche[8] Policies zu formulieren, die der Verbindung ökologischer und ökonomischer Formen wirtschaftlicher Entwicklung Rechnung tragen. Die Rio-Konferenz ist dabei insofern Kontextbedingung, als dass es sich bei dem dabei entwickelten Konzept der nachhaltigen Entwicklung um ein sozial-ökologisch inklusives Entwicklungskonzept handelt, zum anderen weil sich die daran beteiligten Staaten zur Erstellung von zum Teil auf alternativen Wohlstandsindikatoren basierten Nachhaltigkeitsberichten verpflichteten (Vgl. I BMU, I WGAK/Attac).

Der hinsichtlich Implementation gemessene eher verhaltene Erfolg der Etablierung von Nachhaltigkeitsindikatoren ist nicht zuletzt auf eine neoliberale Vereinnahmung des Nachhaltigkeitsbegriffs zurückzuführen. Denn entgegen der Postulate der Umweltbewegungen der 1970er und 80er wurden Profitmaximierung und Wirtschaftswachstum nicht als ökologische Gefahr gesehen, sondern viel eher als

[8] Rechtlich bindend blieben lediglich die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und Biodiversitätskonvention (CBD). Für eine eingehendere Analyse über die rechtlichen Verbindlichkeiten der Rio-Konferenz empfiehlt sich August Reinisch (2000).

zu ökologisierende Faktoren. (Vgl. Kaufmann/Müller 2009: 158) Durch Investitionen in die Effizienzsteigerung von Produktionsprozessen, Förderung der Forschung alternativer Energietechnologien und allgemein marktwirtschaftlich orientieren Lösungsansätzen soll die sphärisch begrenzte, ökologische Krise überwunden werden. Mit Blick auf die Geburtsjahre der ökologischen Modernisierung (Wende 1980/90) kann aus neogramscianischer Perspektive von einem postfordistischen Klassenkompromiss gesprochen werden, zwischen KonsumbürgerInnen und produzierender Industrie und zwischen Staaten bzw. internationalen Organisationen und einer transnational agierenden kapitalistischen (Manager-)Klasse[9]. (Sklair 2000)

Der erste Kompromiss verspricht die Aufrechterhaltung von Massenproduktion und Massenkonsum bei gleichzeitigem Versuch einer ökologischen Modernisierung der Produktion mittels technologischer Effizienzialisierung. Hier ist die zumindest für Österreich bedeutende Rolle der Sozialpartnerschaft hervorzuheben, welche sich in der Nachkriegszeit aktiv um einen politischen Konsens der sozialen Marktwirtschaft bemühte und mit der Zeit zunehmend auch mit Indikatoren jenseits des BIPs zu argumentieren begann (Vgl. I WKO). Der zweite Kompromiss zeichnet sich aus durch eine Ausweitung der Marktprinzipien auf Naturverhältnisse bei gleichzeitiger Schaffung von ökologischen Rahmenbedingungen bzw. Umweltstandards. Ergo wird aus der Perspektive der ökologischen Modernisierung „die ökologische Krise als Ergebnis von ökologischen Ineffizienzen der modernen Industriegesellschaft verstanden." (Littig/Grießler 2004: 9). Conclusio beider Kompromisse ist die Annahme, dass ökonomisches Wachstum und ökologischer Ressourcenverbrauch voneinander getrennt werden können, und somit der bisherige Lebensstil in den kapitalistischen Zentren aufrechterhalten werden kann. Dies wird gemeinhin als Hauptannahme von Konzepten wie Green Growth oder Green Economy gesehen.

Die erwähnte Ausdehnung von Marktprinzipien auf Naturverhältnisse ist Teil einer dem Kapitalismus inhärenten Strategie zur Aneignung von Natur, die auf eine Kommerzialisierung ebendieser zielt. In dieser rein ökonomischen Bewertung der Natur orten Brand und Görg eine Tendenz zur Naturbeherrschung, wobei

[9] Diese Klasse weist höchst patriarchalische und männerbündische Strukturen auf und ist zur Gänze von Männern dominiert, weswegen an dieser Stelle bewusst nur die männliche Sprachform der entsprechenden Akteure erwähnt wird. (Vgl. Hajek/Kinzel: 139f.)

Naturbeherrschung verstanden wird als „eine solche, die Natur völlig ihren Zwecksetzungen unterwirft und jeglichen Eigensinn, jede Nichtidentität der Natur ignoriert.“ (Brand/Görg 2003: 18) Das wachsende ökonomische Interesse an der Natur und seine ideologische Vollendung im Rahmen von Konzepten wie der Green Economy sind für die Debatte um alternative Wohlstandsindikatoren insofern relevant, als sie als Resultat der neoliberalen Transformation der Gesellschaft gesehen und Green Growth oder Green Economy als -polemisch formuliert- begrünte Visionen eines neoliberalen Wohlstandsverständnisses betrachtet werden können.

Wie aus den eben umrissenen historischen Ausgangspunkten des Konflikts zu entnehmen ist, spielt die internationale Dimension in der Charakterisierung des formbestimmenden Rahmens eine nicht unwesentliche Rolle. Die folgenden zwei Kapitel werden daher einen Überblick über die wesentlichen internationalen Kontextbedingungen geben.

5.1.2. Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und Krise 2007/08

Die von Sarkozy einberufene, hochkarätig besetzte Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission nahm sich im Vorabend der Krise der Aufgabe an die Grenzen des BIPs hinsichtlich der Messung ökonomischen und sozialen Fortschritts aufzuzeigen und gleichzeitig Vorschläge zu unterbreiten, unter welchen Voraussetzungen gesellschaftlicher Wohlstand möglichst genau gemessen werden kann. Dies geht auch mit einer Diskussion über statistische bzw. ökonometrische Konzepte von Wohlstandsmessung einher. Die Relevanz des Vorhabens bringt die Kommission wie folgt auf den Punkt: „What we measure affects what we do; and if our measurements are flawed, decisions may be distorted.“ (Stiglitz et al. 2009a: 7) Der Anlass für die Einsetzung der Kommission lässt sich jedoch nicht auf eine Korrektur quantitativer empirischer Sozialforschung reduzieren, vielmehr sieht die SSFK das voranschreitende Informationszeitalter, in denen Daten für immer größere Teile der Weltbevölkerung zugänglicher werden, sowie die Umweltkrise und die damit zusammenhängenden Umweltschäden, welche auf Grund ihrer externalisierten ökonomischen Natur nicht in das BIP fallen, als Ausgangspunkt. In der Retrospektive lässt sich auch die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise 2007/08 als späte Motivation herleiten, da ein Teil der SSFK davon überzeugt ist, dass sich zumindest das vermeintliche Überraschungsmoment der Krise vermeiden lassen hätte, wenn die Politik zu diesem

Zeitpunkt bereits evidenzbasierter gewesen wäre. (Vgl. ebd.: 8) In einer Reflexion über ihre Arbeit halten die AutorInnen[10] fest: „This dramatic episode is teaching us a very important lesson: Those attempting to guide the economy are like pilots steering a course without a reliable compass. (…) We are almost 'flying blind' when the metrics on which action is based are ill-designed." (Stiglitz et al 2009b: 6)

Der finale Report besteht aus einer Reihe von Empfehlungen zu den drei Säulen *klassische BIP-Themen*, *Lebensqualität* und *Nachhaltigkeit,* welche gemeinsam ein neues Wohlstandsverständnis bilden. Für die erste empfehlen sie bspw. eine stärkere Konzentration auf Einkommen und Konsum statt auf Produktion sowie die Integration von nicht-marktrelationalen Aktivitäten, die zweite zeichnet sich v.a. durch eine Verbindung objektiver und subjektiver Bedingungen von Lebensqualität und die Miteinbeziehung von Ungleichheiten aus, während die dritte Säule u.a. die monetäre Bewertung von Nachhaltigkeit vorschlägt, um ökonomische Aspekte von Nachhaltigkeit in Form von Naturkapital in Relation zu Sozialkapital oder physischem Kapital zu setzen und so durch ein Dashboard von Indikatoren nachhaltigkeitsbezogene Policies auf ein breites, evidenzbasiertes Fundament zu stellen. (Stiglitz et al. 2009a)

Unter den befragten ExpertInnen herrscht nahezu Konsens was die Bedeutung der SSFK für die Debatte um ein erweitertes Wohlstandsverständnis betrifft. Grund dafür liegt für den wissenschaftlichen aber auch öffentlichen Diskurs in der Präsenz von Nobelpreisträgern, was gleichzeitig dazu diente inhaltlicher Kritik vorzubeugen und Legitimation aufzubauen (Vgl. I MA, I AK2). Vor allem für die Volkswirtschaftslehre bedeutete der Bericht einen offeneren Zugang zu alternativen Ansätzen (Vgl. I AK2), eine stärkere Integration sozialer Indikatoren (Vgl. I BMU), sowie die Schaffung einer gewissen Salonfähigkeit von Wohlstandsverständnissen jenseits des BIP unter den ÖkonomInnen (Vgl. I WIFO2). In Relation zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 wird angemerkt, dass diese eine höhere Beachtung des Kommissionsberichts ermöglichte, obschon die SSFK noch vor Ausbruch der Krise eingesetzt wurde (Vgl. I AK2, I SA, I WIFO2).

[10] Obgleich die Zusammensetzung als hochkarätig gilt, ist ebenjene durchaus kritisch zu beurteilen, da sie lediglich aus zwei Frauen besteht und die Mehrheit der Kommissionsmitglieder aus den USA und der EU stammen. Zudem handelt es sich überwiegend um VertreterInnen des verhaltensökonomisch geprägten Mainstreams. (Vgl. Easterlin 2010: 119)

Die Krise allgemein führte innerhalb volkswirtschaftlicher Strukturen und Institutionen (z.B. OECD[11], IWF) zu einem Hinterfragen traditioneller Denkmuster und zu grundlegenden Diskussionen über neue Ziele des Wirtschaftens (Vgl. I AK2, I WIFO2). Gleichzeitig ist beobachtbar, dass im Rahmen multipler Krisenerscheinungen wie etwa dem Anstieg von Flüchtlingen oder der Jugendarbeitslosigkeit eine Sekundarisierung der beyond-GDP Debatte stattfindet (Vgl. I WIFO2). Durch die Gefährdung materieller Grundlagen in Form von stagnierenden Lohneinkommen, Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und damit einhergehenden höherer Ausgabenlast für Privathaushalte wird eine Dichotomie harter (Arbeit, Lohn, Bildung) und weicher (Umwelt, Nachhaltigkeit) Faktoren produziert, wobei die harten, materiellen Faktoren in der Krise priorisiert werden (Vgl. I BKA1, I MJ2, I SPÖ2). Diese Priorisierung wird unterstützt durch eine neoliberale Krisenpolitik, die das Wohlstandsversprechen für den Mittelstand nicht mehr einlösen kann (Vgl. I MJ2, I WKO).

Die Sekundarisierung umweltbezogener Faktoren ist Ausdruck und Symbol einer neoliberalen Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Auf eine multiple Krise, die u.a. bedingt durch die Akkumulationsdynamik des Kapitalismus, der Durchsetzung des Shareholder-Value-Prinzips und der Übernutzung natürlicher, endlicher Ressourcen beruht, wurden marktrelationale Antworten gefunden. Die Monetarisierung von Nachhaltigkeit, wie von der SSFK vorgeschlagen, existiert bereits im Handel von Emissionszertifikaten. Dabei handelt es sich um Rechte an CO2-Emissionen an der Atmosphäre, welche an bestimmten Börsen zwischen Unternehmen gehandelt werden können. Das marktrelationale Moment ergibt sich dadurch, dass private Eigentumsrechte (Emissionszertifikate) an Unternehmen zugeteilt werden und jene in Folge an andere Unternehmen im Bedarfsfall (wenn sich Investitionen in eine Ökologisierung des Unternehmens im Vergleich zum Kauf von Verschmutzungsrechten finanziell nicht lohnen) verkaufen. (Vgl. Altvater 2008: 64)

Die Krise stellt dabei auch „dieses gesamte Hamsterrad-System des zeitgenössischen Kapitalismus“ (I MJ1) infrage. Die durch die Krisenpolitik erneut angestrengte Deregulierung des Kapitalismus zeigt dessen Widersprüche stärker auf und führt so zu einem stärkeren Bewusstsein für Alternativen jenseits wachstumsorientierter Policies (Vgl. I GWÖ, I MJ1). Auch die ausbleibenden Wachstumsraten und damit

[11] Insbesondere die OECD sei jene „Organisation, die durch die Krise am meisten erschüttert worden ist in ihren Gewissheiten.“ (I WIFO2)

einhergehenden Instabilitäten führen zu einer Wiederbelebung von Postwachstumsökonomischen Ansätzen (Vgl. I MJ2, I MA). Die Relevanz des Berichts der SSFK wird in der Krise zudem verstärkt, als dass es sich nicht nur um eine ökonomische, sondern auch um eine politische Krise handelt. Geprägt von niedrigen Vertrauensraten in politische Institutionen sollte dieser „gefährlichen Entwicklung“ (I AK1) durch den Blick auf die unterschiedlichen Facetten von Wohlstand begegnet werden (Vgl. I AK2).

5.1.3. OECD & EU

Die OECD war an der Erstellung des Berichts der SSFK maßgeblich beteiligt und setzte sich davor schon durch das Abhalten des ersten Weltforums zu „Statistics, Knowledge and Policies“ im Jahr 2004 in Palermo mit erweiterten Wohlstandskonzepten und ihrer Operationalisierung in Form von Indikatoren auseinander. Auf Basis des ersten Forums fanden noch zwei Folgeveranstaltungen in Istanbul (2007) und Busan (2009) statt. Das 50-jährige Jubiläum der OECD, sowie die breite Rezeption der SSFK waren für die OECD Anlass genug um den Fragen nach Wohlstand eine eigene Kampagne namens „Better Life Initiative“ zu widmen. „Everyone aspires to a good life. But what does a ‚good‘ (or better) life mean?“ (OECD 2011: 14) ist dabei der Ausgangspunkt der Initiative die sich in zwei Kernbereiche teilen lässt: Die *How’s Life?-Berichte* und der *Better Life Index*.

Bei ersteren handelt es sich um zweijährig erscheinende Berichte über die Lebensbedingungen und -qualität in den OECD-Ländern und weiteren ausgewählten Staaten auf Basis von elf von 55 Indikatoren abstrahierten Aggregaten: Wohnverhältnisse, Einkommen, Beschäftigung, Gemeinsinn, Bildung, Umwelt, Zivilengagement, Gesundheit, Lebenszufriedenheit, Sicherheit und Work-Life-Balance. Mittels der interaktiven Website oecdbetterlifeindex.org können InternetnutzerInnen ihre eigenen Prioritäten für die jeweiligen Teilbereiche festlegen und anhand dessen die am Better Life Index beteiligten Länder vergleichen. Gleichzeitig soll dadurch eines der Hauptziele erreicht werden, und zwar: „Involve citizens in the discussion of what type of progress societies should strive to achieve.“ (Ebd.: 14). Dabei wird dem ökologischen Aspekt im Fortschrittsverständnis der OECD lediglich ein kleiner Teilbereich zugestanden. Wie zwei Mitglieder der Statistikabteilung der OECD anmerken, lässt sich dies auf den Nachhaltigkeitsbegriff der OECD zurückführen, der Natur als Kapitalform sind. Aus diesem Grund kommt nur eine

geringe Anzahl an Umweltindikatoren für das Umweltaggregat in Frage (z.B. Nutzungsintensität von Waldressourcen, CO2-Emmissionen), was dazu führt, dass die an der Initiative beteiligten ForscherInnen nach wie vor an der Entwicklung geeigneter Indikatoren arbeiten. (Vgl. Boarini/D'Ercole 2013: 293)

Die befragten ExpertInnen sind sich hinsichtlich der Bedeutung der OECD für die Debatte um ein erweitertes Wohlstandsverständnis großteils einig. Das bereits im Kontext der Krise erwähnte Umdenken findet allen voran in der Better Life Initiative seinen Ausdruck, welche letztendlich auch zu einer Verstärkung der von der SSFK revitalisierten Debatte führte und von der OECD durch bewusstes Agenda-Setting z.B. mittels Workshops oder Seminaren[12] vorangetrieben wurde (Vgl. I MA, I SPÖ1, I SA). Verwiesen wird zudem oftmals auf das für die räumliche Kontextbedingung durchaus relevante Verhältnis der OECD zur Statistik Austria. So kann das Projekt der Statistik Austria „Wie geht's Österreich?" als Resonanzprojekt der Better Life Initiative verstanden werden (Vgl. I GWÖ, I BKA2). Gleichzeitig wird die Rolle des fachstatistischen Generaldirektors der Statistik Austria, Konrad Pesendorfer, hervorgehoben, der durch seine Tätigkeiten[13] bei der OECD „ein window of opportunity in der Statistik Austria genützt [hat], wo er seinen Aufsichtsrat überzeugen konnte, etwas zu machen." (I BKA2).

Ein Experte des Sozialministeriums hinterfragt jedoch die Motive der OECD für das Fördern eines erweiterten Wohlstandsverständnisses im Rahmen einer eigenen Initiative (Vgl. I BMA). So publiziert die OECD unter dem Titel „Going for Growth" ebenso öffentlichkeitswirksam Berichte zur Förderung eines angebotsorientieren Wachstumsmodells, wenngleich „mittlerweile etwas abgeschwächt und behübscht mit so grünen Wachstumsdingen" (I BMA). Bei Going for Growth handelt es sich im Wesentlichen um ein „benchmarking system based on a set of policy indicators (…) that would help promote stronger economic growth." (OECD 2005: 3). Im Eingangsstatement wird dabei gleich an erster Stelle festgehalten: "Growth is back at the centre-stage of public attention throughout the OECD." (Ebd.: 7) Ziel soll sein die niedrigen Produktivitätsraten zu erhöhen um so auch das BIP pro Kopf zu steigern.

[12] Wie etwa ein befragter SPÖ-Abgeordneter festhält: „Also es gibt immer wieder so parlamentarische Seminare. Ich bin selbst zwei-, dreimal im Jahr bei OECD-Seminaren." (I SPÖ1)

[13] Pesendorfer war von 2005 bis 2008 Wirtschafts- und Finanzattaché an der Ständigen Vertretung Österreichs zur OECD und ist 2016 zum Vorsitzenden des OECD-CSSP (Committee on Statistics and Statistical Policy) gewählt worden.

Die im Vergleich zu den USA gemessene schwach ausgeprägte Wettbewerbsfähigkeit soll durch Liberalisierung von industriellen Netzmärkten (z.B. Elektrizität, Telekommunikation, Eisenbahn), Entbürokratisierung, Deregulierung, dem Abschaffen von Preiskontrollen und der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur erhöht werden. (Vgl. ebd.: 19) Ein Verständnis von Wohlstand kann aus dieser neoliberalen Perspektive von Wirtschaften wohl nur abstrahiert gedacht werden.

Unter dem Einfluss der Krise verweist der 2012 erschienene Bericht dann auf die Bedeutung von „sustainable economic growth and (…) the well-being of OECD citizens" (OECD 2012: 3). Selbstreflektierend wird zudem festgehalten, dass der Fokus auf BIP pro Kopf, Produktivität und Lohnarbeit wichtige Dimensionen von Wohlstand auslässt, weswegen in den künftigen Berichten zumindest ein Kapitel auch anderen Aspekten gewidmet werden soll. (Vgl. ebd.: 3) Neben den bereits 2005 genannten Empfehlungen liegt die OECD seinen Mitgliedsländern eine Verschiebung der Steuerlast nahe, und zwar hin zu Steuern auf unbewegliches Eigentum, aber auch auf tendenziell Massen belastende Dimensionen wie Konsum und Umwelt. Für Österreich speziell wird u.a. die Einführung von Studiengebühren, die vollständige Privatisierung des Elektrizitätssektors und die Förderung des Wettbewerbs im Eisenbahnsektor gefordert. (Vgl. ebd.: 54)

Der jüngste, 2017 erschienene Report widmet sich diesmal in einem Kapitel dem Thema des *inklusiven Wachstums*. Inklusion bedeutet in diesem Kontext v.a. die Integration von Frauen und MigrantInnen in den Arbeitsmarkt durch den für Frauenbeschäftigung relevanten Ausbau von qualitätsvollen Kindertagesstätten und Ganztagsschulen. (Vgl. OECD 2017: 16) Neben den bisher angesprochenen Empfehlungen wird für Österreich eine Senkung der Sozialversicherungsabgaben von ArbeitgeberInnen und -nehmerInnen als förderlich für ökonomisches Wachstum gesehen. (Vgl. ebd.: 143) Auf Ebene der EU ist aus Nachhaltigkeitsperspektive die tiefere Integration bzw. Liberalisierung des Energiesektors relevant, von dem sich die OECD eine stärkere ökologische Komponente im Green Growth Konzept erhofft. (Vgl. ebd.: 185) In Anbetracht der parallel verlaufenden Initiativen Going for Growth und Better Life Initiative lässt sich tatsächlich fragen: „(…) was ist jetzt eigentlich der Hintergrund, dass sie sich zum Beispiel auf dieses green growth hinaufsetzen (…). Ist

es wirklich ernst gemeint? Wollen die wirklich eine andere Schwenkung oder ist es nur ein PR-Gag?“ (I BMA)[14].

Ebenjene OECD war gemeinsam mit dem Europäischem Parlament, Club of Rome und WWF Teil der von der Europäischen Kommission im November 2007 veranstalteten Konferenz „Beyond GDP“, die zum Ziel hatte eine breite, europäische Initiative für die „Entwicklung von Indikatoren zur Ergänzung des BIP, mit denen die politischen Entscheidungsfindungen durch umfassendere Informationen unterstützt werden sollen“ (Europäische Kommission 2009: 2) in die Wege zu leiten. Die das BIP ergänzenden Indikatoren sollen sozial und ökologisch dimensioniert sein: Der Umweltindex soll dabei Bereiche wie Klimawandel, Biodiversität, Wasserverbrauch und -verschmutzung, oder Abfallerzeugung und Ressourcenverbrauch beinhalten, während Fragen nach Lebensqualität und Wohlergehen insbesondere durch Aspekte wie öffentliche Dienstleistungen, Freizeit, materieller Wohlstand oder Gesundheit erfasst werden sollen. Gerade für die soziale Dimension von Wohlstand werden im Rahmen der *GDP and beyond* Strategie sowie für die später zu erwähnende *Europa 2020*-Strategie Daten aus der EU-SILC Erhebung herangezogen. (Vgl.ebd.: 4ff.)

Die *GDP and beyond* Strategie ist quasi die operationalisierte Initiative der *beyond GDP* Konferenz, wobei die Namensänderung bei einer interviewten Beamtin des Umweltministeriums für Skepsis sorgt: „Früher hat es ja geheißen Beyond GDP und dann hat es auf einmal geheißen GDP and beyond – das fand ich ja auch interessant, wie sich die Nomenklatur da geändert hat.“ (I BMU). Wachstum in Form eines steigenden BIPs bleibt dabei als wesentlicher Indikator zur Beurteilung der Performance einer Marktwirtschaft im Zentrum, obgleich das BIP um fünf Aspekte bzw. Aktionspläne komplementiert werden soll:

1. Entwicklung von Indikatoren zu Umweltschutz und Lebensqualität, da das BIP ebenjene Aspekte als Outputs nicht beachtet. Hervorzuheben ist ein Indikator für Armutsgefährdung und soziale Exklusion, der insbesondere im Rahmen der Europa 2020-Strategie von Relevanz ist, sowie die Erweiterung der EU-SILC Daten um ein Indikatorenset für Lebensqualität.

[14] Der leitende Beamte erkennt als Ursache für einen möglichen „PR-Gag“ (I BMA) Machtfragen in Form von Agenda-Setting: „Da geht es sehr viel um Eitelkeit – auch sehr viel um persönliche Eitelkeit und institutionelle Eitelkeit. Wer hat das Sagen? Wer gibt den Ton vor? (…) die versuchen ihre Güter zu verkaufen: ihre Berichte, ihre Expertise.“ (Ebd.)

2. Verbesserung der Aktualität bzw. Reduktion der Zeitdifferenz sozialer und ökologischer Indikatoren.
3. Genauere Berichterstattung über Ungleichheiten und Verteilung zwischen Regionen und sozialen Gruppen.
4. Verbesserung der Messung von Nachhaltigkeit. Dies schließt Forschung, welche sich mit der Identifizierung von umweltbezogenen *Wendepunkten* beschäftigt, mit ein. Zudem wird ein Scoreboard von Indikatoren für Ressourceneffizienz entwickelt, um der Leitinitiative für ein ressourcenschonendes Europa innerhalb der Europa 2020-Strategie eine evidenzbasierte Grundlage zu geben.
5. Förderung der Einbeziehung von sozialen und ökologischen Indikatoren in die VGR der einzelnen Mitgliedsstaaten. (Vgl. European Commission 2013: 4f.)

Die zuvor erwähnte Skepsis gegenüber der GDP and beyond Initiative wird von einem Experten der AK geteilt, indem er konstatiert, dass „diese grundlegenden Fragestellungen, die sich aus der Krise ergeben“ (I AK2) in den europäischen Institutionen noch nicht gefragt werden. Er sieht die Initiativen der EU als „Folge von Entwicklungen in anderen Institutionen (…) – aber man hat halt eher sich drängen lassen müssen auf europäischer Ebene von internationalen Organisationen auch in die Richtung nachzudenken und mehr zu machen.“ (I AK2). Die GDP and beyond – Strategie wird somit als Resultat institutionellen Drucks bzw. internationaler Auseinandersetzungen gesehen und weniger basierend auf intrinsischer Motivation.

Ähnlich kritisch wird von den befragten ExpertInnen auch die bereits mehrfach erwähnte *Europa 2020*-Strategie betrachtet. Dabei handelt es sich um eine 2010 verabschiedete Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, was auch den drei Prioritäten ebenjener entspricht. Dabei sollen fünf Kernziele bis zum Jahr 2020 erreicht werden:

1. 3% des EU-weiten BIPs sollen in Forschung und Entwicklung investiert werden.
2. Erreichen der 20-20-20 Klimaschutz- bzw. Energieziele[15].
3. Erwerbstätigkeit von 75% der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren.
4. Reduktion des Anteils an SchulabbrecherInnen auf unter 10% und Erhöhung des Anteils der von jungen Hochschulabsolventen auf 40%.

[15] Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20% in Relation zu den Werten von 1990, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20% und Reduktion des Primärenergieverbrauchs um 20%.

5. Reduktion der Zahl der armutsgefährdeten Menschen um 20 Millionen. (Vgl. Europäische Kommission 2010: 5)

Mittels sieben bindender Leitinitiativen sollen die erwähnten Ziele von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Beispielhaft kann die erste beschlossene umweltpolitische Leitinitiative *Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung – Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit* für den von den ExpertInnen kritisierten überladenen Charakter der Europa 2020 – Strategie herangezogen werden (Vgl. I IV, I AP/AMK). Den Kernpunkt der Initiative bildet die Forderung, dass „die Auswirkungen aller anderen politischen Initiativen auf die Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden [müssen]" (Europäische Kommission 2010b: 4). Dies gleicht einer Unterordnung der Leitlinien für Sozial- und Umweltpolitik unter das Paradigma der Wettbewerbsfähigkeit.

Im weiteren Verlauf der Leitinitiative erweist sich die Wettbewerbsfähigkeit zudem als Argumentationsstütze zur Durchsetzung bestimmter neoliberaler Kernpolicies: Abbau von Bürokratie und Effizienzsteigerung in der Verwaltung, Public Private Partnerships, Vollendung und Liberalisierung des europäischen Energiebinnenmarktes, Investitionen in CO2-Abscheidungs- und Speicherungsanlagen zur Abkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltschäden. (Vgl. ebd.: 6ff.) Auch die Einleitung der zweiten umweltpolitischen *Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa – eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020* verweist bei gleichzeitigem umwelt- und klimapolitischen Schwerpunkt, dass es vor allem darum geht „den Unternehmen und Investoren einen klaren Weg auf[zu]zeigen" (Europäische Kommission 2011: 2) bzw. „mehr Planungssicherheit für Investitionen und Innovation zu gewährleisten" (Ebd.: 6).

Während sich die befragten ExpertInnen grundsätzlich über die Relevanz der Europa 2020-Strategie für die Debatte um ein erweitertes Wohlstandsverständnis einig sind, ist deren politische Wirkmächtigkeit sehr umstritten. Zwar hat sie auf Grund ihres bindenden Charakters rahmensetzende Bedeutung, jedoch wird sie auch als „Papiertiger" (I BMA) diffamiert, da sie auf Grund ihrer eher weichen Ziele v.a. in der Krise gegenüber harten, materiell ausgerichteten Zielen an Bedeutung verliert (Vgl. I BKA1). Gleichzeitig ist durch die „Überfrachtung der Zielsetzung die ursprüngliche

Zielsetzung verloren [gegangen]“ (I IV)[16]. Eine Expertin der NGO-Stakeholdergruppe vermutet hinter der Initiative gar eine „Feigenblattstrategie“ (I AP/AMK). Zwar sei es begrüßenswert, wenn sich die Europäische Kommission um sozialen Zusammenhalt bemüht, dennoch hält sie ebendieses Wort für eine „relativ leere Hülse“ (Ebd.), da die Kommission nach wie vor Wirtschaftswachstum priorisiert und diesem alles unterzuordnen ist (Vgl. ebd.).

5.1.4. Gesellschaftlicher Kontext

Jenseits der beschriebenen internationalen Strukturen und Institutionen sehen die interviewten ExpertInnen auch gesellschaftliche Faktoren relevant für die österreichische, aber auch internationale Debatte. So hat beispielsweise die jüngste Erhebung der österreichischen Nationalbank im Rahmen des Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems gezeigt, dass das Nettovermögen in Österreich höchst ungleich verteilt ist. Während die reichsten 20% über 72% des Nettovermögens besitzen, verfügt die ärmere Hälfte lediglich über 3,2%. (Fessler et al. 2016: 31) Wie die befragte Gewerkschaftsvertreterin festhält, handelt es sich bei Verteilungsaspekten um Fragen, „wie es den Menschen geht und was zu tun ist, damit es den Menschen besser geht“ (I GPA-djp/AK). Die Krise 2007/08 und das damit einhergehende stagnierende Wachstum führt zu einer Revitalisierung der Verteilungsfrage und klassischer Verteilungskämpfe (Vgl. ebd.). In diesem Kontext kommt Indikatoren wie dem Gini-Koeffizienten[17] höhere Bedeutung zu, während auch durch Publikationen von Wilkinson/Pickett (2010) und Jackson (2013) das empirische Fundament erschaffen wird für die These, dass eine gleichere Verteilung von Vermögen und Einkommen zu mehr Lebensqualität für ein Gros der Bevölkerung führt bzw. wirtschaftliches Wachstum nur bis zu einem gewissen Grad für ein höheres Glücksempfinden steht. (Vgl. I AP/AMK, I SPÖ2, I AK1)

Parallel dazu verorten manche ExpertInnen auch ein Bedürfnis der Neuverteilung der Work-Life-Balance bzw. dem Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Freizeit (Vgl. I GPA-djp/AK, I WGAK/Attac). Als empirische Evidenz kann dafür die Freizeitoption der

[16] Polemisch hält der Vertreter der Industriellenvereinigung fest: „Ich möchte nicht nur der wachstumsschnellste, fortschrittlichste und innovativste – ich möchte aber auch den größten sozialen Zusammenhalt haben und ich möchte dahingehend auch gleich die Umweltdebatte lösen.“ (I IV).

[17] Der Gini-Koeffizient ist ein Indikator zur Messung von Ungleichheiten, der allgemein einen Wert zwischen 0 und 1 annimmt, wobei 0 eine Gleichverteilung bedeutet, und 1, dass ein Haushalt alles besitzt während die anderen Haushalte über nichts verfügen.

österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie (EEI) herangezogen werden. Basierend auf Umfragedaten der betroffenen Betriebe analysiert Schwendinger (2015) die Inanspruchnahme dieser Form zusätzlicher Freistunden. Ziel der Freizeitoption ist es -aus ArbeitnehmerInnen-Perspektive- die persönlichen Bedürfnisse der ArbeiterInnen in eine bessere Relation zu ihrer Arbeitszeit zu setzen. Dabei schafft die Freizeitoption die Möglichkeit für ArbeitnehmerInnen zwischen kollektivvertraglich ausverhandelten Lohnerhöhungen oder einer äquivalenten Anzahl an Freistunden zu wählen. Für das Jahr 2013 bedeutet dies exemplarisch eine Gehaltserhöhung von 3% oder 60 über das gesamte Jahr verfügbare zusätzliche Freistunden. Von den dabei befragten Angestellten war nahezu jedeR Zweite unter 40 Jahren, wobei das Interesse und auch die tatsächliche Inanspruchnahme insbesondere bei den 20-40-jährigen am höchsten ist. (Vgl. Schwendinger 2015: 20)

Die interviewte Gewerkschaftsvertreterin sieht hier vor allem ein Generationenphänomen, da „Jüngere einfach andere Lebenskonzepte haben." (I GPA-djp/AK). Formen des „Zeitwohlstands" (I WGAK/Attac) werden bei der Annahme, „dass man ab einem bestimmten Wohlstandsniveau nicht mehr glücklicher wird" (I MJ2) somit zunehmend bedeutender. Dies steigert auch das Bedürfnis nach einem alternativen Wohlstandskonzept welches der Absurdität begegnet, „quasi den Wohlstand einer Gesellschaft in einer Zahl auszudrücken" (I AP/AMK). Unterstützt wird dies von der Einschätzung der jüngeren Generation finanziell betrachtet weniger Perspektiven zu haben als ihre Eltern: „Die Leute haben das Gefühl sie treten auf der Stelle. Also ich würde eher sagen es gibt keinen wahrgenommenen Fortschritt, so im Großen und Ganzen." (I MJ2). Mit Referenz auf die jüngste Bundespräsidentschaftswahl[18] fragt die Vertreterin der Armutskonferenz die unzufriedene Gesellschaft: „Wie geht es dir – und warum geht es dir eigentlich schlecht? Und warum hast du das Gefühl, diesem Land mit deiner Stimme bei der Wahl deine Unzufriedenheit ausdrücken zu müssen?" (I AP/AMK)[19].

Für den umweltpolitischen Aspekt der Wohlstandsdebatte in Österreich sehen die ExpertInnen auf nationaler Ebene v.a. die Umweltbewegungen als ausschlaggebend.

[18] 46,2% wählten bei der Stichwahl Norbert Hofer der rechtsnationalen FPÖ, während 53,8% den ehemaligen Grünen Alexander Van der Bellen wählten. Es handelte sich somit zum ersten um eine Bundespräsidentenstichwahl ohne Beteiligung der Volksparteien SPÖ und ÖVP.

[19] An anderer Stelle führt sie die Frage konkreter aus: „Wie kann es sein, dass (…) 50 Prozent der Menschen in diesem Land anscheinend ihre Lebensqualität als extrem niedrig und nicht besonders hoffnungsvoll einschätzen, wenn wir solche Wahlergebnisse haben?" (I AP/AMK)

Für die Expertin des Umweltministeriums waren die Besetzungen der Hainburger Au[20] Mitte der 1980er Jahre ausschlaggebend, welche allgemeinhin als Geburtsstunde der österreichischen Umweltbewegung bezeichnet werden (Vgl. I BMU). Daraus entstanden auch die Grünen als politische Partei, welche Themen wie Ressourcenverbrauch und Umweltschutz auf institutionellem Parkett salonfähig machten (Vgl. I MA). Resultat des umweltpolitischen Aktivismus ist, „dass es vermehrt von Zivilgesellschaft eingefordert wird, nicht nur monetär, ökonomisch zu denken, sondern eben auch qualitativ." (I IV). Aus einer globalen Perspektive argumentiert die Vertreterin von Attac und Wege aus der Krise, dass lateinamerikanische Phänomene wie Ressourcenextraktivismus und alternative Wohlstandskonzepte wie buen vivir ebenso eine wesentliche Rolle in der umweltbezogenen Debatte um erweiterte Fortschrittsverständnisse spielen (Vgl. I WGAK/Attac).

5.1.5 Nationaler Kontext

Die Expertin des Umweltministeriums hält auf nationaler Ebene die bereits vom Bundesministerium für Land – und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft (BMLFUW) selbst getätigten Anstrengungen zur Integration alternativer Indikatoren für relevant. Mit der 2002 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie setzte sich die damalige ÖVP/FPÖ-Regierungskoalition vier Leitlinien (Lebensqualität, Wirtschaftsstandort, Lebensräume, Internationale Verantwortung) deren Fortschritt mittels verschiedener Indikatoren gemessen werden soll. (Vgl. BMLFUW 2002: 5) Zur besseren Evaluierung präsentierte das BMLFUW 2006 das MONE-Indikatorenset (Monitoring nachhaltiger Entwicklung) (Vgl. I BMU). Dieses Set besteht aus 26 Headline-Indikatoren, welche durch 52 zusätzliche Indikatoren präzisiert werden, um die erwähnten Themenfelder zu analysieren. Dabei handelt es sich um Indikatoren zu Verteilungsfragen, aber auch zu Konsum und Produktion von Bio-Lebensmitteln, Freizeitnutzung, Treibhausgasemissionen oder Lärmbelästigung. (BMLFUW 2015)

Unabhängig von der Nachhaltigkeitsstrategie jedoch auf Basis der GDP and beyond Initiative und der damit einhergehenden Erweiterung der VGR um ökologische und soziale Indikatoren kam es im Umweltministerium zur Implementation einer NAMEA (National Accounting Matrix including Environmental Accounts), deren Grundidee

[20] 1984 plante ein privates Energieunternehmen die Errichtung eines Wasserkraftwerks in einem Gebiet, welches heute Teil des Nationalparks Donau-Auen ist. Die Proteste (Besetzungen, Zeltlager) waren in ihrer Form und Ausdauer für die österreichische Protestkultur einzigartig, weswegen letztendlich die Bundesregierung den Bau des Kraftwerks verhinderte.

darin besteht, „die Klassifikationen von wirtschaftsbezogenen und umweltbezogenen Daten so weit zusammenzuführen, dass eine direkte Gegenüberstellung von Parametern aus beiden Bereichen möglich ist." (BMLFUW 2010: 19). So können bspw. Luftschadstoffemissionen nach Wirtschaftsbereichen und Privathaushalten zusammen untersucht werden. Für den Kontext der vorliegenden Forschungsarbeit sind die Aktivitäten des Umweltministeriums insofern relevant, als dass dabei die Zusammenarbeit des BMLFUW mit der Statistik Austria strukturell wie auch finanziell gefördert wurde (Vgl. I BMU).

Wie die Expertin der Statistik Austria anmerkt, sind in den letzten zwei Jahren zudem die Sustainable Development Goals (SDG) für das Projekt „Wie geht's Österreich?" bedeutend geworden, welche „indirekt ja natürlich so wirken, dass wir uns anschauen, welche Indikatoren Sinn machen könnte[n]" (I SA). Dabei wird vom im Implementationsprozess der SDGs involvierten Vertreter des Bundeskanzleramts kritisiert, dass es auf Grund deren Umfang[21] schwierig ist diese „auf den Boden zu bringen" (I BKA2).

Das WGÖ-Projekt der Statistik Austria zählt auf nationaler Ebene zudem zu den für den Kontext jüngsten und relevantesten Bedingungen, was auch der oftmaligen Referenz in den ExpertInneninterviews zu entnehmen ist. Es handelt sich dabei um ein Indikatorenset zu den Bereichen Lebensqualität, materieller Wohlstand und Umwelt, mit dem Ziel einen Beitrag zu einem erweiterten Wohlstandsverständnis in der österreichischen Gesellschaft zu leisten. Basis für die Indikatorenselektion ist der in der *Sponsorship Group*[22] des Europäischen Statistischen Systems (ESS) den Ratschlägen der SSFK Folge leistenden Rahmen. Darüber hinaus bemühte man sich um die Integration von Indikatoren weiterer internationaler Initiativen wie der OECD und der EU (z.B. Europa 2020-Strategie), aber auch nationaler Projekte wie den MONE-Indikatoren. (Vgl. Pesendorfer et al. 2012: 5ff.)

Um den Trade-off zwischen einer einfachen Kommunizierbarkeit an eine breite Öffentlichkeit und einer möglichst dichten Indikatoren-basierten Abdeckung der drei Felder zu minimieren, besteht das WGÖ-Set aus 30 Indikatoren, welche durch

[21] Die Umsetzung der 17 Ziele und 169 Zielvorgaben für eine nachhaltige Entwicklung der Welt sollen mittels 230 Indikatoren gemessen werden.

[22] Bei der *Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development* handelt es sich um ein vom ESS initiiertes Projekt, mit dem Ziel die das statistische System der EU und in Folge jenes der Mitgliedsstaaten den Empfehlungen der SSFK gemäß anzupassen.

Subindikatoren spezifiziert werden. Da sich die Statistik Austria als amtliche Statistikbehörde der Republik Österreich der Objektivität verpflichtet sieht, erfolgt die Evaluation der Indikatoren durch ein externes ExpertInnengremium, welches sich 2016 aus VertreterInnen des Instituts für höhere Studien (IHS), dem WIFO, dem Sustainable Europe Research Institute (SERI), dem Umweltbundesamt und der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) zusammensetzte. Mittels Piktogrammen (5-teilige Skala von Sonne bis Gewitterwolke) sollen dabei kurzfristige (3 Jahre) und langfristige (10 Jahre) Entwicklungen bewertet werden. (Vgl. Statistik Austria 2016: 16)

Die Kommunizierbarkeit und Dissemination von WGÖ wird in zweifacher Hinsicht gedacht: Erstens wurden aus *Input*-orientierter Perspektive bereits im Entstehungsprozess des Projekts verschiedene Stakeholder aus den Bereichen Politik (Ministerien, BKA), Interessensvertretung (IV, AK, WKO), sowie universitärer und außeruniversitärer Forschung eingeladen.[23] Zweitens soll die Kommunizierbarkeit *Output*-orientiert gewährleistet werden durch eine prominente Platzierung des Projekts auf der Homepage der Statistik Austria, Installation einer interaktiven Graphik auf derselben Website und einer engen Zusammenarbeit mit der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Zudem wird angestrebt die WGÖ-Aktualisierungen gemeinsam mit der Publikation des BIP des vergangenen Berichtsjahres zu verbinden, um eine höhere Aufmerksamkeit zu erzielen. (Vgl. Pesendorfer et al. 2012: 16)

Die aktive Partizipation von externen Stakeholdern ermöglichte eine verstärkte Dissemination durch Präsentation der Berichte u.a. bei der Arbeiterkammer Wien. Der in der AK beschäftigte Experte spricht gar von einer „institutionellen Veränderung (…) weil dadurch einfach eine gewisse Aufmerksamkeit im Haus, bei den Gewerkschaften, die eingeladen werden und in der Öffentlichkeit“ (I AK2) entsteht. Diese *institutionelle Veränderung* kann als Ausgangspunkt für Prozesse der politisch-institutionellen Verankerung gesehen werden, deren potenzielle Konflikthaftigkeit im weiteren Verlauf der Arbeit analysiert werden soll.

[23] Die am WGÖ-Projekt beteiligte Expertin der Statistik Austria betont in diesem Zusammenhang, dass versucht wurde „alle, die irgendwie mit dem Thema zu tun haben oder auch mit einzelnen Bereichen des Themas zu tun haben, am runden Tischen zu versammeln.“ (I SA)

5.2 Akteursanalyse

Bevor die konflikthafte Dynamik anhand der Hegemonieprojekte nachgezeichnet wird, bedarf es zunächst einer näheren Beschreibung ebenjener. So sollen in diesem Kapitel die zentralen AkteurInnen identifiziert und auf Grund ihrer Strategien den Hegemonieprojekten zugeordnet werden. Dies schließt eine ressourcenorientierte Einschätzung im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis ein. Dabei erfolgt die Darstellung in lediglich groben Zügen, da die Schwerpunkte der vorliegenden Arbeit in der Kontext- und Prozessanalyse liegen, weswegen die Hegemonieprojekte und ihre AkteurInnen sekundär verstanden zur Skizzierung der beiden Analyseschritte herangezogen werden. Die Fokussierung auf wenige, für die österreichische Wohlstandsdebatte relevante AkteurInnen soll jedoch nicht weitere in der späteren Prozessanalyse zu nennende AkteurInnen von den beiden Hegemonieprojekten exkludieren.

5.2.1. Zentrale AkteurInnen des neoliberalen Hegemonieprojekts

Wie in Kapitel 4 erwähnt, setzt sich das neoliberale Hegemonieprojekt u.a. aus ArbeitgeberInnenverbänden und Think Tanks zusammen. Ein zentraler Stakeholder in der Debatte um ein erweitertes Wohlstandsverständnis ist dabei die Industriellenvereinigung (IV), die sich selbst als Interessensvertretung, Netzwerk, Service und Think Tank der österreichischen Industrie begreift. Die IV hat 4.400 Mitglieder und repräsentiert einen dementsprechenden Produktionswert von 70% der gesamten Volkswirtschaft, bzw. 422,6 Mrd.€. (Vgl. Industriellenvereinigung 2017: 2ff.)

Das Nachhaltigkeitsverständnis der IV reduziert sich auf energiepolitische Aspekte, die geprägt sind von Begriffen wie Effizienz, Innovation und Wettbewerb. So schreibt sie etwa in ihrem Aktionspapier für Nachhaltigkeit, dass „für einen volkswirtschaftlich effizienten Umbau des Energiesystems (…) der regulatorische Ordnungsrahmen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien auszurichten [ist].“ (Industriellenvereinigung 2016: 8). Dies bedeutet eine Reduktion von „marktstörenden“ Eingriffen des Staates durch Deregulierung, Entbürokratisierung und Liberalisierung. Zudem wird hervorgehoben, dass Österreich und Europa im Vergleich zu sich noch industrialisierenden Regionen der Erde (v.a. im globalen Süden) bereits sehr hohe Umweltstandards haben, weswegen es für die globale Klimapolitik entscheidend ist, dass zunächst andere Staaten ihre Umweltschutzauflagen und -investitionen erhöhen. (Vgl. ebd.: 12)

In der Position der IV zu sozialer Wohlstandspolitik wird das Paradigma der Eigenverantwortung betont. So wird gegen die Besteuerung von Vermögen argumentiert, da dies die in Österreich ohnehin geringe Sparneigung noch stärker schmälern würde. Die Sozialtransfers und Erwerbseinkommen seien bereits so hoch, dass „die Wahrscheinlichkeit des Eintritts in die Armut (…) viel mehr im privaten Einflussbereich liegt." (Industriellenvereinigung 2012: 20). Die niedrige Sparneigung kombiniert mit der höheren Kaufkraft sollte die privaten Haushalte dazu motivieren in ihre Weiterbildung zu investieren um auf diese Weise das Risiko der Armutsgefährdung zu reduzieren und flexibler für den Arbeitsmarkt zu werden. Dies geht auch mit einer Änderung der Arbeitskultur einher, indem die IV auf Studien verweist, die zeigen, dass in Österreich nur mehr knapp 31% dazu bereit sind private Opfer für die Arbeit zu bringen. Diese Werthaltung führe zu einem Rückgang an Produktivität und einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit. (Vgl. ebd.: 24f.)

Um sich im Kontext der Debatte mit ihrer Positionierung zu etablieren beteiligt sich die IV auch bei der *Wachstum im Wandel* (WIW) – Konferenz 2010[24] des BMFLUW. Dabei handelt es sich um eine Initiative, welche durch Policy-Science Stakeholder Dialoge „Wohlstand im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung neu (…) definieren" (Hinterberger/Stocker 2014: 4) möchte. Das Spektrum der Themen ist dabei betont divers gestaltet, weswegen selbst postwachstumsökonomische Ansätze neben klassisch-orthodoxen Ökonomiesträngen diskutiert werden. Dies spiegelt sich auch in der offenen TeilnehmerInnenstruktur[25] der Konferenz von 2010 wider, deren Teil auch die Wirtschaftskammer Österreich ist.

Die WKO ist die gesetzlich verankerte Interessensvertretung der österreichischen UnternehmerInnen und ähnelt somit in inhaltlicher Hinsicht der IV. So sieht etwa das Zukunftsprogramm der WKO die Einführung einer Normalarbeitszeit von 10 Stunden pro Tag und Ausweitung der Tageshöchstarbeitszeit auf 12 Stunden vor, während gleichzeitig die tägliche Ruhezeit von 11 auf 8 Stunden und der dadurch ohnehin obsolet erscheinende Überstundenzuschlag von 50% auf 25% gekürzt werden sollen. (Vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2015: 13) Diese neoliberalen Kernforderungen

[24] Die Industriellenvereinigung war lediglich bei der Konferenz 2010 beteiligt, bei den Nachfolgekonferenzen aber nicht mehr. Der interviewte Experte der IV betont jedoch: „Aber es war sicher nicht, weil wir mit den Inhalten nicht einverstanden sind. (…) wahrscheinlich haben wir andere Projekte unterstützt." (I IV)

[25] Partner der Initiative waren 2010 verschiedene Ministerien, das Bundeskanzleramt, regionale Regierungen, aber auch REWE, UniCredit Bank Austria, Wirtschaftsuniversität Wien und die Wirtschaftskammer Österreich.

sollen der Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand dienen. Im weiteren Verlauf des zitierten Sujets finden sich Vorschläge zur Entbürokratisierung, Steuerreduktion für Unternehmen oder die Wiedereinführung von Studiengebühren. Um das wettbewerbsorientierte strategische Ziel zu erreichen, beteiligt sich die WKO neben der WIW-Initiative auch bei Wie geht's Österreich?.

Wie die IV verfügt die WKO ebenso über enge Kontakte zu Wirtschafts- und Finanzministerium, aber auch zur ÖVP. Dabei lässt es sich durchaus als *Drehtür-Effekt* bezeichnen, dass einige leitende Funktionäre der Wirtschaftskammer wie Hans Jörg Schelling (Finanzminister, ÖVP) oder Reinhold Mitterlehner (Wirtschaftsminister, ÖVP) auch über regierungspolitische Karrierewege verfügen. Diese politisch wirkmächtige Position der WKO wird gestärkt durch ausgeprägte materielle Ressourcen, was ein überwiegend durch Mitgliedsbeiträge finanziertes Jahresbudget von 850 Mio. € bedeutet. (Wiener Zeitung 2015)

5.2.2. Zentrale AkteurInnen des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts

Das Pendant zur WKO ist auf Seite des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts die Arbeiterkammer (AK). Sie ist die gesetzliche Interessensvertretung der österreichischen ArbeitnehmerInnen. Durch die Pflichtmitgliedschaft von 3,3 Mio. ArbeiterInnen und Angestellten, welche durch einen Anteil von 0,5% des Bruttogehalts beglichen wird, verfügte die AK im Jahr 2016 über ein Budget von 432,6 Mio. €. (Vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte 2016) Neben beratenden oder rechtsvertretenden Dienstleistungen versteht sich die AK auch als Think Tank[26] für die Interessen von ArbeitnehmerInnen und bemüht sich daher um die Publikation von sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studien, welche „regelmäßig einen wichtigen Bestandteil im politischen Diskurs Österreichs bilden." (Kammer für Arbeiter und Angestellte 2015: 7). Im Vergleich zur WKO ist das Budget der AK somit nur halb so groß, was jedoch auf politisch-diskursiver Ebene durch eine höhere wissenschaftliche Publikationstätigkeit kompensiert wird.

Auf Grund der durchaus diversen Themen ihrer wissenschaftlichen Veröffentlichungen lässt sich das strategische Ziel der AK grob als sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft bezeichnen, welche bspw. durch eine Beachtung des bereits.

[26] Ein befragter Experte sieht die Arbeiterkammer auch als Think Tank für die Gewerkschaften, welche sich primär auf Interessensvertretung bzw. Lohnkämpfe konzentrieren müssen, und somit „das eher rezipieren, was halt bei uns diskutiert wird." (I AK2)

beschriebenen magischen Vielecks erreicht werden kann. Inhaltlich bedeutet dies zusammengefasst ein stärkerer Fokus auf Verteilungs- und Beschäftigungsziele z.B. durch gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen, staatlichen Investitionen und einer qualitativen Ergänzung des quantitativen Vollbeschäftigungsziels um *gute Arbeit*. (Vgl. Wirtschaft und Gesellschaft 2017: 5) Im Gegensatz zur WKO ist die Arbeiterkammer nicht Teil der WIW-Initiative, da hier die konservative Konstellation der partizipierenden Gruppierungen kritisiert wird: „also wir [Anm.: die Ministerien] stellen da 25 Experten der anderen Seite und dann sitzen da sozusagen einer vom ÖGB und einer von der Arbeiterkammen, und dann geht es immer 26 zu irgendwas aus in den Abstimmungen. Wenn das nicht auf equal footing ist (…) macht das keinen Sinn.“ (I AK1).

Weitere, v.a. aus einer bottom-up Perspektive relevante AkteurInnen des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts sind Attac und das Projekt der Gemeinwohlökonomie. Bei Attac handelt es sich um eine NGO mit dem strategischen Ziel eines guten Lebens für alle. Die dabei verhandelte sozial-ökologische Transformation ist eine umfassendere als jene der Arbeiterkammer, da sie grundlegende Dynamiken des gesellschaftlichen Zusammenlebens hinterfragt. So wird beispielsweise die umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche (wie Ressourcenverteilung, Produktion von Gütern und Dienstleistungen, Verkehrsorganisation) verlangt oder die Etablierung von Commons als Alternative zur wachstumsorientierten Ökonomie. (Vgl. Attac 2011: 5) Als klassische NGO ist Attac hauptsächlich von freiwilligen Spenden abhängig, dementsprechend gering fällt das Budget im Vergleich zu den anderen AkteurInnen aus. Um ihr strategisches Ziel zu erreichen organisiert Attac verschiedene Protestformen und veröffentlicht regelmäßig Artikel zu sozialen, ökologischen und wirtschaftspolitischen Themen.

Die von Christian Felber ins Leben gerufene Gemeinwohlökonomie ist in ihrem Selbstverständnis ein alternatives Wirtschaftsmodell, was auch ihrem strategischen Ziel entspricht. Der Anreiz der wirtschaftlichen Tätigkeit soll von „Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation“ (Felber 2016: 1) gelenkt werden. Zentral für die Debatte um ein erweitertes Wohlstandsverständnis ist dabei die Ersetzung des BIPs mit dem Gemeinwohlprodukt, einem Indikatoren-Set bestehend aus 15-25 Indikatoren, während auf unternehmerischer Ebene eine Gemeinwohl-Bilanz und eine Gemeinwohl-Prüfung die Ziele des Wirtschaftens

evaluieren sollen. Ähnlich wie die anderen AkteurInnen des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts setzt sich die Initiative der Gemeinwohlökonomie für eine Reduktion von Vermögens- und Einkommensungleichheiten ein, sowie für eine Demokratisierung wirtschaftlicher Prozesse mittels regionaler Wirtschaftsparlamente. (Felber 2014)

Ebenso wie Attac ist die Gemeinwohlökonomie nicht bei Initiativen wie WGÖ oder WIW engagiert, sondern verfügt bereits über 2000 Unternehmen die freiwillig eine Gemeinwohlbilanz erstellen. Ähnliches gilt für teilnehmende Gemeinden, die sich in ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen am Gemeinwohlprodukt orientieren. Neben diesen Tätigkeiten präsentiert Felber sein Projekt laufend auf verschiedenen Ebenen (z.B. Universitäten, Symposien, Tagungen, Seminare, etc.) um so die Dissemination der Gemeinwohlökonomie sicherzustellen.

5.3. Prozessanalyse

Auf Grundlage der vorangegangenen Kontext- und Akteursanalyse ist nun eine Rekonstruktion der konflikthaften Debatte rund um ein erweitertes Wohlstands- und Fortschrittsverständnis möglich. Das Kapitel wird dabei in Konfliktfelder strukturiert und bewusst nicht chronologisch geordnet, da die Aktualität der Dynamiken im Vordergrund steht. Nichtsdestotrotz sollen die Konfliktdynamiken in die Kontextbedingungen eingeordnet werden um zu analysieren wie die verschiedenen Problemdefinitionen der zentralen AkteurInnen der beiden Hegemonieprojekte miteinander interagieren, wo Formen der Institutionalisierung bzw. potenzielle Stabilisierungsfaktoren erkennbar sind, und was dies für das spezifische gesellschaftliche Kräfteverhältnis und die Lebensführung bzw. Alltagspraktiken der Individuen bedeutet.

5.3.1. Interpretationskonflikte

Einer der größten beobachtbaren Konfliktherde in der beyond GDP – Debatte sind die alternativen Indikatoren selbst. Obgleich Indikatoren einen vermeintlich objektiven Charakter genießen ist ihr politischer Gehalt unabweislich: „Es ist kein neutrales Konzept. Es ist immer Politik. Indikatoren-Diskussionen sind immer politisch." (I BKA2). Gleichzeitig herrscht allgemeiner Konsens, „dass die Forderungen nach einem Beyond GDP eine legitime Forderung ist, die (…) jeder von uns teilen würde." (I IV). Dieser Konsens lässt sich inhaltlich allen voran in der Kritik am BIP als alleinigem Indikator für Wohlstand festmachen, in welchem nicht-marktrelationale Tätigkeiten nicht berücksichtigt werden (Vgl. I IV, I MA) und Versprechen von gesamtgesellschaftlicher, materieller Prosperität nicht mehr erfüllt werden können (Vgl. I AK2, I WIFO1)[27].

Der Konsens erstreckt sich auch über die Annahme, dass ein steigendes Wirtschaftswachstum als alleinstehender Faktor ab einem bestimmten volkswirtschaftlich-industrialisierten Niveau nicht zu einem Plus an Lebenszufriedenheit und -qualität der Individuen beiträgt, sondern eben mehr Aspekte dafür berücksichtigt werden müssen. Mit Verweis auf WGÖ hält die Vertreterin der Statistik Austria fest, dass die Lebenszufriedenheit der ÖsterreicherInnen trotz äußerst

[27] Als wesentliche Ursache erkennt der Experte der Arbeiterkammer die verstärkte Finanzialisierung der Ökonomie in den Vorjahren der Krise: „Also das Entstehen der Finanzblase, wo man ja eigentlich dann festgestellt hat, dass das durchaus relativ hohe Wirtschaftswachstum (…) bei der breiten Masse der Bevölkerung zu einem sehr kleinen Teil angekommen ist." (I AK2).

geringem Wirtschaftswachstums stabil bleibt (Vgl. I SA)[28]. Der Indikatoren-bezogene Konsens wird brüchig, sobald die konkrete Operationalisierung bzw. Interpretation von Indikatoren diskutiert wird.

So wird kritisiert, dass die hohe Anzahl an Indikatoren einer „Indikatoreninflation" (I SPÖ2) gleicht und es dabei schwierig ist, ihre tatsächliche Wirkmächtigkeit und Aussagekraft einzuschätzen (Vgl. ebd.). Zudem führen Indikatoren-Sets zu dem „Widerspruch zwischen Komplexität und Einfachheit bzw. Kommunizierbarkeit" (I WIFO1)[29]. Ein Experte aus dem journalistischen Umfeld stimmt diesem Widerspruch zu, da es schwierig sei 30 Indikatoren medial zu vermitteln und dies letztendlich in Presseaussendungen und Medienberichten wieder eine Reduktion auf 3-5 Indikatoren zu Folge haben könnte (Vgl. I MJ2). Dem hält die Vertreterin der Armutskonferenz entgegen, dass in jüngster Zeit ohnehin „von jeder Art der komplexen Darstellung Abstand genommen [wurde] im Irrglauben, die Leute würden das dann nicht verstehen" (I AP/AMK).

Die interviewten Experten von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer sehen die Reduktion auf wesentliche Indikatoren als unumgänglich. Dabei sollten die Indikatoren ähnlich wie das BIP auf einen möglichst geringen Interpretationsspielraum minimalisiert[30] werden um politisch aufgeladene Konflikte um Interpretationen zu vermeiden (Vgl. I WKO, I IV). Ebendiese sachlich-technische Reduktion selbst ist in sich wieder politisch, weil die Vorstellungen und Ideen von Wohlstand und Fortschritt auf Seite des neoliberalen Hegemonieprojekts mit Indikatoren für Innovation, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit assoziiert werden, während das sozial-ökologische Hegemonieprojekt Fragen von Verteilung, Umweltschutz und Lebensqualität in den Vordergrund stellt: „Also hier ein relativ technisches Konzept als Konsens hineinzubringen ist schwierig." (I BKA2).

Auf Ebene des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses der beiden Hegemonieprojekte ist das Konfliktfeld der Interpretation der Indikatoren auf neoliberaler Seite von einer Entpolitisierung- bzw. Versachlichungstendenz geprägt. Unvermeidbar geht dies einher mit der Medien-orientierten Kritik der geringen Vermittelbarkeit von komplexen

[28] Gleichzeitig erörtert sie, dass eben die geringe Aussagekraft des BIPs für die Lebenszufriedenheit den Blick zu alternativen Indikatoren lenkt. (Vgl. I SA)

[29] Denn „Wohlfahrt ist eben komplexer als sie sich in einem Indikator darstellen lässt, und deswegen gibt es immer wieder einen Rückfall zu einem gut-systematisierten Indikator." (I WIFO1)

[30] „dass man einen Punkt finden könnte, wo es keinen Grund für Interpretation [gibt]" (I WKO)

Indikatoren-Systemen. Zwar steht die Forderung des sozial-ökologischen Projekts nach einer möglichst breiten Abbildung gesellschaftlichen Wohlstands, gleichzeitig wird sie vom neoliberalen Projekt mit der Ineffizienz politisch aufgeladener Debatten um Indikatoren-Interpretationen konfrontiert und soll mit einer Strategie der De-Politisierung zu Fall gebracht werden. Diskussionen um eine Reduktion von Indikatoren resultieren dabei wegen der damit einhergehenden Debatten um unterschiedliche Gewichtung in Priorisierungskonflikten.

5.3.2. Priorisierungskonflikte und Trade-offs

Konflikte um die Priorisierung von Indikatoren, oder allgemeiner formuliert, Zielen des Wirtschaftens, sind zum Teil politisch-institutionell bedingt und lösen sich dabei parallel von ihrer Verankerung. Am Beispiel der Sozialpartnerschaft konstatiert ein befragter Beamter des Sozialministeriums, dass der „Geist der Sozialpartnerschaft" (I BMA), welcher geprägt ist von gemeinsamer Kompromissfindung unter beiderseitiger politischer Gesichtsbewahrung auf Basis von Studien diverser Forschungsinstitute, in dieser Form nicht mehr existiert (Vgl. ebd.). Als ursächlich dafür sieht der Experte das innerhalb der WKO und IV vorherrschende neoliberale Paradigma, mit dem Resultat, dass man „zu keinen vernünftigen Lösungen mehr [kommt], die ein bisserl weiter hinausgehen außer dass man drei Details ändert." (Ebd.). Die Beamtin des Umweltministeriums stimmt dem im Wesentlichen zu, wenngleich sie die inhaltlichen Grenzen nicht nur bei der Industriellenvereinigung sieht, sondern auch im Sozialministerium traditionell noch die Förderung der Wirtschaft zur Sicherung von Arbeitsplätzen gegenüber Umweltthemen[31] prioritär behandelt wird: „Geht es der Wirtschaft gut, geht es den Arbeitern gut. Und der Wirtschaft geht es sicher dann gut, wenn es keine Umweltauflagen gibt" (I BMU).

Die Primarisierung von Wirtschaftswachstum wird auch vom Experten der Arbeiterkammer erkannt, der v.a. auf Gewerkschaftsseite Rufe nach stärkerem Wachstum verortet sieht (Vgl. I AK2). Im Umfeld der Sozialdemokratie wird dies mit dem tendenziell positiven Beschäftigungseffekt von Wachstum argumentiert. Darüber hinaus ist Arbeit nicht nur „Lohnsklaverei, sondern auch massiver Teil der Identität." (I SPÖ2). Aus kritischer Perspektive lässt sich an dieser Stelle hinterfragen, ob diese

[31] Da die Umwelt formell keine Interessensvertretung in der Sozialpartnerschaft hat, führt dies zu dem Dualismus, dass einerseits keine Artikulation von umweltpolitischen Themen stattfindet, andererseits auch kein Anspruch ökologischer Forderungen befriedigt werden muss (Vgl. I BMU).

Identitätskonstruktion Sinnbild für das Scheitern der traditionellen Sozialdemokratie ist und ob sich ArbeiterInnen abnehmend über ihre Beziehung zur produzierten Ware oder getätigten Arbeit definieren. Wirsching etwa schlägt vor, dass der/die ArbeiterIn „die Rolle des Konsumenten, der seine Interessen zunehmend außerhalb der Arbeitssphäre und des Arbeitsplatzes selbst verfolgt, nämlich in der expandierenden Freizeit und Konsumsphäre“ (Wirsching 2009: 190) annimmt. Dieser Entwicklung passt sich aus historischer Sicht auch die (gewerkschaftliche und betriebsrätliche) ArbeiterInnenbewegung an, indem sie ihre Kämpfe tendenziell nicht mehr gegen Betriebe als Ganzes richtet und diese beispielsweise besetzt um sie selbst zu führen und zu verwalten, sondern begann „ihr primäres Interesse auf die Kaufkraft des Lohnes außerhalb des täglichen Bedarfs zu richten.“ (Ebd.: 190).

Die mangelnde Interessensvertretung der Umwelt, ihre damit einhergehende Sekundarisierung und die Priorisierung ökonomischer Interessen zeigt sich auch in der Agrarpolitik. Diese ist in Österreich dem Umweltministerium zugeordnet, was von einem befragten Experten der Arbeiterkammer heftig kritisiert wird. Denn dies führe dazu, dass Nachhaltigkeitsaspekte landwirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden und ökologisch gesehen nicht-nachhaltige Energieformen wie Biomasse oder Biodiesel hoch subventioniert werden (Vgl. I AK1). Aus einer medialen Perspektive erörtert ein befragter Journalist, dass zwar eine Diskussion über umweltpolitische Initiativen, Strategien und Politiken vorhanden ist, ebenjene dagegen in andere Debatten als die des Wachstums eingebettet sind (Vgl. I MJ2). Alternativen sind zwar vorhanden, jedoch bleibt der Wachstumsimperativ unangetastet.

Mit Verweis auf die Europa 2020 – Strategie argumentiert der Experte der Industriellenvereinigung, dass ohne Priorisierung bzw. Trade-offs die Ziele einander in Konkurrenz stehen und plädiert dafür, weniger, aber konkretere Ziele festzulegen, da „eine Ausweitung dieser Indikatoren eine Komplexität mit sich bringt, die dann nicht mehr im Einklang ist mit dem, was man ursprünglich wollte.“ (I IV). Für den Funktionär der IV ist das ursprüngliche Problem ein Rückgang an Produktivität und Innovation, während er bei sozial-ökologischen Themen keinen immanenten Handlungsbedarf sieht (Vgl. ebd.). Der Trade-off zwischen sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz auf der einen, sowie Produktivitätssteigerung und Innovationsförderung auf der anderen Seite sei dabei offensichtlich, eine Synergie sozial-ökologischer sowie ökonomischer Ziele gleiche einer Überfrachtung: „Das ist so als würde ich sagen wollen: Ich will

zugleich Olympia-Sieger werden, Nobelpreisträger und auch am besten auch Oscar-Preisträger.“ (Ebd.).

Auch einer der befragten Journalisten sieht einen Trade-off zwischen Lebenszufriedenheit oder Umweltschutz und Produktivität. Diese reziproke Proportionalität manifestierte sich insbesondere in der Hochphase der jüngsten Krise im Jahr 2009, in welcher der Rückgang des Wirtschaftswachstums mit einem starken Sinken der Treibhausgasemissionen[32] einherging. Mit Blick auf ein Set von 30 Indikatoren „wird man eher sagen: Wir bevorzugen Arbeitsplätze, und letztlich ist man wieder beim BIP.“ (I MJ2).

Ähnlich wie schon im Konfliktfeld der Indikatoren-Interpretation zeigt sich auch bei der Priorisierung offen die Versachlichungsstrategie des neoliberalen Hegemonieprojekts. Output-orientiert sollen wenige konkret formulierte und wenig Interpretationsspielraum lassende Indikatoren zur Vermeidung eines möglichen ökonomischen Trade-offs beitragen. Mittels Effizienzialisierung, Produktivitätssteigerung und Innovationsförderung sollen Aspekte wie Verteilungsgerechtigkeit und Umweltschutz integriert werden. Das sozial-ökologische Hegemonieprojekt hingegen sucht nach Synergien gesellschaftlicher Ziele und weniger nach Prioritäten. Komplexität wird dabei produktiv gedacht und steht konträr zur Strategie der Reduktion des neoliberalen Projekts. Daraus ergibt sich ein breiterer, Input-orientierter Ansatz, welcher sich wiederum in Konflikt mit der Output-orientierten Legitimation des Konterparts befindet.

5.3.3. Legitimationskonflikte

Die Einbeziehung einer möglichst großen Anzahl diverser AkteurInnen in den Implementationsprozess eines erweiterten Wohlstandsverständnisses soll die Erstellung einer konsensualen Gesamtstrategie begünstigen und das Risiko von Trade-offs minimieren (Vgl. I WIFO1). Dem widerspricht der Vertreter der IV, der nicht daran glaubt eine „eierlegende Wollmilchsau“ (I IV) finden zu können, welche sowohl die Idee einer breiten Vision von Wohlstand und messbare, international vergleichbare Nutzen-messende Indikatoren verbindet (Vgl. ebd.)[33]. Die Wachstum im Wandel – Konferenz als Beispiel nehmend, wünscht sich der Experte der WKO eine weitaus

[32] Im Jahr 2009 konnte im Vergleich zu 2008 ein Rückgang von 6,7 Mio. Tonnen CO2-Äquivalenten verzeichnet werden, was die höchste negative Veränderung seit 1990 bedeutet. (Vgl. Umweltbundesamt 2017: 9)

[33] Wenngleich er betont: „Ich meine die Idee ist wahnsinnig toll – es scheitert meiner Ansicht nach am Machbaren. Man muss immer eine Vision haben, aber es muss auch irgendwie umsetzbar sein.“ (I IV)

geringere Anzahl an TeilnehmerInnen als 500, was zu einem höheren Maß an Produktivität und konstruktiveren Diskussionen führe und die Debatte „wertfrei“ (I WKO) und objektiv macht (Vgl. ebd.). Gänzlich anders sieht dies eine NGO-Vertreterin, welche mit Verweis auf die formell erwünschte Inklusion von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen in der Europa 2020 - Strategie eine faktische Exklusion feststellt und sie demzufolge die vermeintlich Input-orientierte Strategie „nicht wirklich ernst nehmen [kann]“ (I AP/AMK), obgleich dies aus ihrer Perspektive wünschenswert wäre (Vgl. ebd.).

Als Beispiel für eine bereits existierende Form Output-orientierter Politik zieht ein Beamter des Bundeskanzleramts den Fiskalrat heran, der eine Form regelgebundener Politik präsentiert, welche durchaus auch auf inhaltlich anderer Ebene als Wohlstandsrat von AkteurInnen des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts vorstellbar ist. Dabei kritisiert er, dass die Input-Legitimation von Demokratie zugunsten eines ExpertInnengremiums brüchig wird, und Regierungen „an ein so enges Korsett an Regeln gebunden [sind], dass sie im Endeffekt zu keiner Entscheidung mehr in der Lage sind.“ (I BKA1). Ähnliches gelte auch für die Fiskalregeln der EU, welche „sicher nicht zu mehr Entscheidungsspielraum demokratische Politik beitragen“ (Ebd.).

Dem stimmt auch ein Funktionär der SPÖ bei, der in solchen Entwicklungen expertokratische Gefahren für die Demokratie verortet. Zudem schränke eine evidenzbasierte Regelgebundenheit den Spielraum für politische Reaktionen ein und reduziere Flexibilität, welche z.B. in der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 von Nöten gewesen ist (Vgl. I SPÖ2). Hinsichtlich alternativer Wohlstandsindikatoren stellt sich dann die Frage „ob solche Indikatoren nicht auch ein Beitrag zur Verkürzung einer Debatte oder für die Verwendung von Politischen Zielen [sind]?“ (Ebd.)[34]. Dies impliziert, dass ein evidenzbasiertes, erweitertes Wohlstandsmodell seine Input-Legitimation auf den Entstehungsprozess reduziert und ab seiner Institutionalisierung nicht mehr zur demokratischen Debatte stehen würde.

Zudem hinterfragen die Beamten des BKA allgemein, inwiefern ein evidenzbasiertes Indikatoren-Set politisch operationalisierbar sei. So ist es der Wissenschaft möglich,

[34] Für einen befragten Experten des Bundeskanzleramts handelt es sich weniger um eine politisch-ideologische Verkürzung bzw. Limitierung des Entscheidungsspielraums, sondern vielmehr um eine rein technische Perspektive (Vgl. I BKA1).

komplexe Sachverhalte (wie eine erweitertes Wohlstandskonzept) in ihrer Breite darzustellen und zu diskutieren, sie muss jedoch keine politische Entscheidung treffen oder einen Kompromiss zwischen Parteien finden (Vgl. I BKA1), weswegen es in der politischen Praxis daher stets zu „Zuspitzungen“ (Ebd.) kommt. Der in die Implementation der Sustainable Development Goals involvierte Kollege merkt ebenso an, dass es schwierig ist eine große Anzahl an Indikatoren auch tatsächlich politisch wirkmächtig zu verankern (Vgl. I BKA2). Generell werde versucht die „Komplexität der Entscheidung zu reduzieren anstatt sie zu vergrößern“ (I BKA1).

Auch die befragten Vertreter von WKO und IV sind skeptisch was die Regelgebundenheit von wohlstandsorientierter Politik im Rahmen ihrer institutionellen Verankerung betrifft. Zwar sei es durchaus erstrebenswert eine geringe Anzahl an Indikatoren zu einer Norm zu heben ähnlich wie die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Vgl. I IV), dennoch sollte eher eine politische Kultur der Veränderung gefördert werden und zwar dadurch, dass „mehr Entscheidungen von den Individuen und weniger vom Staat getroffen werden“ (I WKO). Im Interview nicht-konkretisierte Anreize zur Eigenverantwortung sollen dabei eine der Hauptmaßnahmen sein, wenngleich hier politische Kultur abseits politischer Institutionen gedacht wird, was an dieser Stelle Foucault’s Begriff von Gouvernementalität aktuell erscheinen lässt. Der Begriff muss im Kontext von Foucault’s Machtanalytik gesehen werden: Neoliberale Subjektivierungsprozesse verbinden dabei Freiheit und Zwang und lenken mit Termini wie Eigenverantwortung, Selbstverantwortung oder Freiheit die politische Initiative hin zum Individuum. (Vgl. Demirovic 2006: 109)

Das neoliberale Hegemonieprojekt verfolgt im Konfliktfeld der politischen Legitimation eine Strategie der Output-orientierten Individualisierung. Die Konzentration auf den Output politischer Prozesse wird deutlich durch Objektivierungs- und Versachlichungstendenzen, mit denen für eine kleine Anzahl an wissenschaftlichen ExpertInnen im Entscheidungsfindungsprozess argumentiert wird, um zu einer Effizienzialisierung ebendessen beizutragen und der Debatte um ein erweitertes Verständnis von Wohlstand und Fortschritt mehr Wertfreiheit zu verleihen. Die daraus resultierenden Ergebnisse in Form von Policies sollen lediglich als Anreiz für neues individuelles Handeln dienen und fern staatlicher Bestimmungsräume eine neue Kultur der Lebensführung ermöglichen.

Im sozial-ökologischen Hegemonieprojekt ist die Frage um die politische Legitimation geprägt von Heterogenität. Zwar wird nicht bezweifelt, dass ein breites Verständnis von Wohlstand auch eine breite, die Zivilgesellschaft inkludierende Partizipation benötigt, ob aber ihre materialisierte Verdichtung etwa in Form eines gesetzlich bindenden Wohlstandsrates oder durch jährlich zu veröffentlichende Berichte[35] über die jeweilige Entwicklung der Indikatoren vollzogen wird, herrscht Uneinigkeit. Die Rolle des Staates als Förderer einer Lebensführung, die einem sozial-ökologischen Wohlstandsverständnis entspricht, bleibt jedoch unangetastet, wenngleich sich eben seine konkrete Ausgestaltung gemäß der höheren Input-Legitimation als noch offener Entscheidungsfindungsprozess erweist.

5.3.4. Traditionelle Konfliktlinien

Die Heterogenität des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts in der Konfliktsphäre der politischen Legitimation eines erweiterten Verständnisses von Wohlstand resultiert zum Teil aus einer Art politisch-institutionellen Bias'. So können verschiedenen Ministerien bestimmte inhaltliche Tendenzen bzw. Schwerpunkte zugeordnet werden, weswegen es für ein eher breiteres Wohlstandsverständnis förderlich ist, dass WGÖ dem Bundeskanzleramt und nicht etwa dem Wirtschafts- oder Finanzministerium zugeordnet ist (Vgl. I BKA2, I AK1). Ähnliches konstatiert eine Expertin des WIFO für die OECD, in der es auf Grund der Dominanz wirtschaftspolitischer Abteilungen schwierig ist sich mit sozial-ökologischen Ansätzen wissenschaftlich oder politisch durchzusetzen (Vgl. I WIFO2). Die Bedeutung des BMLFUW, welches Landwirtschafts- und Umweltagenden gemeinsam behandelt, wird von einem Vertreter der AK kritisiert, da „die Verknüpfung von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium eigentlich den Bock zum Gärtner macht" (I AK1). Gleichzeitig erklärt diese Fusion die Bemühungen des BMLFUW im Rahmen der WIW – Initiative für eine intensive Nachhaltigkeitsdebatte, da allein die Themenzusammensetzung in ebenjenem Ministerium einen verstärkten Fokus auf Nachhaltigkeit begünstigt (Vgl. I SPÖ 2).

Der festgestellte politisch-institutionelle Bias ist nicht zuletzt Resultat der Ressortaufteilung der großen Koalition, in welcher u.a. die ÖVP die Ministerien für Wirtschaft, Finanzen und Umwelt verwaltet, während die SPÖ die Ministerien für

[35] Auch die Wirkmächtigkeit von Indikatoren-Berichten ist umstritten: Während ein Experte des Bundeskanzleramts einen Bericht ohne klaren politischen Auftrag als „nette Beamtenübung" (I BKA2) bezeichnet, erkennt sein Kollege durchaus Potenzial, weil dadurch die mediale Aufmerksamkeit im Vergleich zu einem Wohlstandsrat mit weitaus weniger finanziellen Ressourcen effektiv erhöht werden könnte (Vgl. I BKA1).

Soziales, Bildung und auch das Bundeskanzleramt innehat. Darüber hinaus verfügt der österreichische Bundeskanzler nicht über eine politische „guidance-Funktion“ (I BKA2), er kann somit die Ministerien nicht für ausbleibende Tätigkeiten bspw. im Rahmen der Implementation der SDGs sanktionieren, was die Ressortzuständigkeit durchaus zu einem zentralen Element ideeller Konflikte macht (Vgl. ebd.). Ministerien agieren dabei nur innerhalb ihres definierten Politikfeldes, weswegen sich Implementationsprozesse politikfeldübergreifender Indikatoren auf Grund der interministeriellen Sphärenstrukturen als schwierig erweisen (Vgl. I BMU, I SPÖ1). Die Konflikte zwischen den Ressorts verlaufen analog dazu auch innerhalb der Ministerien wenn traditionelle policies zu Arbeit oder Umwelt um das jeweilige Pendant ergänzt werden sollen (Vgl. I BMA)[36]. Die dabei entlang von Parteilinien verlaufenden Aversionen verhindern auf parteipolitischer Ebene eine Entwicklung hin zu einem breiteren Wohlstandsverständnis.

Parallel dazu verlaufen diese Konfliktlinien auch zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, was auch der Akteursstruktur der beiden Hegemonieprojekte entspricht. Eine befragte Expertin des WIFO erörtert, dass die ArbeitnehmerInnenvertretung nichtsdestotrotz den ökologischen Faktoren offener gegenübertretet (Vgl. I WIFO2)[37]. Ein Mitglied des sozialpartnerschaftlichen Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen berichtet über lange Überzeugungsarbeit, bis schließlich 2015 auch die ArbeitgeberInnenseite sich dazu bereit erklärte Fragestellungen über Wohlstandsindikatoren der WGÖ-Initiative in die Diskussion aufzunehmen (Vgl. I AK2). Zudem werden bewusst bestimmte „Konflikte und Debatten einfach nicht geführt, weil man vermutet, dass man da Schwierigkeiten hat“ (I BMA). Diese Situation verschärft sich im Rahmen der Debatte um alternative Indikatoren zum BIP, weil die traditionelle Art Verteilungskonflikte zu führen durch ein Hinterfragen des Wachstumsimperativs zunehmend in Frage gestellt wird:

> „Weil die traditionelle Art war ja (…), wenn der Kuchen wächst, dann kann man Verteilungskonflikte viel leichter führen, weil es ja eigentlich darum geht über das Wachstum des Kuchens die Debatte zu führen und zu fragen, wer welchen Anteil am Wachstum bekommt. Aber

[36] Exemplarisch wird auf das Umweltministerium verwiesen, in dem die Verteilungsdebatte nur von äußerst geringer Relevanz ist (Vgl. I BMA).

[37] Diese postulierte Offenheit wird getrübt von der fehlenden Partizipation der Arbeiterkammer bei WIW, „weil die AK hat immer gesagt, mit euch Bauern machen wir nichts.“ (I BMU). Ähnliches wird der SPÖ zugeschrieben, welche durch die Erfahrungen von Hainburg und Zwentendorf auf ökologische Ansätze eher verhalten reagiert (Vgl. I BMA).

wenn sozusagen das Wachstum und das BIP selber in Frage gestellt wird, wird es schwieriger diese Verteilungsauseinandersetzung zu führen“ (I AK2.).

Wachstumskritik kombiniert mit verteilungspolitischen Forderungen führt somit zu einer Verstummung von Konflikten, welche zuvor in Form von Lohnkämpfen offen geführt wurden. Ausbleibendes oder stagnierendes Wirtschaftswachstum kann dabei zu einer Verschärfung der Situation beisteuern. Ebenso trägt die spätestens seit 2008/09 stärker akzentuierte neoliberale Austeritätspolitik zur Zuspitzung bei.

Das aktuelle enge politisch-institutionelle Korsett europäischer Wirtschaftspolitik verstärkt das Narrativ des Sparens und schafft eine Situation, in der die Staatsverschuldung als Indikator für erfolgreiche Politik hochgehalten wird (Vgl. I AP/AMK). Für Konsensualisierungsprozesse entlang der traditionellen Konfliktlinien bedeutet dies, dass eventuelle Zugeständnisse oder selbst etwaige Strategien wie jene der OECD oder der EU „nette Absichtserklärungen“ (I GPA-djp/AK)[38] sind. Diesen starken politisch-institutionellen Faktor bei der Implementation eines erweiterten Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses kontrastiert der Experte der Wirtschaftskammer mit einem Bruch mit der österreichischen „Bevormundungskultur“ (I WKO). Denn „um die Masse mitzunehmen, kann man es nicht diktieren“ (Ebd.), weswegen auch auf der Ebene traditioneller Konfliktlinien der Appell an die Eigenverantwortung verteidigt wird. Auch der Vertreter der Industriellenvereinigung pflichtet bei, dass das, „was die Zivilgesellschaft oder Bewegung jetzt einfordert“ (I IV) zwar inhaltlich grob seine Unterstützung findet, dennoch auf Grund der erwähnten Trade-offs nicht operationalisierbar sei.

Im Kontext traditioneller Konfliktlinien lassen sich die Konturen der Demarkation zwischen den beiden Hegemonieprojekten bisweilen am deutlichsten erkennen. Unterstützt durch die Krisenpolitik der EU erfahren Wirtschafts- und Finanzministerium zusätzlich zu ihrem ohnehin parteipolitisch konservativen Charakter eine noch stärkere Unterwerfung unter das neoliberale Paradigma. Dies fördert, dass Konflikte um Verteilung im Rahmen eines erweiterten Wohlstandsverständnisses latent bleiben, da der Wachstumsimperativ in Zeiten stagnierenden Wachstums an Bedeutung gewinnt.

[38] Die Möglichkeit auf eine tatsächliche Veränderung im Sinne eines Aufbrechens der neoliberalen Hegemonie in der europäischen Wirtschaftspolitik kann nur durch einen Politikwechsel geschehen, der auch einen Zusammenhang zwischen Budgetpolitik und Wohlstandspolitik produziert: „Solange es da nicht einen Politikwechsel gibt, um das alles nämlich auch möglich zu machen, halte ich das für wie gesagt Publicity.“ (I GPA-djp/AK)

Dadurch erhält die Strategie der institutionellen De-Politisierung des neoliberalen Hegemonieprojektes Aufwind, indem mit Verweis auf mangelnde politische Lösungsfähigkeit auf die Eigenverantwortung der gesellschaftlichen Subjekte verwiesen werden kann. Die Strategie der Vereinnahmung und Individualisierung kommt umso deutlicher zum Vorschein, wenn argumentiert wird, dass die Forderungen der Zivilgesellschaft zwar erstrebenswert sind, ihre Umsetzung jedoch auf politisch-institutioneller Ebene einem staatlichen Diktat gleicht, was dem neoliberalen Postulat von *mehr privat, weniger Staat* widerspricht.

Im Gegensatz zum neoliberalen verfolgt das sozial-ökologische Hegemonieprojekt eine Strategie der Politisierung, die auch entlang der traditionellen Konfliktlinien erkennbar ist. So bemüht sich das Projekt die Debatte um ein erweitertes Wohlstandskonzept zu institutionalisieren z.B. in Form von Diskussionen auf sozialpartnerschaftlicher Ebene, stößt dabei jedoch auf geschlossene Türen. Die ArbeitgeberInnenseite riecht „zurecht (…) den Braten, dass wir natürlich Verteilungsdebatten und Verteilungsfragestellungen mit dieser Debatte verbinden“ (I AK2). Konfrontiert mit der politischen Vormachtstellung der Wirtschafts- und Finanzressorts bleiben Ideen zur Institutionalisierung im Bundeskanzleramt verhaftet, welches selbst jedoch über keine bindende, handlungsanleitende Funktion verfügt.

5.3.5. Konflikt Wohlstand vs. Wirtschaft

Wie bereits aus den vorangegangen Kapiteln hervortrat, war und ist die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 einer der signifikantesten Kontextbedingungen für die Debatte. Allen voran auf inhaltlicher Ebene führte sie zu einer Polarisierung von Positionen welche in die beschriebenen Priorisierungskonflikte mündet. In Relation mit Priorisierungen, Trade-offs und Legitimationsfragen entwickelt sich auf abstrakter Ebene ein Konfliktfeld, welches hier als *Wohlstand vs. Wirtschaft* bezeichnet wird, in jenem zum Teil die traditionellen Konfliktlinien an Trennschärfe verlieren und Konsensualisierungspotenzial erkennbar wird.

So sind für Vertretungen der ArbeitnehmerInnen ein steigendes BIP, die Lohnentwicklung und der Verbraucherpreisindex nach wie vor die zentralen Koordinaten für fortschrittliche Wohl*fahrts*politik (Vgl. I AK1). Zwar werden im Rahmen von Arbeitszeitdebatten auch Aspekte der Lebensqualität (z.B. Work-Life-Balance) mitgedacht, nichtsdestotrotz dominieren Fragen wie: „Wie hat sich das BIP entwickelt? Wie hat sich die Inflation entwickelt?“ (Ebd.). Ein steigendes Wirtschaftswachstum ist

auch im Interesse der ArbeitgeberInnenvertretungen, wenngleich betont wird, dass „Wirtschaft immer ein trade off zwischen equity und efficiency“ (I IV) ist. So gehen bspw. höhere Umweltschutzmaßnahmen tendenziell mit einer ökonomischen Outputverringerung einher (Vgl. ebd.). Zugunsten einer Lohnsteigerung könnte somit ein ökologischer Trade-off als Kompromiss gesehen werden, was jedoch einem auf materielle Ressourcen reduzierten Wohlstandsverständnis entsprechen würde. Ein Experte des Wirtschaftsforschungsinstituts hält fest, dass dem Trade-off eine eher traditionell anmutende Assoziation nutzenmaximierenden Denkens inhärent ist. Mit Verweis auf Investmentfonds mit ethischen, sozialen und ökologischen Zielen, deren Renditen durchaus profitabel sind, argumentiert er, dass es „keinen Widerspruch gibt mehr zwischen Renditenmaximierung und gesellschaftlichen Nutzen“ (I WIFO1).

Die speziell vom neoliberalen Hegemonieprojekt angeregte Debatte um Trade-offs steht auch im Konfliktfeld Wohlstand vs. Wirtschaft unter Kritik, da es den holistischen Zugang des sozial-ökologischen Wohlstandsverständnisses negiert und deshalb Konflikte nur „isoliert“ (I WIFO2) voneinander geführt werden können. Hierfür sehen insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen austeritätspolitische Maßnahmen der EU in der zentralen Verantwortung, weil so politische bzw. makroökonomische Antworten auf die multiple Krise, welche jenseits des neoliberalen Paradigmas positioniert sind, durch die strengen budgetären Restriktionen ausgeklammert werden (Vgl. I AP/AMK, I GPA-djp/AK). Auf ideeller Ebene besteht dabei der Bedarf einer Konstitution von „Gegenöffentlichkeit“ (I GPA-djp/AK), indem sich WissenschaftlerInnen klar von neoliberalen Think Tanks distanzieren und selbst in Form von gegenhegemonialen Bestrebungen in die Öffentlichkeit treten (Vgl. ebd.).

Die materiellen Schwächen des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts schlagen sich innerhalb des hier untersuchten Konfliktrahmens spätestens auf struktureller Ebene nieder, in der nicht genug Ressourcen für die Etablierung einer medialen Interaktion aus Wissenschaft und Gesellschaft vorhanden sind: „Man muss sozusagen Widerstände überwinden, die strukturell sind: Es ist wenig Zeit, wenig Leute.“ (I MJ2). Die noch geringe Bedeutung alternativer Wohlstandsindikatoren verhindert zudem den Fluss öffentlicher Gelder in die Erforschung und Erhebung ebendieser, zumal die allgemeinen Sparvorgaben des öffentlichen Haushalts Investitionen in „Zahlen, die

keiner verwendet“ (I BMU) wenig finanziellen Spielraum lassen[39]. Darüber hinaus sind technische Hürden wie gesetzliche Auflagen oder oppositionelle Interessensgruppen ebenso hemmend (Vgl. I BKA1).

6. Conclusio

Rekurs nehmend auf die Forschungsfrage, nämlich welche potenziellen Konflikte im Implementationsprozess eines erweiterten Wohlstandsverständnisses in der beyond GDP - Debatte in Österreich existieren, lässt sich im direkten Anschluss an die historisch-materialistische Politikfeldanalyse festhalten, dass im Wesentlichen fünf Konflikte bzw. Konfliktfelder von Relevanz sind.

Im Feld der *Interpretationskonflikte* stößt die reduzierende Versachlichungsstrategie des neoliberalen Hegemonieprojekts auf die vertiefende Politisierungsstrategie des sozial-ökologischen Gegenübers. Während Ersteres versucht mittels eines eher technischen Ansatzes den Fokus auf wenige Indikatoren durchzusetzen um deren Effizienz und Vermittelbarkeit zu steigern, möchte Letzteres eine möglichst breite Selektion an Indikatoren um der Komplexität eines erweiterten Wohlstandsverständnisses auch auf institutionalisierter Ebene gerecht zu werden. Beide Strategien sehen ihre Anwendung auch in der Sphäre der *Priorisierungskonflikte*, indem Akteure des neoliberalen Projekts durch Fokus auf Effizienz, Produktivität und Innovation einen ökonomischen Trade-off vermeiden wollen und unter den genannten Vorzeichen Verteilungs- und Umweltaspekte inkludieren möchten. Die Strategie der De-Politisierung wird dann offen, wenn die neoliberalen Werte einer wirtschaftlich geprägten definitorischen Determinierung unterworfen werden, welche als „sachpolitisch“ tituliert wird. VertreterInnen des sozial-ökologischen Projekts halten Primarisierungen jeglicher Art für kontraproduktiv und plädieren für eine Suche nach Synergien verschiedenster gesellschaftlicher Ziele und einer breiten Diskussion ebenjener.

Die neoliberale Strategie der Versachlichung wird unterstützt von einer Strategie der Output-Orientiertheit, wie sich speziell im *Konfliktfeld der politischen Legitimation* zeigt. Denn die in den vorangegangenen Feldern proklamierte Indikatoren-Reduktion soll auf der Ebene der Entscheidungsfindung durch eine kleine Anzahl wissenschaftlicher

[39] Denn letztlich handelt es sich bei der besseren medialen Etablierung von Wie geht’s Österreich? um eine finanzielle Frage, um so z.B. die Publikation der Indikatoren in kürzeren Intervallen zu gestalten (Vgl. I SA).

ExpertInnen den Paradigmen der Effizienz und Rationalität Rechnung getragen werden. Der daraus entstehende Output soll bestmögliche Rahmenbedingungen für individuelles Handeln schaffen und so Wohlstand fördern. Durch das Anstreben einer hohen Input-Legitimation zeigt sich das sozial-ökologische Projekt in diesem Konfliktfeld strategisch heterogener. Denn der Input-orientierte Ansatz wird als noch offener, jedoch zumindest inkludierender Entscheidungsfindungsprozess gehandhabt, dessen letztendliche institutionalisierte Form ebenso noch keine homogene Formulierung findet. Die dem zugrundeliegende inhaltliche Diversität kann einerseits als produktive Auseinandersetzung, andererseits im Vergleich zum neoliberalen Hegemonieprojekt gemessen als strategischer Schwachpunkt gesehen werden.

Der Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise und dem damit verbundenen Aufwind neoliberaler Sparpolitik förderte den institutionellen Bedeutungsverlust von Konflikten um Verteilung oder ökologischen Aspekten indem der Wachstumsimperativ wieder an Relevanz gewann. Im Feld der *traditionellen Konfliktlinien* verstärkte dies die Strategien der De-Politisierung und Individualisierung durch die Produktion einer Relation aus individueller Handlungsmacht für den eigenen Wohlstand als Alternative zu staatlich institutionalisierten Wohlstandspolitiken. Dem hält das sozial-ökologische Hegemonieprojekt eine Strategie der Politisierung gegenüber, wo auf gemeinsam vereinbarten, institutionalisierten Parkett (z.B. Sozialpartnerschaft) ein neues Verständnis von Wohlstand ausverhandelt werden soll. Doch gerade im Krisenkontext stößt diese strategische Ausrichtung durch einen Bedeutungsverlust kollektiver Ausverhandlungsprozesse rasch an ihre Grenzen.

Die durch die Krise wieder gewonnene Relevanz des Wirtschaftswachstums eröffnet im Konfliktfeld *Wohlstand vs. Wirtschaft* das Potenzial eines Teilkonsenses. Denn nach wie vor dominieren v.a. in ArbeitnehmerInnenorganisationen Verteilungsfragen, welche eng geführt werden mit Forderungen nach steigendem Lohneinkommen unter Verweis auf ein wachsendes BIP oder steigender Inflation. In diesem inhaltlich abstrahierten Feld wird der Priorisierungskonflikt zum Teil zugunsten des Wirtschaftswachstums konsensualisiert, während gleichzeitig innerhalb des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts andere AkteurInnen die Komplexität des Wohlstandsbegriffes verteidigen und eine Wachstumsprimarisierung selbst bei Lohn- und Verteilungskämpfen als zu klein gedachte Lösung mit zu großen Trade-offs kritisieren.

Zentrale theoriebasierte Subfragen der Masterarbeit sind, inwiefern ein dominantes, hegemoniales Verständnis von Wohlstand festgemacht werden kann, welche Versuche dieses aufzubrechen existieren und welche Arten von Konflikte dabei zum Vorschein kommen. Die historisch-materialistische Politikfeldanalyse zeigt, dass die im Analyserahmen und auf Basis von ExpertInneninterviews, Quellen- und Literaturrecherche untersuchten, sich konfligierenden Hegemonieprojekte und ihre zugeordneten AkteurInnen noch keine hegemonialen Projekte sind. Rückführend auf die theoretischen Ausführungen zu Antonio Gramsci's Hegemonietheorie ist für das Erreichen von Hegemonialität die erfolgreiche Darstellung der Gedanken der herrschenden Klasse als für die Gesamtgesellschaft vernünftig und universal geltend notwendig. Diese erste, grundlegende Voraussetzung ist für keines der propagierten Verständnisse von Wohlstand im Sinne eines gesellschaftlichen Ideals vorhanden. Existent ist jedoch der damit verbundene sozial umkämpfte Prozess der Verallgemeinerung, der im Rahmen eines Konflikts um Institutionalisierungsvorhaben zur politisch-institutionellen Durchsetzung eines spezifischen Wohlstandsverständnisses nach wie vor präsent ist. Auf Seite des sozial-ökologischen Hegemonieprojekts kann stellvertretend die Wie geht's Österreich? - Initiative herangezogen werden, welche unter breiter Beteiligung verschiedener AkteurInnen um ihre politische-institutionelle und mediale Bedeutung kämpft. Seitens des neoliberalen Hegemonieprojekts gelten beispielsweise Versuche, eine Schuldenbremse gesetzlich zu verankern, wie es bereits in Oberösterreich geschehen ist. Damit verbunden sind etwa die Einführung von Studiengebühren in den Fachhochschulen des Landes, eine Erhöhung des Elternbeitrags für die Nachmittagsbetreuung in Kindergärten und Kürzungen bei Kulturförderungen, mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu erhöhen. (derstandard.at 2017)

Hegemonie gemäß Gramsci ist jedoch erst gegeben, wenn die in den Konflikten vorgetragenen Ideen und Vorstellungen bereits institutionalisiert sind und es gleichzeitig zu einer Stilllegung der im Prozess der Verallgemeinerung entstandenen Interessenskonflikte gekommen ist, was ebenso im untersuchten Konfliktfeld auf Basis des vorhandenen Datenmaterials nicht festgestellt werden konnte. Nicht zu vergessen ist dabei die alltagspraktische Verankerung von Hegemonie, die parallel zur ideellen vorliegen muss und klassenübergreifend unhinterfragt bleibt. Erst dann sind auch die gesellschaftlich hegemonialen Voraussetzungen für einen historischen Block

gegeben, welche die Stabilität eines letztlich hegemonialen Projekts zumindest temporär gewährleistet.

Mit Verweis auf die theoretischen Auseinandersetzungen mit dem Konfliktbegriff können auch weitere Subfragen beantwortet werden. Eine der Fragen war, ob es sich um Konflikte um Hegemonie oder Konflikte innerhalb einer hegemonialen Konstellation handelt. Die deklarierte Abgrenzung des untersuchten Politikfelds auf Konflikte bei der Implementation eines erweiterten Wohlstandsverständnisses im Rahmen der beyond GDP – Debatte und das bereits festgehaltene Fazit der Inexistenz eines hegemonialen Projekts lassen bei abgeschlossener Betrachtung nur den Schluss zu, dass es sich um Konflikte um Hegemonie handelt. Das untersuchte Konfliktfeld wird auf ideeller Ebene strukturiert durch Konflikte um breite Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, sowie über Produktionsverhältnisse und gesellschaftliche Entwicklung, während Konflikte innerhalb einer hegemonialen Konstellation regelgeleitet ausgetragen und bearbeitet werden, von Exklusion geprägt sind oder nur in latenter Form existieren. Aus dieser Schlussfolgerung resultiert die Frage, ob auch innerhalb eines gesamtgesellschaftlichen, politikfeldübergreifenden Zusammenhangs noch von einem Konflikt um Hegemonie gesprochen werden kann, oder ob es sich mit Verweis auf Stephen Gill's These vom disziplinierenden Neoliberalismus und dessen institutioneller bzw. politisch-rechtlicher Absicherung in Form eines neuen Konstitutionalismus eher um einen Konflikt innerhalb einer hegemonialen Konstellation handelt. (Vgl. Gill 2000: 44)

Basierend auf der Zusammenführung von Theorie und Empirie ergeben sich weitere offene Fragen, die für künftige Forschung durchaus von Relevanz sind: In der vorliegenden Masterarbeit konnte nicht untersucht werden, inwiefern sich die Konflikte um ein erweitertes Wohlstandsverständnis auf (massenmedialer) Ebene austragen. Diese Ebene ist auch für das Erkennen ideeller Aspekte von Hegemonie auf breiter gesellschaftlicher Ebene wichtig, da Medien zentraler informativer Bezugspunkt von Subalternen sind. Unter Verweis auf den im Theoriekapitel näher beschriebenen Begriff der Lebensführung könnte die Verankerung verschiedener Wohlstandsverständnisse auf individueller Ebene untersucht werden, um so den alltagspraktischen Charakter von Hegemonie näher zu untersuchen. Rückblickend auf den qualitativen Charakter der angewendeten Methoden könnte die Addition soziodemographischer Daten einen innovativen Ansatz bieten, um das Potenzial

emanzipatorischer Initiativen innerhalb eines breiten gesellschaftlichen Rahmens zu testen, ist doch der Erfolg eines Hegemonieprojekts zum Teil von den Ideen bzw. geistigen Auseinandersetzungen der Gesellschaft auch abseits ihrer organischen Intellektuellen abhängig.

Ausblickend lässt sich festhalten, dass sich Initiativen, welche sich für ein progressiv-erweitertes Verständnis von Wohlstand einsetzen, durch die dominanten neoliberalen Kontextbedingungen in einem Umfeld befinden, dessen Aufbrechen umso mehr einen breit-getragenen zivilgesellschaftlichen Prozess benötigt. Die Reflexion von Alltagspraktiken, die in der vorliegenden Arbeit selbstkritisch gedacht nur mangelnd umgesetzt wurde, ist dabei unumgänglich, wenn tatsächlich der Boden für eine sozial-ökologische Transformation aufbereitet werden soll. Die institutionelle Verankerung neoliberaler Zielsetzungen des Wirtschaftens v.a. im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 kann auf der Ebene des den Kontext charakterisierenden Rahmens als höchste Hürde gesehen werden.

Wie in den Konfliktfeldern zu beobachten ist, bedingt ebendieser Kontext Priorisierungsprozesse und ressortspezifische Determinierungen tendenziell zugunsten orthodoxer ökonomischer Ziele bzw. erweckt traditionelle Leitbilder von Arbeit und Wachstum wieder zum Leben. Hier bedarf es allen voran ideeller Auseinandersetzungen in an policy-making Prozessen beteiligten Strukturen (z.B. Gewerkschaften, Kammern, Parteien), die mit Verweis auf die *multiple* Krise nicht nur sphärenökonomisch, sondern politikfeldübergreifend geführt werden müssen. Dadurch könnte der erste Schritt „von oben“ gesetzt werden, um alternative politisch-institutionelle Verankerungen für ein erweitertes Wohlstandsverständnis zu implementieren.

7. Interviewverzeichnis

Abkürzung	Organisationszugehörigkeit	Ort und Zeit
I BMU	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	15. April 2016 im Umweltministerium (Stubenbastei 5, 1010 Wien)
I BMA	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	27. Juli 2016 im Sozialministerium (Stubenring 1, 1010 Wien)
I BKA1	Bundeskanzleramt, Sektion IV für Koordination	5. September 2016 im Bundeskanzleramt (Ballhausplatz 2, 1010 Wien)
I BKA2	Bundeskanzleramt, Abteilung für Wirtschaft, Arbeit und Energie	16. August 2016 im Bundeskanzleramt (Ballhausplatz 2, 1010 Wien)
I MA	Magistratsabteilung 23 für Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien	31. März 2016 in der MA 23 (Meiereistraße 7, 1020 Wien)
I SPÖ1	Nationalratsabgeordneter der SPÖ, Bereich für Budget und Wirtschaft	24. Juni 2016 im Parlament (Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien)
I SPÖ2	Leitende Funktion in der SPÖ, Bereich für Budget und Wirtschaft	24. Juni 2016 im Parlament (Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien)
I SA	Statistik Austria, Abteilung für Analyse	21. März 2016 in der Statistik Austria (Guglgasse 13, 1030 Wien)
I WIFO1	Wirtschaftsforschungsinstitut, ehemals leitende Funktion	20. Juni 2016 im WIFO (Arsenal 20, 1030 Wien)
I WIFO2	Wirtschaftsforschungsinstitut; leitende Funktion	04. April 2016 im WIFO (Arsenal 20, 1030 Wien)
I GPA-djp/AK	Gewerkschaft der Privatangestellten-Druck, Journalismus, Papier/Arbeiterkammer Wien; leitende Funktionen	11. August 2016 in der GPA-djp (Alfred Dallinger-Platz 1, 1030 Wien)
I AK1	Arbeiterkammer Wien, ehemals leitende Funktion	6. September 2016 in der AK Wien (Argentinierstraße 37, 1040 Wien)

I AK2	Arbeiterkammer Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaft	23. März 2016 in der AK Wien (Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien)
I WKO	Wirtschaftskammer, Abteilung für Wirtschaftspolitik	18. August 2016 in der WKO (Wiedner Hauptstraße 63, 1040 Wien)
I IV	Industriellenvereinigung, Abteilung Wirtschaftspolitik	8. September 2016 in der IV (Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien)
I GWÖ	Leitende Funktion des Projekts „Gemeinwohl-Ökonomie“, Sachbuchautor	30. Mai 2016 im Café Rüdigerhof (Hamburgerstraße 20, 1050 Wien)
I AP/AMK	Leitende Funktionen bei arbeit plus und Armutskonferenz	30. Mai 2016 bei *arbeit plus* (Herklotzgasse 21/3, 1150 Wien)
I WGAK/Attac	Leitende Funktionen bei Attac und Wege aus der Krise	6. Juni 2016 im Global 2000-Büro (Neustiftgasse 36, 1070 Wien)
I MJ1	Journalist u.a. bei Falter und derstandard.at, Sachbuchautor	8. Juni 2016 im Café Engländer (Postgasse 2, 1010 Wien)
I MJ2	Journalist u.a. bei Falter und profil	11. Juni 2016 im Café Diglas Wollzeile (Wollzeile 10, 1010 Wien)

8. Literaturverzeichnis

- Altvater, Elmar (2008): Globalisierter Neoliberalismus. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 50-68
- Attac (2011): Deklaration 2010. Wien
- Bache, Ian/Reardon, Louise/Anand, Paul (2016): Wellbeing as a wicked problem: navigating the arguments for the role of government. In: Journal of Happiness Studies. Vol. 17, Nr. 3, S. 893-912
- Becker, Gary S. (1993): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Mohr, Tübingen
- Bieler, Andreas/Morton, David Adam (2003): Neo-Gramscianische Perspektiven. In: Schieder, Siegfried/Spindler Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Leske+Budrich, Opladen, S. 117-140
- Bieling, Hans-Jürgen (2002): Die Konflikttheorie der Internationalen Politischen Ökonomie. In: Bonacker, Thorsten (Hg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – Einleitung und Überblick. Leske + Budrich, Opladen, S. 121-142
- Biesecker, Adelheid/Wichterich, Christa/von Winterfeld, Uta (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. https://www.rosalux.de/publikation/id/6177/ [04.12.2017]
- Blühdorn, Ingolfur (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Suhrkamp, Berlin
- Blum, Sonja/Schubert, Klaus (2011): Politikfeldanalyse. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- BMLFUW (2002): Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung. Eine Initiative der Bundesregierung. Wien
- BMLFUW (2010): Die Umweltgesamtrechnungen in Österreich. Wien
- BMLFUW (2015): Indikatoren-Bericht MONE 2015. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Österreich. Wien
- Boarini, Romia/D'Ercole, Marco Mira (2013): Going beyond GDP: An OECD Perspective. In: Fiscal Studies. Vol. 34, Nr. 3, S. 289-314

- Bonacker, Thorsten (2002): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. In: Bonacker, Thorsten (Hg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – Einleitung und Überblick. Leske + Budrich, Opladen, S. 9-32
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Westfälisches Dampfboot, Münster
- Brand, Ulrich/Christoph Görg (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Westfälisches Dampfboot, Münster
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. VSA, Hamburg
- Brand, Ulrich (2008): „Umwelt“ in der neoliberal-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik. In: Widerspruch. Vol. 54, S. 139-148
- Brand, Ulrich (2010): Konflikte um die Global Governance biologischer Vielfalt. Eine historisch-materialistische Perspektive. In: Feindt, Peter H./Saretzki Thomas (Hg.): Umwelt- und Technikkonflikte. VS Verlag, Wiesbaden, S. 239-258
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. In: Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): Vielfachkrise im finanzdominierten Kapitalismus. VSA, Hamburg, S. 79-95
- Brand, Ulrich (2013): State, context and correspondence. Contours of a historical-materialist policy analysis. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Vol. 42, Nr. 4, S. 425-442
- Brenner, Neil/Peck, Jamie/Theodore, Nik (2010): Variegated neoliberalization: geographies, modalities, pathways. In: Global Networks. Vol. 10, S. 182-222
- Brent, Bleys/Whitby, Alistair (2015): Barriers and opportunities for alternative measures of economic welfare. In: Ecological Economics. Vol. 117, S. 162-172
- Bundestagsfraktion Die Linke/Brand, Ulrich/Reuter, Norbert (2013): Sozial-ökologische Transformation als demokratischen, gerechten und emanzipatorischen Prozess gestalten – Sondervotum zur Enquete-Komission. In: Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hg.): Wohlstand – wie anders? Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 39-59

- Butterwege, Christoph (2008): Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik. In: Butterwege, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.): Kritik des Neoliberalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 135-220
- Candeias, Mario (2007): Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Merkens, Andrea/Rego Diaz, Victor (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Argument, Hamburg, S. 15-32
- Chaloupek, Günther/Feigl, Georg (2012): Die Wachstumskontroverse vor vierzig Jahren und heute. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Vol. 39, Nr. 4, S. 771-800
- Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory. In: Millenium – Journal of International Studies. Vol. 10, Nr. 2, S. 126-155
- Cox, Robert W. (1983): Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method. In: Millennium - Journal of International Studies. Vol. 12, Nr. 2, S. 162-175
- Cox, Robert W. (2011): Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen: Jenseits einer Theorie Internationaler Beziehungen. In: Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hg., 2011): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie. Argument, Hamburg
- Demaria, Frederico/Schneider, Francois/Sekulova, Filka/Martinez-Alier, Joan (2013): What is degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement. In: Environmental Values. Vol. 22, S. 191-215
- Demirović, Alex (1992): Regulation und Hegemonie. In: Demirovic, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas(Hg.): Hegemonie und Staat. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 128–157
- Demirović, Alex (2002): Die Konflikttheorie von Karl Marx. In: Bonacker, Thorsten (Hg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – Einleitung und Überblick. Leske + Budrich, Opladen, S. 47-67
- Demirović, Alex (2006): Gouvernementalität. In: Urban, Hans-Jürgen (Hg.): ABC zum Neoliberalismus. Von „Agenda 2010“ bis „Zumutbarkeit“. VSA-Verlag, Hamburg

- Diefenbacher, Hans/Zieschank, Roland/Rodenhäuser, Dorothee (2010): Wohlfahrtsmessung in Deutschland. Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex. Berlin
- derstandard.at (2017): Oberösterreich führt Elternbeitrag im Kindergarten ein: http://derstandard.at/2000066526710/Oberoesterreichische-fuehrt-Elternbeitrag-im-Kindergarten-ein [04.12.2017]
- Dullien, Sebastian/van Treeck, Till (2012): Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für Indikatoren und Politikberatung. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf
- Easterlin, Richard A. (2010): Well-Being, Front and Center: A Note on the Sarkozy Report. In: Population and Development Review. Vol. 36, Nr. 1, S. 119-124
- Europäische Kommission (2009): Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. KOM(2009) 433 endgültig. Brüssel
- Europäische Kommission (2010a): Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020 endgültig. Brüssel
- Europäische Kommission (2010b): Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung. Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit. KOM(2010) 614 endgültig. Brüssel
- Europäische Kommission (2011): Ressourcenschonendes Europa – eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020. KOM(2011) 21 endgültig. Brüssel
- European Commission (2013): Progress on ‚GDP and beyond' actions. SWD(2013) 303 final. Brussels
- Feigl, Georg/Marterbauer, Markus/Rossmann, Bruno/Schlager, Christa/Schweitzer, Tobias (2014): Budgetanalyse 2014-2018. Arbeiterkammer Wien, Wien
- Feigl, Georg (2017a): Von der Neuvermessung gesellschaftlichen Wohlstands zur wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik. In: Momentum Quaterly. Vol 6, Nr. 11, S. 138-152
- Feigl, Georg (2017b): From growth to well-being: a new paradigm for EU economic governance. In: Theodoropoulou, Sotiria (Hg.): European Economic, Employment and Social Policy, Vol. 2, ETUI Policy Brief

- Feigl, Georg (2017c): Wohlstand als Vorraussetzung für eine funktionierende Wirtschafts- und Währungsunion. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Vol 218, Nr. 1, S. 43-48
- Feindt, Peter H. (2010): Umwelt- und Technikkonflikte in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts – Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: Feindt, Peter H./Saretzki Thomas (Hg.): Umwelt- und Technikkonflikte. VS Verlag, Wiesbaden, S. 9-32
- Felber, Christian (2014): Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst. Deuticke, Wien
- Felber, Christian (2016): Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst. [Eckpunkte]: http://www.christian-felber.at/schaetze/gemeinwohl.pdf [04.12.2017]
- Fessler, Pirmin/Lindner, Peter/Schürz, Martin (2016): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014: Erste Ergebnisse für Österreich (zweite Welle). Österreichische Nationalbank, Wien
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1971): The Entropy Law and the Economic Process. Harvard University Press, Cambridge Massachusetts
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1975): Energy and Economic Myths. In: Southern Economic Journal. Vol. 41, Nr.3, S. 347-381
- Gill, Stephen (1998): New constitutionalism, democratisation and global political economy. In: Pacifica Review. Vol. 10, S. 23-38
- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster
- Gilpin, Robert (2001): Global Political Economy. Understanding the International Economic Order. Princeton University Press, Princeton, NJ
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage, Wiesbaden
- Glötzl, Florentin/Marterbauer, Markus/Rehm, Miriam/Rezai, Armon (2014): Finanzierungssalden und die Krise in Europa. In: Dullien, Sebastian/Hein, Eckhard/Truger, Achim (Hg.): Makroökonomik, Entwicklung und Wirtschaftspolitik: Festschrift für Jan Priewe. Metropolis-Verlag, Marburg

- Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Westfälisches Dampfboot, Münster
- Griesser, Markus/Brand, Ulrich (2016): Verankerung wohlstandsorientierter Politik. In: Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.): Working Paper-Reihe der AK Wien. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 165
- Hajek, Katharina/Kinzel, Katherina (2011): Hegemonie, Geschlecht und Weltordnung. Feministische und neogramscianische Ansätze in der IPÖ. In: Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hg.): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie. Argument, Hamburg, S. 125-144
- Hay, Colin (2007): Why we hate politics. Polity Press, Cambridge
- Herr, Hansjörg (2013): Keynesianismus. In: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hg.): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Springer VS, Wiesbaden, S. 49-66
- Hinterberger, Friedrich/Stocker, Andrea (2014): Policy Paper Serie „Wachstum im Wandel“. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien
- Hirsch, Joachim (2001): Des Staates neue Kleider. NGO im Prozess der Internationalisierung des Staates. In: Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 13-42
- Hradil, Stefan (1994): Wohlstand, Wohlfahrt, Lebensweise. Die Modernisierung sozialer Paradigmen und soziologischer Ansätze zur Erforschung sozialer Ungleichheit. Institut für Soziologie, Wien
- Industriellenvereinigung (2012): Wohlstand, Armut & Umverteilung in Österreich. Fakten und Mythen. Wien
- Industriellenvereinigung (2016): Innovativ. Effizient. Nachhaltig. Österreichs Industrie für Energie und Klima der Zukunft. Wien
- Industriellenvereinigung (2017): Starke Stimme der Industrie. Wien
- Jackson, Tim (2013): Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. Oekom-Verlag, München
- Jessop, Bob (1997): Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? In: Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm

(Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Argument, Berlin, S. 50-95

- Kallis, Giorgos (2011): In defence of degrowth. In: Ecological Economics, Vol. 70, S. 873-880
- Kammer für Arbeiter und Angestellte (2015): Die Kammer für Arbeiter und Angestellte. Wien
- Kammer für Arbeiter und Angestellte (2016): Leistungsbilanz. Wien
- Kannankulam, John/Georgi, Fabian (2012): Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das ‚Staatsprojekt Europa'. Arbeitspapier Nr. 30, Marburg
- Kapp, Karl William (1971): The social costs of private enterprise. Harvard University Press, Cambridge
- Kasser, Tim (2004): Psychology and consumer culture: the struggle for a good life in a materialistic world. American Psychological Association, Washington D.C.
- Kaufmann, Stefan/Müller, Tadzio (2009): Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. In: Klein, Dieter/Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.): Reihe: einundzwanzig. Band 2, Karl Dietz Verlag, Berlin
- Keynes, John M. (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Duncker und Humblot, Berlin
- Kolb, Gerhard (2015): Ökonomische Ideengeschichte. Volks- und betriebswirtschaftliche Entwicklungslinien von der Antike bis zum Neoliberalismus. De Gruyter, Berlin/Boston
- Kowall, Nikolaus (2013): Das neoliberale Modell - Genese, Politiken, Bilanz. Eine polit- und makroökonomische Bestandsaufnahme. In: Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.): Working Paper-Reihe der AK Wien. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 124
- Krugman, Paul (1997): Competitiveness: A Dangerous Obsession. In: Foreign Affairs. Vol. 73, Nr. 2, S. 28-44
- Leitner, Michaela/Littig, Beate (2016) Leben in einem nachhaltigkeitsorientierten Wohnprojekt: Ambivalenzen der alltäglichen Lebensführung in einer sozialen Nische. In: Institut für Höhere Studien (Hg.): Sociological Series Nr. 115, Wien

- Levallois, Clément (2010): Can de-growth be considered a policy option? A historical note on Nicholas Georgescu-Roegen and the Club of Rome. In: Ecological Economics, Vol. 69, S. 2271-2278
- Littig, Beate/Grießler, Erich (2004): Soziale Nachhaltigkeit. Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte, Wien
- Littig, Beate (2016): Lebensführung revisited: Zur Aktualisierung eines Konzepts im Kontext der sozial-ökologischen Transformationsforschung. In: Institut für Höhere Studien (Hg.): Sociological Series Nr. 116, Wien
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1962). Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): Karl Marx Friedrich Engels. Werke. Band 3, Dietz Verlag, Berlin, S. 17-50
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research. Vol. 1, Nr. 2: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0002204 [04.12.2017]
- Mayring, Philipp (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Beltz, Weinheim und Basel
- Meadows, Dennis L. (1973): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Kremayr & Scheriau, Wien
- Merkens, Hans (2005): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Flick, Uwe/von Kardoff, Ernst/Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg, S. 286-298
- Mishan, Ezra J. (1993): The costs of economic growth. Weidenfeld and Nicolson, London
- Nussbaum, Martha (1999): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Suhrkamp, Frankfurt am Main
- OECD (2005): Economic Policy Reforms 2005. Going for Growth. OECD Publishing, Paris
- OECD (2011): How`s Life? Measuring well-being. OECD Publishing, Paris
- OECD (2012): Economic Policy Reforms 2005. Going for Growth. OECD Publishing, Paris
- OECD (2017): Economic Policy Reforms 2017. Going for Growth. OECD Publishing, Paris

- Ostrom, Elinor (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. Oekom, München
- Paech, Niko (2005): Nachhaltigkeit zwischen Dematerialisierung und Ökologisierung: Hat sich die Wachstumsfrage erledigt? In: Natur und Kultur. Vol. 6, Nr. 1, S. 52-72
- Pesendorfer, Konrad/Eiffe, Franz/Wegscheider-Pichler, Alexandra (2012): Wie geht's Österreich? Messung von Wohlstand- und Fortschritt – Implementierung der SSF/ESS Empfehlungen. Statistik Austria, Wien
- Pigou, Arthur C. (1932/1978): The Economics of Welfare. AMS Press, New York
- Piketty, Thomas (2014): Capital in the Twenty-First Century. The Belknap Press of Harvard University Press, Cambridge Massachusetts
- Poulantzas, Nicos (1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. VSA, Hamburg
- Ptak, Ralf (2008): Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwege, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.): Kritik des Neoliberalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 13-86
- Rein, Martin/Schön, Donald (1993): Reframing Policy Discourse. In: Fischer, Frank/Forester John (Hg.): The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning. UCL Press, London, S. 145-166
- Reinisch, August (2000): Nachhaltige Entwicklung seit der Rio-Konferenz 1992. In: Raza, Werner (Hg.): Recht auf Umwelt oder Umwelt ohne Recht? Lateinamerika-Jahrbuch. Vol. 4, S. 137-148
- Sanders, Hendrik (2016): Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima. Bertz + Fischer, Berlin
- Saretzki, Thomas (2010): Umwelt- und Technikkonflikte: Theorien, Fragestellungen, Forschungsperspektiven. In: Feindt, Peter H./Saretzki Thomas (Hg.): Umwelt- und Technikkonflikte. VS Verlag, Wiesbaden, S. 33-53
- Scherrer, Christoph (2007): Hegemonie: empirisch fassbar? In: In: Merkens, Andrea/Rego Diaz, Victor (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Argument, Hamburg, S. 71-84
- Schneider, Volker/Janning, Frank (2006): Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. VS Verlag, Wiesbaden
- Schmidt, Nikolaus (2006): Innovation. In: Urban, Hans-Jürgen (Hg.): ABC zum Neoliberalismus. Von „Agenda 2010" bis „Zumutbarkeit". VSA-Verlag, Hamburg

- Schwendinger Michael (2015): Die Freizeitoption in Kollektivverträgen 2013 und 2014. In: Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.): Working Paper-Reihe der AK Wien. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 143
- Shiller, Robert J. (2000): Irrational Exuberance. Princeton University Press, Princeton
- Sklair, Leslie (2000): The transnational capitalist class and the discourse of globalisation. In: Cambridge Review of International Affairs. Vol. 14, Nr. 1, S. 67-85
- Smith, Adam (1776/2006): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und Ursachen. FinanzBuch-Verlag, München
- Smith, Adam (1790/2006): The Theory of Moral Sentiments. Dover Publications, New York
- Speth, James Gustave (2012): American passage: Towards a new economy and a new politics. In: Ecological Economics. Vol. 84, S. 181-186
- Statistik Austria (2016): Wie geht's Österreich? 2016. Indikatoren und Analysen. Wien
- Stiglitz, Joseph E./Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2009a): Report of the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Paris: http://www.communityindicators.net/publications/show/9 [04.12.2017]
- Stiglitz, Joseph E./Sen, Amartya/Fitoussi, Jean-Paul (2009b): The Measurement of Econonomic Performance and Social Progress Revisited. Paris: https://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2009-33.pdf [04.12.2017]
- Umweltbundesamt (2017): Treibhausgas-Bilanz 2015. Daten, Trends & Ausblick. Wien
- Van Apeldoorn, Bastiaan (2010): Transnational Class Agency and European Governance: The Case of the European Round Table of Industrialists. In: New Political Economy. Vol. 5, Nr. 2, S. 157-181
- Van den Bergh, Jeroen C.J.M. (2011): Environment versus growth – A criticism of „degrowth" and a plea for „a-growth". In: Ecological Economics. Vol. 70, S. 881-890
- Voß, Günter (1995): Entwicklung und Eckpunkte des theoretischen Konzepts. In: Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung" (Hg.): Alltägliche Lebensführung.

Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung. Leske + Budrich, Opladen, S. 23-43

- wienerzeitung.at (2015): Wirtschaftskammer ist nicht abgesandelt: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/737824_Wirtschaftskammer-ist-nicht-abgesandelt.html [04.12.2017]
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Tolkemitt, Berlin
- Wirsching, Andreas (2009): Konsum statt Arbeit? Zum Wandel von Individualität in der modernen Massengesellschaft. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Das zentrale Forum der Zeitgeschichtsforschung. Vol. 57, Nr. 2, S. 171–199
- Wirtschaftskammer Österreich (2015): Zukunft|Wirtschaft. Standort Österreich 2015-2020. Bad Vöslau
- Wissel, Jens (2015): Staatsprojekt EUropa: Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union. Westfälisches Dampfboot, Münster
- Young, Brigitte (2013): Ordoliberalismus-Neoliberalismus-Laissez-faire-Liberalismus. In: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hg.): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Springer VS, Wiesbaden, S. 33-38

9. Abkürzungsverzeichnis

AK (Arbeiterkammer)

BIP (Bruttoinlandsprodukt)

BKA (Bundeskanzleramt)

BMLFUW (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)

CMEPSP (Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress)

EU (Europäische Union)

EU-SILC (EU Statistics on Income and Living Conditions)

IPA (Interpretative Policy-Analyse)

IPÖ (Wissenschaftliche Disziplin der Internationalen Politische Ökonomie)

IV (Industriellenvereinigung)

HMPA (Historisch-Materialistische Politikfeldanalyse)

OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development)

ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund)

SSFK (Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission)

VGR (Volkswirtschaftliche Gesamtrechung)

WGÖ (Wie geht's Österreich?)

WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut)

WIW (Wachstum im Wandel)

WKO (Wirtschaftskammer)

10. Anhang

10.1. Abstract Deutsch

Die vorliegende Masterarbeit fragt nach der Existenz potenzieller Konflikte im Implementationsprozess eines erweiterten Wohlstandsverständnisses im Rahmen der beyond GDP – Debatte. Eine umfangreiche Diskussion verschiedener Verständnisse von Wohlstand, sowie eine hegemonietheoretische Aufarbeitung für die Arbeit zentraler Begriffe wie Zivilgesellschaft, Konflikte, Staat und Hegemonie legen zudem das definitorische Fundament fest. Die theoretische Einbettung in eine Historisch-Materialistische Politikfeldanalyse (HMPA) ermöglicht dabei die Integration eines breiten gesellschaftlichen Kontextes, ohne Fragen nach Macht- und Herrschaftsverhältnissen und die Strategien zur (De-)Stabilisierung ebenjener auszulassen. Die Forschungsfrage wird auf methodischer Ebene mittels der Analyse von ExpertInneninterviews, Positionspapieren und einer umfassenden Literaturrecherche beantwortet.

Durch die Bündelung ähnlicher Strategien und Zielen wurden mit dem neoliberalen und sozial-ökologischen Hegemonieprojekt zwei Aggregate festgesetzt, die sich bei Konflikten um Interpretation, Priorisierung und Legitimation von Wohlstand messenden Indikatoren und ihren Zielsetzungen nahezu antagonistisch verhalten. Die neoliberalen Strategien der De-Politisierung und Individualisierung treffen auch entlang traditioneller Konfliktlinien auf die sozial-ökologischen Strategien der Politisierung und kollektivistischer Demokratisierung. Potenzielle Konsensualisierung zeigt sich insbesondere im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 im Rahmen einer Primarisierung von Wirtschaftswachstum auf Kosten einer Sekundarisierung von breit gestellten Wohlstandsfragen.

10.2. Abstract Englisch

This master thesis asks for the existence of potential conflicts in the implementational process of a broader understanding of well-being in the context of the beyond GDP – debate. The definitional fundament is produced by a comprehensive discussion of various understandings of well-being, as well as by a (Neo-)Gramscian examination of relevant termini like civil society, conflicts, state and hegemony. A historic-materialist policy analysis (HMPA) allows a theoretical embedding which integrates a wider societal context, while at the same time it does not neglect questions of asymmetrical power and rule systems and their strategies of (de-)stabilisation. On a methodical level, the research question will be answered by an analysis of expert interviews, position papers and an extensive literature research.

The bundling of similar strategies and aims leads to a neoliberal and a social-ecological hegemony project: two aggregates in an antagonistic relation when it comes to conflicts of interpretation, priorisation and legitimation of well-being measuring indicators and their goals. Neoliberal strategies of de-politicization and individualisation also meet along traditional conflict lines with social-ecological strategies of politicization and collectivistic democratisation. Especially in the context of the economic and financial crisis 2007/08 a potential for consensualisation appears to become visible, when in the light of a primarisation of growth policies questions of a broader understanding of well-being get secondarised or remain unanswered.

10.3. Curriculum Vitae